
PROPERTY OF
University of
Michigan
Libraries
1817
ARTES SCIENTIA VERITAS

POLNISCHE DOKUMENTE ZUR VORGESCHICHTE DES KRIEGES

VOLKSAUSGABE DES III. AMTLICHEN DEUTSCHEN WEISSBUCHES

RALVERLAG DER NSDAP. FRZ. EHER NACHF. G. M. B. H. BERLIN

Inhaltsübersicht

Polnische Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges

Erste Folge

Herausgegeben im Auftrage des Auswärtigen Amtes



19 40

Zentralverlag der NSDAP. Frz. Eher Nachf. G. m. b. H. Berlin

Gedruckt im Deutschen Verlag, Berlin

1. Telegramm des Britischen Botschafters in Warschau Sir Howard Kennard nach London vom 2. April 1935*)

Folgendes von Mr. Eden:

Ich hatte heute nachmittag eine Unterredung mit Marschall Pilsudski. Die Unterhaltung war nicht leicht zu führen, weil ein großer Teil der Bemerkungen des Marschalls, die er alle auf französisch machte, weder für mich noch für die beiden mit anwesenden polnischen Minister verständlich war. Ein beträchtlicher Teil seiner Bemerkungen bestand aus Erinnerungen, wobei er sich nach meinen Kriegserlebnissen erkundigte und der britischen Armee im Kriege Anerkennung zollte.

Das politische Hauptthema, soweit es sich herausschälen ließ, war, daß er seinen Pakt mit Deutschland und Rußland habe, daß die Politik des letzteren Landes immer sehr schwer zu durchschauen sei, daß andere Nationen sie oft mißverstünden und daß Mr. Lloyd George im besonderen ein Schulbeispiel solcher irriger Beurteilungen sei. Als Beleg hierfür bezog er sich auf die von Lloyd George an Denikin gewährte Unterstützung. Er, der Marschall, habe immer gewußt, daß Denikin niemals eine Aussicht auf Erfolg gehabt habe, aber Mr. Lloyd George habe die Lage in trauriger Weise falsch eingeschätzt. Der Marschall schien zu wünschen, daß sich Großbritannien mit seinen Kolonien beschäftigen solle, statt das schlechte Beispiel von Lloyd George nachzuahmen. Wie zum Beispiel, so fragte er, ist die politische Lage in Jamaika? Ich entgegnete, daß, wenn Europa nur so wenig Bedeutung hätte wie Jamaika, wir keine Sorgen zu haben brauchten. Ich frug den Marschall, ob er der Auffassung sei, daß es für Großbritannien keine Alternative zwischen Isolierung . . . . . . gäbe. Der Marschall antwortete, daß seiner Meinung nach eine solche Alternative nicht bestehe. Ich sagte ihm meinerseits, daß wir nichts lieber wünschten, als Europa seinen eigenen Schwierigkeiten zu überlassen; wir hätten aber die Erfahrung gemacht, daß diese Schwierigkeiten die unangenehme Eigenschaft hätten, unser eigenes Land hineinzuziehen. Der Marschall widersprach nicht.

*) Das auf Seite I in Faksimile wiedergegebene Schriftstück wurde unter den polnischen Akten aufgefunden. Offenbar handelt es sich um ein Telegramm des britischen Botschafters in Warschau an das Foreign Office in London.

Ich hatte den Eindruck eines jetzt physisch sehr geschwächten Mannes, der trotz seiner ...... In jedem Falle ließ er sich nicht in eine Erörterung der politischen Tagesfragen verwickeln. So wie er die Stellung seines eigenen Landes unter den gegenwärtigen Verhältnissen erfaßt zu haben scheint, ist es die eines Landes, das an den Pakten mit jedem seiner großen Nachbarn festhält und es ablehnt, sich auf eine Änderung seiner Stellung einzulassen oder irgendwelche Ereignisse ins Auge zu fassen, die es nötigen könnten, die eingenommene Haltung zu revidieren.

2. Schreiben des Polnischen Generalstabes (Abteilung II) in Warschau an das Ministerium des Auswärtigen in Warschau

Generalstab Abteilung II
L. 17731/II. S. O. Warschau, den 8. VIII. 1938

Beurteilung der internationalen Lage von Portugal aus gesehen

Geheim

Ministerium des Auswärtigen
Politisches Departement
hier

Ich übersende dem Herrn Direktor eine Abschrift des Berichts unseres Militärattachés in Lissabon zur Kenntnisnahme und bitte um eine Weisung für mein Verhalten zu den in dem Bericht dargelegten Ansichten der ausländischen Offiziere.

Der Chef der Sektion IV der Abteilung II des Generalstabs
Banach, Dipl.-Oberstleutnant

1 Anlage

Beurteilung der internationalen Lage von Portugal aus gesehen

Die in Portugal tätige englische Militärmission beschäftigt sich im Augenblick damit, die militärische Zusammenarbeit zwischen Portugal und England in ihren allgemeinen Linien festzulegen.

Admiral Wodehouse machte mit den Stäben der Armee und Marine von Portugal die englischen Forderungen aus, alle Projekte wurden aber seitens der Regierung und des Kriegsministeriums sabotiert; die Mission erhielt auf sie nicht einmal eine Antwort.

Hierüber konferierte Admiral Wodehouse mit dem englischen Botschafter Selby, der ihm Ruhe und Zurückhaltung anbefahl. Schließlich schickte Admiral Wodehouse einen Bericht direkt nach London, über den er folgendes sagte: „Ich fragte in London, ob ich ihnen schon die Pistole auf die Brust setzen oder noch warten sollte. Auf jeden Fall trete ich jetzt ihnen gegenüber schärfer auf."

Der portugiesische General Peixote e Cunha, der als Vertrauensmann von Salazar die Personalreform in der Armee durchführt, erklärte mir, daß:

Portugal seine Zukunft nur in der Unterstützung durch das Bündnis mit England sieht;

Spanien unabhängig von dem Ausgang der spanischen Ereignisse, für Portugal eine ständige Drohung darstellt. Eine Schwächung Spaniens, selbst durch Losreißung von Katalonien, würde man in Portugal gerne sehen.

Oberstleutnant Chamberlain, ein Mitglied der englischen Militärmission, sprach von der Gefahr eines europäischen Krieges und äußerte sich folgendermaßen: „Wir sind uns über den Bluff von Deutschland und Italien vollkommen im klaren. Ebenso wie die jüngeren Herren unseres Stabes bin ich auch persönlich der Meinung, daß wir mit dem Kriege anfangen sollten, und zwar gleich." Er motivierte das damit, daß Deutschland nicht durch neues Kriegsmaterial überraschend wirken könne, daß die Armee unvorbereitet sei, denn es mangele ihr vor allem an entsprechenden Kaders, das alte Flugzeug- und Panzermaterial sei wenig wert und mit verbesserten bzw. neuen Einheiten nur ungenügend ausgerüstet, außerdem führte er die wirtschaftliche und moralische Lage des Landes an (Möglichkeit eines Sturzes des Regimes). Es mangele Deutschland an Erz, Öl, Kautschuk und Lebensmitteln. Der eventuelle Bundesgenosse Italien sei in einer noch schlechteren Lage, da er überhaupt nicht über Rohstoffe verfügt. Er erklärte, daß sich unter den gegenwärtigen Umständen ein Krieg in Zukunft nicht werde vermeiden lassen. Es sei besser, schon jetzt anzufangen, wo der bevorstehende Krieg weniger Gefahren birgt. Augenblicklich kann England auf eine enge Zusammenarbeit mit Amerika rechnen.

Ich stellte Chamberlain die Frage, ob England in diesem Falle beabsichtige, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen. Er antwortete mir darauf, daß dem nicht so sei, denn man halte folgende Form englischer Hilfe für die am meisten zweckentsprechende:

die Teilnahme der Marine und Luftflotte sowie der Panzerwaffe;

die Teilnahme der Wirtschaft und Industrie.

Natürlich kann sich die Form dieser Hilfe im Verlauf der Kriegsereignisse noch bis zu einer allgemeinen Mobilisation ausweiten.

Oberst Daly von der englischen Militärmission ist bezüglich der voraussichtlich zu erwartenden Ergebnisse der Arbeit der Mission optimistisch. Er gab mir zu verstehen, daß England Mittel anwende, die einen Erfolg garantieren.

Augenblicklich wird schon der Verkauf von deutschem Kriegsmaterial hier in großem Maße durchkreuzt. Man kann die Möglichkeiten, daß noch mehr deutsches Kriegsmaterial gekauft wird sehr skeptisch beurteilen. Er bemerkte dabei, daß die letzten Erfahrungen mit deutschem Kriegsmaterial in Rumänien ungünstig gewesen seien.

Oberst Daly sagte mir, daß Deutschland in der letzten Zeit eine gewisse Anzahl von Waffen an Rotspanien verkauft habe.

Über die englischen Möglichkeiten sprach er sich ähnlich wie Chamberlain aus, er unterstrich sehr nachdrücklich die schon jetzt erreichten Ergebnisse der Zusammenarbeit Englands mit den Vereinigten Staaten. Über die allgemeine Wehrpflicht sagte er, daß England durch eine militärische Vorbereitung, Schießausbildung und Formung starker Freiwilligen-Verbände für die Verteidigung gegen Luftangriffe, durch Transport- und Sanitätsdienst sich die Voraussetzungen zu einer sehr großen Erweiterung seiner Armee schaffe. In großem Stile organisiert England strategische Reserven in seinen Kolonien, vor allem in Indien, und bildet diese dort aus. Seit zwei Jahren werden auch Schulen für die Stäbe der Kaders zur Führung des künftigen Krieges vorbereitet:

die Zentrale der höheren Militärstudien für die Vorbereitung der leitenden politischen, administrativen und militärischen Stellen,

das Imperial Military College zur Vorbereitung für die entsprechenden Posten in den unteren Stellen,

Verdoppelung der Anzahl der vorbereiteten Generalstabsoffiziere auf Jahreskursen für die Besetzung der Stäbe bis zur Division einschließlich und auf Zweijahreskursen für die höheren Stäbe.

Auf diese Weise erhält England für das ganze Empire eine Organisation und Vorbereitung für den künftigen Konflikt.

Der Kommandeur Gade, der amerikanische Marineattaché, sagte mir seinerzeit: „Den Ideen nach stehen wir vollkommen auf Seite der Demokratien. Augenblicklich studiert man in Amerika

die Möglichkeiten für eine schnelle Hilfeleistung für England und Frankreich; man ist zur Überzeugung gekommen, daß die Hilfe nicht wie im Weltkriege erst nach einem Jahr einsetzen soll, als die ersten amerikanischen Soldaten aktiv eingriffen, sondern im Laufe von 7 bis 10 Tagen nach dem Beginn des Krieges sollen 1000 Flugzeuge geschickt werden."

Außerdem machte mich Kommandeur Gade auf die unzulässigen Methoden der deutschen Penetration in Südamerika aufmerksam, mit der die Vereinigten Staaten sich nicht einverstanden erklären können.

Der Kommandeur Gade ist ein Vertrauensmann und ein persönlicher Freund von Roosevelt. Er besitzt sehr enge Beziehungen nach Belgien und erfreut sich der Freundschaft des belgischen Königs. Deutschland steht er sehr unfreundlich gegenüber. Persönlich ist er sehr reich.

Aus den Unterredungen mit Chamberlain, Daly und Gade fühlte ich die stille Gewißheit enger Zusammenarbeit im Falle eines Konfliktes heraus.

Ich unterhielt mich häufiger mit den hiesigen Italienern. Sie waren äußerst nervös, interessierten sich sehr für unsere Haltung in einem zukünftigen Konflikt; an die Wand gedrückt, wiesen sie auf die Bedrohung der Menschheit und der Kultur in einem künftigen Kriege hin, den man deshalb um jeden Preis vermeiden müsse.

Während der Anwesenheit der französischen Flotte hier bat mich der Kommandeur Darrieux, der stellvertretende Chef der Atlantikflotte, der für die kommende Leuchte der französischen Marine gehalten wird und der mir schon von seinem früheren Besuch in Lissabon als Führer einer Torpedozerstörereinheit bekannt war, persönlich auf das Admiralschiff sowie zu einer Besichtigung des Flugzeugträgers „Béarn". Zusammen mit Kapitän Stefanowicz waren wir dort in Begleitung des französischen Ministers die einzigen Ausländer. „Béarn" lag in der Mitte des Tejoflusses, weit ab von jeder Möglichkeit, ihn näher in Augenschein zu nehmen.

Bei der Unterredung äußerte sich der Kommandeur Darrieux ziemlich ruhig über die Möglichkeit eines künftigen Konfliktes. Vor allem betonte er, daß in Frankreich die Rechtskreise und die Rechtspresse unnötigerweise Furcht haben und die Lage nicht richtig einschätzen. Für den größten Fehler hält er den Pazifismus der Demokratien, denn dadurch kann man den Krieg nicht als erster anfangen. Auf diese Weise gibt man dem Gegner den wertvollsten Trumpf, den der Überraschung, in die Hand. Doch ist

man über diese Ansicht schon etwas hinausgekommen. Er hält es für möglich, sich mit den Italienern zu verständigen.

Zusammenfassend möchte ich die Ruhe und die Einheitlichkeit der Ansichten bei den Vertretern Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten betonen. —

3. Schreiben des Wojewoden Dr. Grażyński in Kattowitz an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 2. November 1938

Der Wojewode von Schlesien

Nr. Pr. 150 Tj. Kattowitz, den 2. November 1938

Geheim!

Herr Minister!

Ich halte es für meine Pflicht, über den Inhalt einer Unterredung zu berichten, welche zwischen Herrn Krulis Randa, dem ehemaligen Generaldirektor der Fabriken von Trzyniec, und Herrn Zieleniewski stattgefunden hat. Diese Unterredung ist deshalb von großer Bedeutung, weil Herr Krulis Randa einer der hervorragendsten tschechischen Industriellen ist, welcher auch kürzlich als Kandidat für den Präsidenten der Tschecho-Slowakischen Republik genannt wurde. Als er über die Politik der Tschecho-Slowakei sprach, äußerte er sich folgendermaßen:

„Tausend Jahre hindurch sind die Tschechen politisch in der Gesamtheit des Römischen Reiches tätig gewesen. Nach der Erlangung der Selbständigkeit tauchte in der Tschecho-Slowakei eine Gruppe von Menschen auf, welche die tschechische Politik selbständig zu machen versuchte. Die Geschichte hat sie weggefegt. Der Versuch ist nicht gelungen. Jetzt muß meiner Ansicht nach der tschechische Staat zu seiner alten Rolle als Teilnehmer am politischen Schicksal des Deutschen Reiches zurückkehren. Die tschechische Politik richtet sich in dieser Richtung aus."

Unter Berücksichtigung der Stellung von Herrn Krulis Randa besitzen diese Worte ihren besonderen Wert und sie zeugen von Tendenzen, deren Äußerungen wir auch noch auf anderen Gebieten beobachten können.

Dr. Grażyński
Wojewode

4. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 21. November 1938

Botschaft
der Republik Polen
in Washington

Washington, den 21. 11. 1938

Betr.: Unterredung mit Botschafter Bullitt

An den Herrn Außenminister in Warschau

Vorgestern hatte ich eine längere Unterredung mit dem Botschafter Bullitt, der hier in Urlaub ist.

Eingangs bemerkte er, daß sehr herzliche Beziehungen ihn mit dem Botschafter Lukasiewicz in Paris verbinden und daß er mit ihm sehr gern verkehrt.

Da Bullitt den Präsidenten Roosevelt über die internationale Situation in Europa ständig informiert, und vor allem über Rußland, werden seine Mitteilungen vom Präsidenten Roosevelt und dem Staatsdepartement mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Bullitt spricht lebhaft und interessant. Jedoch entspricht seine Reaktion auf die europäischen Ereignisse mehr der Ansicht eines Journalisten als Politikers, da er in seiner Unterhaltung die ganze Skala der sehr verwickelten europäischen Fragen berührte. Aus ihnen zieht er sehr negative Folgerungen.

Bullitt zeigte in seiner Unterhaltung im allgemeinen einen großen Pessimismus. Er sprach davon, daß das Frühjahr 1939 zweifellos wiederum sehr aufregend sein wird, verstärkt noch durch das ständige Aufblitzen der Kriegsmöglichkeiten und der Drohungen von seiten Deutschlands sowie der Gefahr der ungeklärten Verhältnisse in Europa. Er stimmte mit mir überein, daß der Schwerpunkt der europäischen Frage sich vom Westen nach dem Osten verschoben habe, da die Kapitulation der demokratischen Staaten in München ihre Schwäche gegenüber dem Deutschen Reiche offenbart hat.

Sodann sprach Bullitt über das vollständige Nichtvorbereitetsein Großbritanniens zum Kriege und über die Unmöglichkeit, die englische Industrie auf die Massenkriegsproduktion, insbesondere auf dem Gebiet des Flugzeugwesens, umzustellen. Über die französische Armee äußerte er sich mit ungewöhnlichem Enthusiasmus, bestätigte jedoch, daß das französische Flugwesen überaltert sei. Nach dem, was die Militärexperten Bullitt während der Herbstkrise des Jahres 1938 gesagt haben, würde ein Krieg mindestens

6 Jahre dauern und würde nach ihrer Ansicht mit einer völligen Zerschlagung Europas und mit dem Kommunismus in allen Staaten enden. Zweifellos würde Sowjetrußland am Schluß davon den Nutzen ziehen.

Über Sowjetrußland sprach er mit Geringschätzung. Er redete davon, daß die letzte Reinigung, und insbesondere die Beseitigung Blüchers, eine vollständige Desorientierung in der Roten Armee hervorgerufen habe, die zu keiner kriegerischen aktiven Anstrengung fähig sei. Im allgemeinen ist Rußland, wie er sagte, gegenwärtig der Kranke Mann von Europa. Er verglich es mit dem ottomanischen Vorkriegsstaat.

Über Deutschland und den Kanzler Hitler äußerte er sich mit größter Vehemenz und mit starkem Haß. Er sprach davon, daß nur Gewalt, schließlich ein Krieg, der wahnsinnigen Expansion Deutschlands in Zukunft ein Ende machen könne.

Auf meine Frage, wie er sich diesen kommenden Krieg vorstelle, erwiderte er, daß vor allem die Vereinigten Staaten, Frankreich und England gewaltig aufrüsten müßten, um der deutschen Macht die Stirn bieten zu können.

Dann erst, wenn der Augenblick reif ist (sprach Bullitt weiter), wird man zu der letzten Entscheidung schreiten können. Ich fragte ihn, in welcher Weise die Auseinandersetzung erfolgen könne, da Deutschland vermutlich nicht England und Frankreich als erster angreifen werde. Ich sehe einfach nicht den anhakenden Punkt in dieser ganzen Kombination.

Bullitt erwiderte, daß die demokratischen Staaten absolut noch zwei Jahre bis zur vollständigen Aufrüstung brauchten. In der Zwischenzeit würde Deutschland vermutlich mit seiner Expansion in östlicher Richtung vorwärtsschreiten. Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, daß es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Rußland komme. Da das Kräftepotential der Sowjetunion bisher nicht bekannt sei, könne es sein, daß sich Deutschland zu weit von seiner Basis entferne und zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten, wie Bullitt meint, Deutschland attackieren und es zu einer Kapitulation zwingen.

Auf meine Frage, ob die Vereinigten Staaten an einem solchen Kriege teilnehmen würden, antwortete er: „Zweifellos ja, aber erst dann, wenn England und Frankreich zuerst losschlagen!" Die Stimmung in den Vereinigten Staaten ist, wie er sagte, gegenüber dem Nazismus und Hitlerismus so gespannt, daß schon heute unter den Amerikanern eine ähnliche Psychose herrscht wie vor der Kriegserklärung Amerikas an Deutschland im Jahre 1917.

Bullitt erkundigte sich dann über Polen und über unsere Situation in Osteuropa. Er bestätigte, daß Polen noch ein Staat ist, der mit Waffen in den Kampf schreiten würde, wenn Deutschland seine Grenzen überschritte. Ich verstehe, sagte er, die Frage einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn gut. Die Ungarn sind gleichfalls ein tüchtiges Volk. Eine gemeinsame Verteidigungslinie mit Jugoslawien würde es gegenüber der deutschen Expansion erheblich leichter haben.

Sodann sprach Bullitt über die ukrainische Frage und über die deutschen Absichten auf die Ukraine. Er bestätigte, daß Deutschland einen vollständig ukrainischen Stab habe, der in Zukunft die Regierung der Ukraine übernehmen und dort einen unabhängigen ukrainischen Staat unter deutschem Einfluß gründen solle. „Eine solche Ukraine", sprach Bullitt weiter, „würde natürlich für Sie sehr gefährlich sein, da diese unmittelbar auf die Ukrainer im östlichen Klein-Polen einwirken würde." Schon heute, sagte er, ginge die deutsche Propaganda ganz in ukrainisch-nationalistischer Richtung, und als Ausgangspunkt für dieses künftige Unternehmen soll die Karpatho-Ruthenische Ukraine dienen, an deren Fortbestehen Deutschland, hauptsächlich aus strategischen Gründen, gelegen ist.

Bullitt zeigte sich hinsichtlich der Situation in Osteuropa nicht allzu gut informiert und führte die Konversation in ziemlich oberflächlicher Weise.

Jerzy Potocki
Botschafter der Polnischen Republik

5. Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz, an den Polnischen Außenminister in Warschau, vom 17. Dezember 1938

Paris, den 17. Dezember 1938

Politischer Bericht Nr. XL/3

Nr. 1—F/58. Vertraulich!

Betr.: Stellung Frankreichs zu Osteuropa

An den Herrn Außenminister in Warschau

In Ergänzung meiner telegraphischen Berichte, die ich die Ehre hatte, Herrn Minister im Laufe der letzten Wochen zu übersenden, gestatte ich mir, hiermit zusammenfassend meine Meinung über

die Außenpolitik Frankreichs nach der Konferenz von München und dem Besuch Ribbentrops darzulegen.

Das wichtigste Ereignis dieses Zeitraums war natürlich die von Minister Bonnet und Ribbentrop in Paris am 6. Dezember d. Js. unterzeichnete französisch-deutsche Deklaration.

Der französische Wunsch, die Beziehungen zu Deutschland nach der Münchener Konferenz zumindest in dem Maße auszugleichen, wie das England durch die Verkündung des bekannten Kommuniqués Chamberlain-Hitler getan hat, war zweifellos deutlich und stark. Wie es scheint, ist die konkrete Initiative jedoch von Kanzler Hitler in seiner Abschiedsunterredung mit Botschafter François Poncet ausgegangen. Französischerseits wurde diese Initiative sehr wohlwollend und mit unverborgener Zufriedenheit aufgenommen, ja sogar mit dem Wunsche einer sofortigen Realisierung. Als ich Ende Oktober nach Warschau reiste, kündigte mir Minister Bonnet an, daß die Unterzeichnung und Verkündigung der Deklaration jeden Tag erfolgen könne.

Diese Annahmen haben sich jedoch aus zwei Gründen nicht bewahrheitet: Die Vereinbarung des Textes ist angeblich nicht ohne Schwierigkeiten vor sich gegangen, und andererseits hat die Ermordung des deutschen Botschaftsattachés in Paris von vornherein eine zweiwöchige Unterbrechung der Verhandlungen nach sich gezogen. Wie es scheint, sind die Schwierigkeiten bei der Vereinbarung des Textes auf das Streben Minister Bonnets zurückzuführen, der Deklaration eine solche Abfassung zu geben, die nicht nur die europäische französisch-deutsche Grenze, sondern auch die Integrität der imperialen Besitzungen Frankreichs anerkennen würde. Der endgültige Text der Deklaration berücksichtigt in gewissem Grade das von Minister Bonnet gestellte Ziel oder kann zumindest in dieser Richtung ausgelegt werden.

Im Augenblick, da der Text der Deklaration endgültig festgesetzt war, ergriff die Deutsche Regierung die Initiative zu einem Besuch Minister Ribbentrops in Paris. Minister Bonnet hat diese Initiative sofort günstig aufgenommen, wollte er doch sowohl mit Rücksicht auf die innere Lage wie die ausländische Propaganda der Deklaration einen möglichst feierlichen Charakter verleihen und um dieses Ereignis herum eine Atmosphäre schaffen, die eine tiefere Entspannung der Beziehungen zum westlichen Nachbarn erwarten ließ. Wegen des Generalstreiks, der in Frankreich von den Organisationen und Arbeiterparteien für den 30. November angekündigt worden war, mußte das beinahe schon festgesetzte Datum des Besuches des Ministers Ribbentrop einer Verzögerung von einigen Tagen unterliegen. Der Besuch kam am 6. Dezember

in einer Atmosphäre ruhiger Courtoisie von seiten der Regierung wie der französischen politischen Kreise zustande. Lediglich von der extremen oppositionellen Presse wurde er ungewöhnlich scharf kommentiert. Man gewann den Eindruck, daß die gewaltige Mehrheit der französischen politischen Welt an die Möglichkeit dauerhafter Resultate einer Entspannung mit Deutschland glauben wollte; das Mißtrauen war aber doch tiefer und stärker und hat im Endergebnis in den Gemütern überwogen. Zur Stärkung dieses Mißtrauens trug natürlich in bedeutendem Maße die italienische antifranzösische Kampagne bei, die auf deutscher Seite keine ernstere Reaktion gefunden hat.

Gegenwärtig, das ist kaum eine Woche nach der Abreise Minister Ribbentrops aus Paris, sind sogar die Echos dieses Besuches verstummt. Sie wurden durch eine neue Unruhe ersetzt, die sowohl durch die italienische Kampagne wie durch die Memelfrage und die Angelegenheit der Ukraine entstanden ist. Man kann mit völliger Sicherheit feststellen, daß die feierlich unterzeichnete Deklaration die französische Meinung dort beruhigt hat, wo es am wenigsten notwendig war, nämlich in der Angelegenheit der französisch-deutschen Grenze. Sie hat dagegen nichts Neues oder Beruhigendes auf dem Gebiet der expansiven Tendenzen Deutschlands und Italiens gebracht, die die hiesige Meinung eigentlich am meisten aufregen. Man muß jedoch gleichzeitig betonen, daß, wenn es sich um die Stellung der französischen Regierung gegenüber dem Parlament, der Börse und der öffentlichen Meinung handelt, die Unterzeichnung der deutsch-französischen Deklaration zweifellos die Lage der Regierung gegenwärtig gestärkt hat und ferner die Gegensätze zwischen der Regierung des Ministerpräsidenten Daladier und den extremen Linkselementen, mit den Kommunisten an der Spitze, hervorgehoben und vertieft hat.

Was die Beurteilung der Deklaration seitens der offiziellen politischen Faktoren angeht, so ist sie äußerst vorsichtig und wird von weitgehender Reserve gekennzeichnet. Aus der Unterredung, die ich über dieses Thema mit Botschafter Leger hatte, ging hervor, daß die französische Seite danach strebte, die französisch-deutsche Entspannung auf allgemein europäischer Basis zu behandeln, d. h. als Ausgangspunkt zu einer weiteren Befriedung der Beziehungen auf diesem Kontinent. Es ist für mich mehr als wahrscheinlich, daß Botschafter Leger konkret genommen gedacht hat und denkt, durch die französisch-deutsche und italienisch-englische Entspannung werde so oder so ein Viererpakt zustande kommen. Inwieweit sein Gedanke von Minister Bonnet und der Regierung geteilt wird, ist schwierig klar festzustellen. Die Stimmen der halboffiziellen Presse, die mit dem Quai d'Orsay in engem Kontakt

steht, lassen eher vermuten, daß die Pläne des Herrn Leger der Regierung nicht fremd sind. Wichtig ist auch die Tatsache, daß Botschafter Leger an allen Unterredungen mit den Vertretern Deutschlands, die während des Ribbentrop-Besuches stattfanden, teilgenommen hat. Andererseits kann ich jedoch auf Grund einer ausführlichen Unterredung mit Minister Bonnet mit völliger Sicherheit feststellen, daß die französische Seite, wenn sie tatsächlich danach gestrebt hat, die Entspannung mit Berlin auf breiter europäischer Basis zu behandeln, in dieser Hinsicht einen völligen Mißerfolg gehabt hat. Im Endergebnis muß die Erklärung Bonnet-Ribbentrop vorläufig also als zweiseitiger Akt angesehen werden, dessen Bedeutung die unmittelbaren französisch-deutschen Beziehungen nicht überschreitet. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, hat die Deklaration Frankreich die Anerkennung seiner Ostgrenze gebracht, wie die Bestätigung, daß es zwischen Deutschland und Frankreich keine territorialen Angelegenheiten gibt, die sich in der Schwebe befänden. Diese Feststellung wird französischerseits interpretiert als Anerkennung der Integrität des kolonialen Imperiums ohne die Mandatsländer. Schließlich hat die Erklärung eine Verbesserung der Atmosphäre in den nachbarlichen Beziehungen gebracht, was wichtig ist im Zusammenhang mit den Abschnitten aus dem Buch „Mein Kampf", in dem Hitler Frankreich als Hauptfeind Deutschlands betrachtet.

Andererseits hat man jedoch festgestellt, daß die wirtschaftlichen Probleme so kompliziert sind, daß sie längere Verhandlungen erfordern bzw. daß die Verbesserung der politischen Atmosphäre nicht hinreichend genug war, um die wirtschaftlichen Probleme zu vereinfachen und in schnellem Tempo zu lösen. Was den ersten und den dritten Abschnitt der Deklaration anbelangt, so sind sie vorläufig eher ein primum desiderium, vielleicht sogar nur eines Partners, und entsprechen nicht der Wirklichkeit.

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Tatsache, daß die Unterredungen mit Minister Ribbentrop in zwei für Frankreich wirklich wichtigen Angelegenheiten, wie die Beziehungen zu Italien und die spanische Frage, nicht nur nichts Positives hervorgebracht haben, sondern, wie es scheint, für die Zukunft keine Hoffnungen erweckt haben.

Wenn man das Obige zusammenfaßt, muß man konstatieren, daß bei der Ausarbeitung und Unterzeichnung der deutsch-französischen Deklarationen die französische Seite, wenn auch auf diskrete Weise, danach gestrebt hat, diesem Ereignis eine größere politische Bedeutung beizulegen, während die deutsche Seite es auf einen ausgesprochen zweiseitigen Akt reduzierte. Es ist daher klar, daß das weitere Schicksal der Deklaration völlig von Berlin

abhängen wird, denn man kann schwer annehmen, daß die Absichten der französischen Politik einem ernsteren Wandel unterliegen werden.

*

Vom Augenblick ihrer Anregung an waren die französisch-deutsche Deklaration wie der Besuch Minister Ribbentrops in Paris die ersten politischen Ereignisse, die den Gesamtkomplex der französischen Politik nach der Niederlage von München besonders, aber ihr Verhältnis zu den Problemen Mittel- und Osteuropas, beleuchteten. Die erste Nachricht von der beabsichtigten Unterzeichnung der Deklaration unterbrach das nach München eingetretene Schweigen fast der ganzen französischen Presse über das Verhältnis Frankreichs zu dem Bündnis mit uns wie dem gegenseitigen Hilfeleistungspakt mit Sowjetrußland. Die ersten, die sich äußerten, waren die glühendsten Anhänger einer Zusammenarbeit mit Sowjetrußland, und zwar „Humanité", „Populaire", „Oeuvre", „Ordre" usw. einschließlich Pertinax und Frau Tabouis. Sie verteidigten alle den französisch-sowjetischen Pakt, konnten jedoch unser Bündnis nicht mit ihm auf eine Ebene stellen. Dagegen schwieg die Rechts- oder halboffizielle Presse entweder weiter oder stellte wie der „Temps" oder „Petit Parisien" fest, das wesentliche Problem seien für Frankreich nur die französisch-englischen Beziehungen, während dagegen der Wert des Bündnisses mit Polen und des Paktes mit Sowjetrußland in der neuen Situation zumindest zweifelhaft sei. Der „Temps" hat sich übrigens in seinen Leitartikeln mehrmals dafür ausgesprochen, einem deutschen Imperium in Ost- und Mitteleuropa keinen Widerstand entgegenzusetzen.

Parallel hierzu hat das Projekt der französisch-deutschen Deklaration die Frage der internationalen Verpflichtungen Frankreichs im Kreise der Regierung, wo prorussische Politiker wie Mandel darum bekümmert waren, ob diese Deklaration mit unserem Bündnis und dem Pakt mit Sowjetrußland zu vereinbaren sei, aktualisiert. Schließlich wurde hierdurch Minister Bonnet veranlaßt, mit mir über dieses Thema zu sprechen, desgleichen wahrscheinlich auch mit dem sowjetischen und belgischen Botschafter.

Die erste dieser Unterredungen fand statt, bevor Minister Bonnet sich mit dem endgültigen festgesetzten Text der Deklaration einverstanden erklärt hatte. Minister Bonnet las mir das Projekt der Deklaration vor und versah es mit dem mündlichen Kommentar, daß die Reserve gegenüber den Beziehungen zu dritten Staaten auch die Beziehungen zu uns umfasse. Zum zweitenmal kamen wir auf dieses Thema zurück, als ich Minister

Bonnet die Antwort des Herrn Ministers auf das obige Kommuniqué (vom 28. 11.) überreichte. Herr Minister Bonnet hielt den paraphierten Text der Erklärung des Herrn Ministers in der Hand und bestätigte, die in ihm enthaltene Interpretation des Standpunktes der französischen Regierung zu dem Bündnis mit uns sei völlig genau. Endlich informierte er mich über seine Unterredungen mit Herrn Ribbentrop und betonte spontan, er habe dem deutschen Partner gegenüber die Anormalität sowohl des Bündnisses mit uns wie des Paktes mit Sowjetrußland festgestellt.

Ferner scheint das Echo, das die Sitzung der Parlamentskommission für Auswärtige Angelegenheiten vom 14. d. M. in der Presse gefunden hat, darauf hinzuweisen, daß Minister Bonnet, trotzdem er in seinem Exposé das Bündnis mit uns wie den Pakt mit Sowjetrußland nicht erwähnt hatte, dennoch auf an ihn gerichtete Fragen Antwort gegeben hatte, die Verpflichtungen Frankreichs uns wie Sowjetrußland gegenüber dauerten an und seien vollkommen gültig.

In der Konsequenz des oben Gesagten wäre es jedoch verfrüht, zu glauben, das Verhältnis der französischen Regierung, des Parlaments und der politischen Meinung zu dem Bündnis mit uns sei schon geklärt worden. Ich bin der Ansicht, daß wir der wahren Sachlage näherkommen, wenn wir feststellen, daß die französisch-deutsche Deklaration das Verhältnis Frankreichs zu seinem Bündnis mit Polen wie zum Pakt mit Sowjetrußland augenblicklich nur aktualisiert hat und daß sie dabei die formelle Gültigkeit dieser beiden Dokumente weder verletzt noch unterhöhlt hat. Es ist zu bemerken, daß diejenigen französischen politischen Kreise, die sich gelegentlich der französisch-deutschen Deklaration um die früheren Verpflichtungen Frankreichs bekümmerten, hauptsächlich, ja fast ausschließlich philosowjetische Faktoren waren. Das Bündnis mit Polen war also eher ein Vorwand, an die Erhaltung des französisch-sowjetischen Paktes zu denken, nicht aber die Hauptforderung

Wenn man die gegenwärtige Situation vom rein politischen Standpunkt aus analysiert, muß man leider mit ganzer Entschiedenheit konstatieren, daß weder in der Haltung der von Minister Bonnet vertretenen Regierung noch in den Äußerungen der Parlamentspolitiker oder auch in der Presse irgend etwas zum Ausdruck gekommen ist, was auf die Absicht hinweisen könnte, dem Bündnis mit uns irgendwelche Lebenskraft zu geben oder es heute als Instrument der französischen Außenpolitik zu behandeln. Dagegen gibt es jedoch keinen Mangel an zahlreichen Hinweisen, die darauf schließen lassen, daß, wenn Frankreich heute aus diesem oder jenem Grunde gezwungen sein sollte, jene Verpflichtungen auszuführen, die sich aus dem Bündnis mit uns ergeben, die

Anstrengungen, sich dieser Verpflichtungen zu entledigen, zweifellos größer sein würden als die Aktion, sie zu erfüllen.

Meine obige Ansicht scheint mit den Erklärungen Minister Bonnets, welche ich die Ehre hatte, Herrn Minister mitzuteilen, nicht in Einklang zu stehen. Dennoch ist sie aber richtig und gibt die wahre Sachlage wieder. Minister Bonnet ist ein schwacher Mensch, der im allgemeinen keine Sache richtig zu vertreten imstande ist, und der dem Hang erliegt, sich der Reihe nach jedem seiner Gesprächspartner anzupassen. Obwohl ich die Aufrichtigkeit seiner Äußerungen uns gegenüber nicht beurteilen will, so habe ich dennoch nicht die geringsten Zweifel, daß er sowohl vor der Regierung wie der Presse und dem Parlament in der Angelegenheit des Bündnisses mit uns nicht die Haltung einnehmen wird, die er im Gespräch mit mir zum Ausdruck bringt.

Mehrmals habe ich Minister Bonnet schon unmittelbar wie mittelbar auf die gewaltigen Unterschiede aufmerksam gemacht, die unsere unmittelbaren Unterredungen von den Auslassungen der halboffiziellen Presse und den Parlamentsechos scheiden. Bisher haben meine Bemerkungen nicht den geringsten Erfolg gehabt. Wollen wir abwarten, was die nächste Diskussion in der Deputiertenkammer bringen wird. Sie wird auf jeden Fall die Fortsetzung dieser Situation erschweren, die zumindest dem Scheine nach von einer bewußten Doppelzüngigkeit der Politik uns gegenüber nicht weit entfernt ist.

Meritorisch gesehen, ist unsere Situation in Frankreich nicht das Ergebnis irgendeiner tieferen Änderung des Verhältnisses zu uns. Eine bestimmte, aber sehr winzige Rolle spielt die Verbitterung, die noch aus der tschechischen Krise übriggeblieben ist. Der entscheidende Kern der Sache steckt jedoch bedeutend tiefer, und zwar in der allgemeinen Haltung Frankreichs gegenüber dem Gesamtkomplex der internationalen Situation. Hier befindet sich nämlich Frankreich seit der Münchener Konferenz in der Rolle eines Geschlagenen, der von seinem Feind, der die Verfolgung fortsetzt, nicht loskommt, und der nicht imstande ist, einer Reihe neuer Probleme ins Gesicht zu sehen. Was seine früheren Verpflichtungen internationaler Natur angeht, so ist Frankreich zu schwach, um mit ihnen zu brechen, aber ebenso auch zu schwach, um sich zu ihnen mit genügender Entschlossenheit zu bekennen. So bleibt Frankreich gelähmt und verharrt in Resignation, wobei es sich von vornherein zu allem, was in Ost- und Mitteleuropa geschieht, defaitistisch einstellt.

So wie die Dinge heute stehen, stellt Frankreich der koordinierten deutsch-italienischen Achse die Zusammenarbeit mit England entgegen, eine Zusammenarbeit, in der es eine passive

Rolle spielt und der gegenüber es keine Rücksicht darauf nimmt, ob das Bündnis mit Polen wie der Pakt mit Sowjetrußland von diesem Gesichtspunkt aus irgendeine Bedeutung haben könnte. Dieses geschieht nicht etwa deshalb, daß man eventuell an unserer Entschlossenheit, allzu weitgehenden Versuchungen, Deutschland Widerstand zu leisten, zweifelt, sondern deshalb, weil man einfach nicht daran glaubt, daß solch ein Widerstand Erfolg haben könnte. Aus diesem Grunde hat auch die Tatsache, daß die karpatho-russische Frage gemäß den Wünschen Ungarns und Polens nicht erledigt wurde, eine ungeheuer wichtige Rolle gespielt.

Zusammengenommen betrachtet die französische Politik lediglich das Bündnis mit England als positiven Wert, das Bündnis mit uns wie den Pakt mit Sowjetrußland dagegen erachtet es als für sich belastend, weshalb es sich auch nur ungern zu ihrem Bestehen bekennt. Diese Situation könnte einer Änderung unterliegen, wenn Frankreich entweder unter dem Einfluß Englands Deutschland und Italien gegenüber zu einer offensiven Politik übergehen würde, was in naher Zukunft völlig unwahrscheinlich ist, oder wenn die Ereignisse beweisen würden, daß unser Widerstand gegen die deutsche Politik wirksam ist und daß wir in der Konsequenz die Haltung anderer Staaten in Mittel- und Osteuropa gegenüber Berlin beeinflussen können. Es ist auch möglich, daß, wenn der italienische Angriff mehr unmittelbar und gefährlich werden und in irgendeiner Form von Deutschland unterstützt werden sollte, Frankreich dann, gezwungen, sich aktiver auf einem Abschnitt zu verteidigen, wo es sich nicht auf formelle Verpflichtungen Englands stützen kann, versuchen wird, seine kontinentalen Bündnisse auszuwerten, jedoch immer nur als Behelfsmittel, die mit dem englischen Bündnis nicht gleichwertig sind. Was Italien betrifft, so kann man erwarten, daß der Besuch Chamberlains in Rom einen Versuch darstellen wird, eine Entspannung zwischen Rom und Paris herbeizuführen, welche zumindestens für den Augenblick positive Ergebnisse zeitigen und folglich Frankreich geneigt machen könnte, in den mittel- und osteuropäischen Fragen weiterhin seine defaitistische Reserve zu bewahren.

*

Wenn es um die mitteleuropäischen Probleme geht, so verrät die französische Politik gegenüber den expansiven Bestrebungen Deutschlands nicht nur völlige Passivität und Defaitismus, sondern ist ebenso unfähig, zu ihnen eine andere Haltung einzunehmen als die, welche sie in den letzten 20 Jahren charakterisiert hat. Ich habe den Eindruck, daß der von Minister Bonnet Ribbentrop gegenüber eingenommene Standpunkt hinsichtlich seiner Garantierung der tschechischen Grenzen analog der Haltung war,

die seinerzeit Botschafter Leger in seiner Unterredung mit mir vertreten hat. Wenn Herr Ribbentrop nur wünschen sollte, so könnte er die Garantierung der neuen tschechischen Grenzen sogar noch vor ihrer Garantierung durch uns und Ungarn erreichen. Wie aus den Informationen hervorgeht, die mir Minister Bonnet mitteilte, erhielt Minister Ribbentrop die Versicherung, Frankreich werde sich einer deutschen wirtschaftlichen Expansion im Donaubecken nicht entgegenstellen. Ribbentrop konnte weiterhin aber auch keineswegs aus Frankreich den Eindruck mitnehmen, daß eine in dieser Richtung verlaufende politische Expansion auf irgendein entschlossenes Handeln Frankreichs stoßen würde.

In den rein osteuropäischen Fragen, besonders in den russischen, herrscht in der französischen öffentlichen Meinung wie in der Politik ein völliges Chaos. Das Vertrauen zu Sowjetrußland oder vielmehr zu seiner Kraft ist ständig im Sinken begriffen, ebenso nehmen auch die diesbezüglichen Sympathien ab. Die innere Lage der Sowjets wird pessimistisch beurteilt, hier und dort, hauptsächlich aber in Militärkreisen werden Besorgnisse laut, irgendein militärischer Umsturz in Moskau könnte zu einer gefährlichen Zusammenarbeit zwischen Berlin und Rußland führen. In der ukrainischen Angelegenheit trifft man auf ein völliges Mißverstehen der Situation, was wieder zu der defaitistischen Überzeugung führt, die ukrainische Aktion könne — wenn die Deutschen nur wollten — jeden Monat wirksam beginnen und die Integrität des neuen Territoriums bedrohen. Alles dieses zusammengenommen hält die französische öffentliche Meinung ständig in einer Unruhe, die in der Presse wie in den Äußerungen von Parlamentsmitgliedern ihren Ausdruck findet. — Diese Sachlage findet auf seiten der Regierung eine Haltung vor, die man als macht- und ratlos bezeichnen kann.

Man gewinnt den Eindruck einer allgemeinen Psychose, die sich augenblicklich nicht einmal durch die vernünftigsten Gegeneinwände überwinden läßt. Immer häufiger jedoch werden in der Presse einsichtsvolle Stimmen laut, die sich einer Politik der völligen Reserve entgegenstellen und die auf die Gefahren hinweisen, welche ein gänzliches Desinteressement Frankreichs gegenüber Mittel- und Osteuropa, insonderheit aber uns gegenüber, mit sich bringt.

Wahrscheinlich sind wir jedoch noch weit davon entfernt, daß diese Stimmen irgendeinen Einfluß auf die Faktoren haben könnten, welche die wirkliche Richtung der französischen Außenpolitik bestimmen. Nichtsdestoweniger gibt es unter den französischen Politikern schon heute Männer, die sich nicht nur für die Erhaltung des Bündnisses mit Polen, sondern sogar für seine Belebung aus-

zusprechen anfangen. Es versteht sich, daß meine wie meiner Mitarbeiter Bemühungen darauf gerichtet sind, Presse- und Parlamentsmanifestationen für eine Zusammenarbeit zwischen Frankreich und uns zu organisieren und auf diese Weise die Regierung zu zwingen, öffentlich einen präzisierten Standpunkt einzunehmen. Trotz allgemein pessimistischer Beurteilung des Gesamtkomplexes der internationalen Lage Frankreichs fürchtet man nicht, daß dieser Standpunkt allzu negativ ausfallen könnte.

Der Botschafter der Republik Polen

(Anmerkung des Übersetzers: Die persönliche Unterschrift des Botschafters fehlt, da es sich um einen Durchschlag des Originalberichtes handelt. Der Durchschlag trägt auf der ersten Seite die Paraphe des Leiters der Westabteilung im Polnischen Außenministerium, Graf J. Potocki.)

6. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 12. Januar 1939

Botschaft der Republik Polen in Washington

Washington, den 12. Januar 1939

Nr. 3/SZ—tjn—3.

Geheim!

Betr.: Innerpolitische Lage in USA. (Die Stimmung gegen Deutschland, Judenfrage)

An den Herrn Außenminister in Warschau

Die Stimmung, die augenblicklich in den Vereinigten Staaten herrscht, zeichnet sich durch einen immer zunehmenden Haß gegen den Faschismus aus, besonders gegen die Person des Kanzlers Hitler und überhaupt gegen alles, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt. Die Propaganda ist vor allem in jüdischen Händen, ihnen gehört fast zu 100 Prozent das Radio, der Film, die Presse und Zeitschriften. Obgleich diese Propaganda sehr grob gehandhabt wird und Deutschland so schlecht wie möglich hinstellt — man nutzt vor allem die religiösen Verfolgungen und die Konzentrationslager aus —, wirkt sie doch so gründlich, da das hiesige Publikum vollständig unwissend ist und keine Ahnung hat von der Lage in Europa. Augenblicklich halten die meisten Amerikaner

den Kanzler Hitler und den Nationalsozialismus für das größte Übel und die größte Gefahr, die über der Welt schwebt.

Die Lage hierzulande bildet ein ausgezeichnetes Forum für alle Art Redner und für die Emigranten aus Deutschland und der Tschecho-Slowakei, die an Worten nicht sparen, um durch die verschiedensten Verleumdungen das hiesige Publikum aufzuhetzen. Sie preisen die amerikanische Freiheit an, im Gegensatz zu den totalen Staaten. Es ist sehr interessant, daß in dieser sehr gut durchdachten Kampagne, die hauptsächlich gegen den Nationalsozialismus geführt wird, Sowjetrußland fast ganz ausgeschaltet ist. Wenn es überhaupt erwähnt wird, so tut man es in freundlicher Weise und stellt die Dinge so dar, als ob Sowjetrußland mit dem Block der demokratischen Staaten zusammenginge. Dank einer geschickten Propaganda ist die Sympathie des amerikanischen Publikums ganz auf seiten des Roten Spaniens.

Außer dieser Propaganda wird auch noch künstlich eine Kriegspsychose geschaffen: Es wird dem amerikanischen Volk eingeredet, daß der Frieden in Europa nur noch an einem Faden hängt, ein Krieg sei unvermeidlich. Dabei wird dem amerikanischen Volke unzweideutig klargemacht, daß Amerika im Falle eines Weltkrieges auch aktiv vorgehen müßte, um die Losungen von Freiheit und Demokratie in der Welt zu verteidigen.

Der Präsident Roosevelt war der erste, der den Haß gegen den Faschismus zum Ausdruck brachte. Er verfolgte dabei einen doppelten Zweck: 1. Er wollte die Aufmerksamkeit des amerikanischen Volkes von den innerpolitischen Problemen ablenken, vor allem vom Problem des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit. 2. Durch die Schaffung einer Kriegsstimmung und die Gerüchte einer Europa drohenden Gefahr wollte er das amerikanische Volk dazu veranlassen, das enorme Aufrüstungsprogramm Amerikas anzunehmen, denn es geht über die Verteidigungsbedürfnisse der Vereinigten Staaten hinaus.

Zu dem ersten Punkt muß man sagen, daß die innere Lage auf dem Arbeitsmarkt sich dauernd verschlechtert, die Zahl der Arbeitslosen beträgt heute schon 12 Millionen. Die Ausgaben der Reichs- und Staatsverwaltung nehmen täglich größere Ausmaße an. Nur die großen Milliardensummen, die der Staatsschatz für die Notstandsarbeiten ausgibt, erhalten noch eine gewisse Ruhe im Lande. Bisher kam es nur zu den üblichen Streiks und lokalen Unruhen. Wie lange aber diese Art staatliche Beihilfe durchgehalten werden kann, kann man heute nicht sagen. Die Aufregung und Empörung der öffentlichen Meinung und die schweren Konflikte zwischen den Privatunternehmungen und enormen Trusts einer-

seits und der Arbeiterschaft andererseits haben Roosevelt viele Feinde geschaffen und bringen ihm viele schlaflose Nächte.

Zum zweiten Punkt kann ich nur sagen, daß der Präsident Roosevelt als geschickter politischer Spieler und als Kenner der amerikanischen Psychologie die Aufmerksamkeit des amerikanischen Publikums sehr bald von der innerpolitischen Lage abgelenkt hat, um es für die Außenpolitik zu interessieren. Der Weg war ganz einfach, man mußte nur von der einen Seite die Kriegsgefahr richtig inszenieren, die wegen des Kanzlers Hitler über der Welt hängt, andererseits mußte man ein Gespenst schaffen, das von einem Angriff der totalen Staaten auf die Vereinigten Staaten faselt. Der Münchener Pakt ist dem Präsidenten Roosevelt sehr gelegen gekommen. Er stellte ihn als eine Kapitulation Frankreichs und Englands vor dem kampflustigen deutschen Militarismus hin. Wie man hier zu sagen pflegt, hat Hitler Chamberlain die Pistole auf die Brust gesetzt. Frankreich und England hatten also gar keine Wahl und mußten einen schändlichen Frieden schließen.

Ferner ist das brutale Vorgehen gegen die Juden in Deutschland und das Emigrantenproblem, die den herrschenden Haß immer neu schüren gegen alles, was irgendwie mit dem deutschen Nationalsozialismus zusammenhängt. An dieser Aktion haben die einzelnen jüdischen Intellektuellen teilgenommen, z. B. Bernard Baruch, der Gouverneur des Staates New York, Lehmann, der neuernannte Richter des Obersten Gerichts Felix Frankfurter, der Schatzsekretär Morgenthau und andere, die mit dem Präsidenten Roosevelt persönlich befreundet sind. Sie wollen, daß der Präsident zum Vorkämpfer der Menschenrechte wird, der Religions- und Wortfreiheit, und er soll in Zukunft die Unruhestifter bestrafen. Diese Gruppe von Leuten, die die höchsten Stellungen in der amerikanischen Regierung einnehmen und die sich zu den Vertretern des „wahren Amerikanismus" und als „Verteidiger der Demokratie" hinstellen möchten, sind im Grunde doch durch unzerreißbare Bande mit dem internationalen Judentum verbunden. Für diese jüdische Internationale, die vor allem die Interessen ihrer Rasse im Auge hat, war das Herausstellen des Präsidenten der Vereinigten Staaten auf diesen „idealsten" Posten eines Verteidigers der Menschenrechte ein genialer Schachzug. Sie haben auf diese Weise einen sehr gefährlichen Herd für Haß und Feindseligkeit auf dieser Halbkugel geschaffen und haben die Welt in zwei feindliche Lager geteilt. Das Ganze ist als meisterhafte Arbeit aufgemacht worden: Roosevelt sind die Grundlagen in die Hand gegeben worden, um die Außenpolitik Amerikas zu beleben und auf diesem Wege zugleich die kolossalen militärischen Vorräte zu schaffen für den künftigen Krieg, dem die Juden mit vollem

Bewußtsein zustreben. Innerpolitisch ist es sehr bequem, die Aufmerksamkeit des Publikums von dem in Amerika immer zunehmenden Antisemitismus abzulenken, indem man von der Notwendigkeit spricht, Glauben und individuelle Freiheit vor den Angriffen des Faschismus zu verteidigen.

Jerzy Potocki
der Botschafter der Republik Polen

7. Bericht des Polnischen Botschafters in Washington, Grafen Jerzy Potocki, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 16. Januar 1939

Botschaft
der Republik Polen
in Washington

16. Januar 1939.

3/SZ—tjn—4

Geheim!

Betr.: Unterredung mit dem Botschafter Bullitt

An den Herrn Außenminister in Warschau.

Vorgestern hatte ich eine längere Unterhaltung mit dem Botschafter Bullitt in der Botschaft, wo er mich besuchte. B. reist am 21. d. Mts. nach Paris, nachdem er fast drei Monate abwesend war. Er fährt mit einem ganzen „Koffer" voll Instruktionen, Unterredungen und Direktiven vom Präsidenten Roosevelt, vom Staatsdepartement und von den Senatoren, die zu der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten gehören.

Aus der Unterhaltung mit Bullitt hatte ich den Eindruck, daß er vom Präsidenten Roosevelt eine ganz genaue Defination des Standpunktes erhalten hat, den die Vereinigten Staaten bei der heutigen europäischen Krise einnehmen. Er soll dieses Material am Quai d'Orsay vortragen und soll auch in seinen Unterredungen mit europäischen Staatsmännern davon Gebrauch machen. Der Inhalt dieser Direktiven, die mir Bullitt im Laufe seiner halbstündigen Unterhaltung anführte, ist wie folgt: 1. Eine Belebung der Außenpolitik unter Führung des Präsidenten Roosevelt, der scharf und unzweideutig die totalitären Staaten verurteilt. 2. Die Kriegsvorbereitungen der Vereinigten Staaten zur See, zu Lande und in der Luft, die in beschleunigtem Tempo durchgeführt werden und die kolossale Summe von 1250000000 Dollar verschlingen. 3. Die entschiedene Ansicht des Präsidenten, daß Frankreich und England jeder Kompromißpolitik mit den Totalstaaten ein Ende machen müssen. Sie sollen auf keine Diskussion

mit ihnen eingehen, die irgendwelche Gebietsveränderungen bezwecken. 4. Eine moralische Versicherung, daß die Vereinigten Staaten die Isolierungspolitik verlassen und bereit sind, im Falle eines Krieges aktiv auf seiten Englands und Frankreichs einzugreifen. Amerika ist bereit, sein ganzes Material an Finanzen und Rohstoffen zu ihrer Verfügung zu stellen.

Auf meine Frage, welches Horoskop für 1939 Bullitt voraussieht, antwortete er, daß er im Frühjahr die Gefahr eines Konflikts zwischen Frankreich und Italien wegen der Kolonien befürchtet. Er meint, daß der Sieg der Loyalisten in Spanien Frankreich in eine sehr schwere Lage bringen wird, denn es ist auf diese Weise von allen Seiten von faschistischen Staaten umringt. Mussolini wird dann ganz bestimmt auftreten und Frankreich mit Krieg bedrohen.

Auf meine Frage, ob denn Deutschland Mussolini bei diesem Unternehmen helfen wird, antwortete Bullitt, er sei der Ansicht, daß es recht zweifelhaft wäre, ob Hitler sich dazu verleiten ließe, außer moralischer Unterstützung auch tatsächlich an einem solchen Unternehmen teilzunehmen, denn dann ist es klar, daß ein Weltkrieg unvermeidlich sei.

Bullitt behauptete mit voller Bestimmtheit, Frankreich dürfe überhaupt auf keinerlei Abkommen mit Mussolini eingehen. Seit einigen Monaten hätte sich die Lage in Frankreich so weit gebessert, daß es sogar selbst das italienische Heer und die Flotte besiegen könnte, wenn Italien es unprovoziert angreifen sollte. Das Vorgehen Mussolinis bezeichnete er als ganz gewöhnliches „Gangstertum“ und Erpressung, wobei er zu verstehen gab, daß jedoch zwischen Hitler und Mussolini als Diktatoren ein großer Unterschied ist und daß Mussolini im Vergleich zu Hitler nur ein kleiner Bandit ist.

Im weiteren Gespräch kam Bullitt auch auf Osteuropa und Deutschland zu sprechen. Er erklärte dabei, daß die polnische Außenpolitik unter der vorzüglichen Leitung des Herrn Ministers eine Prüfung ihrer Zweckmäßigkeit bestanden hätte: aus der vorjährigen Herbstkrise wäre Polen nicht nur mit der Waffe in der Hand, sondern als Sieger hervorgegangen.

Er fragte mich gleich nach den Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland und nach dem Sinn einer Erneuerung des Nichtangriffspaktes zwischen Polen und Rußland. Ich antwortete, daß alles, was die Presse in der russischen Frage geschrieben hätte, freie Phantasien wären. Die Erneuerung des Nichtangriffspaktes mit den Sowjets war eine Notwendigkeit des Augenblicks, denn nach der tschechischen Krise haben sich die Beziehungen zwischen Polen und den Sowjets sehr verschlechtert. Es war nur

der Punkt auf dem i, nicht mehr und nicht weniger. Es ging nur darum, die Beziehungen, die durch die Ereignisse aus dem Gleichgewicht gekommen waren, wieder in die Reihe zu bringen. Über unser Handelsabkommen mit den Sowjets, nach dem er fragte, sagte ich, daß es die Folge unserer Besitzergreifung des Olsagebietes und der großen Industrien gewesen sei. Polen war gezwungen, neue Absatzmärkte zu suchen, die es zum Teil in Sowjetrußland gefunden hat.

Sowjetrußland gegenüber war Bullitt ausgesprochen unfreundlich und wegwerfend gestimmt.

Er meinte ferner, daß Deutschland jetzt wohl kaum einen Angriff auf Osteuropa unternehmen würde, denn einerseits ist Polen zu stark, andererseits ist die Sache mit Ungarn, Rumänien und Jugoslawien noch nicht so weit geklärt. Es müssen noch gewisse Vorbereitungen durchgeführt und die Stellungen gefestigt werden. Übrigens wäre er überzeugt, daß Deutschland seinen Plan der Eroberung der Ukraine durchführen werde, aber erst im Jahre 1940.

Ich habe mich mit Bullitt über das von ihm aufgestellte Axiom nicht in eine Diskussion eingelassen. Ich fragte nur, ob die Westmächte in einem solchen Falle aktiv auftreten würden und ob sie das Reich zum angeblichen Schutz Sowjetrußlands angreifen würden. Bullitt antwortete, daß die demokratischen Staaten ein für allemal alle imaginären bewaffneten Interventionen zum Schutze irgendeines Staates, der zum Opfer eines deutschen Angriffes werden sollte, aufgegeben hätten.

Jerzy Potocki
Botschafter der Polnischen Republik

8. Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 1. Februar 1939

Politischer Bericht Nr. IV/I

Botschaft
der Republik Polen
Nr. 1/F/7

Paris, den 1. Februar 1939
Streng geheim!

An den Herrn Außenminister in Warschau

Die Diskussion über die Fragen der französischen Außenpolitik, welche gestern im hiesigen Parlament mit einem Vertrauensvotum

für die Regierung des Herrn Daladier mit 379 gegen 234 Stimmen abgeschlossen wurde, veranlaßt mich, Ihnen, Herr Minister, meine Ansichten vorzutragen, und zwar in erster Linie über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen von Frankreich zu uns und über die es mit Polen verbindenden Verträge.

Wie ich schon in meinem früheren Bericht vom 17. Dezember 1938*) erwähnte, wurde in den politischen Kreisen Frankreichs das Problem der Beziehungen zu Polen nach den Septemberereignissen durch die Tatsache der Unterzeichnung der französisch-deutschen Nichtangriffserklärung aktuell. Seit dieser Zeit begann die französische Presse, den Beziehungen zu Polen mehr Platz und Aufmerksamkeit zu widmen. Es war auch möglich, bei einer Reihe von Politikern sowohl der Rechten wie auch der Linken ein stärkeres, lebhafteres Interesse an diesem Problem zu beobachten bzw. ein solches wachzurufen. Es wurde offenbar, daß die Abneigung hinsichtlich Polens, die auf Grund der Septemberereignisse entstanden war, zu verschwinden begann und einer vernünftigeren, objektiveren und realistischeren Einstellung Platz machte.

Unter diesen Umständen sowie auf Grund der Verschlechterung von Frankreichs internationaler Lage wurde Ihr mehrtägiger Aufenthalt, Herr Minister, in Monte Carlo und Ihr Besuch beim Kanzler Hitler in Berchtesgaden für die ganze französische Presse und viele hiesige Politiker zum Ausgangspunkt für eine Kritik an der Politik von Minister Bonnet gegenüber Polen; man forderte von ihm eine Klärung seiner Haltung zum Bündnis mit Polen.

Ein sehr bedeutender Teil der Presse warf Minister Bonnet vor, daß er Ihren Besuch in Südfrankreich nicht dazu benutzt hat, um sich mit Ihnen zu treffen und unmittelbar politischen Kontakt aufzunehmen. Als die Nachricht von Ihrer Abreise nach Berchtesgaden bekannt wurde, erschienen nicht nur nicht in der französischen Presse die früheren kritischen Äußerungen weiter, sondern im Gegenteil, alle Vorwürfe richteten sich an die Adresse von Minister Bonnet. Letzterer versuchte, wie es scheint, die Angriffe unschädlich zu machen, denn er verbreitete in Gesprächen mit einigen Parlamentsmitgliedern die Ansicht, daß in Polen die innere Lage sehr schwierig sei und daß uns von Deutschland Gefahren drohen. Doch unterlagen meine Beziehungen sowie die meiner Mitarbeiter zu einer großen Anzahl von Deputierten ebenso wie zu den Presseleuten in der Zwischenzeit einer so bemerkenswerten Verbesserung, daß es für uns nicht schwierig war, diesem übrigens recht naiven Manöver entgegenzuarbeiten.

Im übrigen waren die Resultate Ihres Treffens, Herr Minister, mit dem Kanzler in sich so beredt, daß sie die Kritik an Minister

*) s. oben Seite 11.

Bonnet sehr wesentlich verstärkten. Man verstand in Frankreich, daß nicht nur die unmittelbaren polnisch-deutschen Beziehungen keiner Verschlechterung unterlagen, sondern daß wir sogar mittelbar nicht bedroht sind, weder durch die sogenannte ukrainische Aktion des Kanzlers Hitler noch durch irgendwelche seiner Gewaltmaßnahmen in Mitteleuropa. Auf die Zeit der Beunruhigung folgte die hier nach der Münchener Konferenz vorherrschende Furcht vor einem Sicheinlassen in Fragen Ost- und Mitteleuropas, welche durch unmittelbare Kriegsgefahren aufgeputscht war. Obschon das Treffen in Berchtesgaden zu einer bedeutenden Entspannung der Lage in Ost- und Mitteleuropa führte, kann die Gefahr einer expansiven Aktivität Deutschlands sich leicht in Westeuropa fühlbar machen, und das im Zusammenhang mit der brutalen antifranzösischen Kampagne, die von Italien geführt wird und die die Hoffnungen der Franzosen verminderte, daß dieses sich in den Rahmen der sogenannten imperialen Politik einschließen würde. Die Resultate der englischen Ministerbesuche in Rom verminderten diese Beunruhigung nicht im geringsten.

Infolgedessen wurden die Stimmen, welche eine Klärung der Beziehungen zu Polen und eine vernünftige Politik diesem gegenüber forderten, immer häufiger, im wahrsten Sinne des Wortes tägliche. Sehr wichtig war die Tatsache, daß die Aktion der Kritiker von Minister Bonnet nicht auf einer vorsorglichen Beunruhigung bezüglich der Lage Polens beruhte, sondern daß sie durch eine gesunde Fürsorge wegen der sich ständig verschlechternden internationalen Lage Frankreichs und durch die Einsicht, daß ein französisches Desinteressement an den Fragen Mittel- und Osteuropas unsere Lage gegenüber Deutschland erschwert, hervorgerufen wurde.

In dieser Atmosphäre der Angriffe seitens der Presse vor allen Dingen wegen polnischer Fragen und einer gewissen ungeschickten Verlegenheit von Minister Bonnet begann in der Deputiertenkammer die Debatte über Frankreichs Außenpolitik. Die Stimmung der Presse übertrug sich eigentlich vollständig auf die Tribüne des Parlaments. Mit wenigen Ausnahmen — E. Flandin war die bemerkenswerteste — gab es kaum einen Deputierten, welcher in seiner Rede die Beziehungen zu Polen nicht erwähnte oder wenigstens nicht Minister Bonnet vorhielt, daß er die Gelegenheit zu einem Treffen mit Ihnen, Herr Minister, so kurzsichtig vorübergehen ließ. Diesmal waren es nicht nur die Stimmen der Russenfreunde, welche in der Verteidigung der Beziehungen mit Polen eine günstige Annäherung zu der ihnen am Herzen liegenden Zusammenarbeit mit Moskau sahen, sondern auch zahlreiche Stimmen entschiedener Gegner des französisch-russischen Paktes.

So kann man ganz objektiv feststellen, daß die Frage der Beziehungen zu Polen durch die Mitglieder der Deputiertenkammer sehr aktuell geworden ist, und zwar, von uns aus gesehen, in einer sehr positiven Weise. Es war klar, daß dank diesem und leider wahrscheinlich nur dank diesem die Regierung sie nicht wird mit Schweigen übergehen können.

Minister Bonnet, der Presse- und Parlamentsattacken gegenüber besonders empfindlich ist, hörte noch am Ende der vorigen Woche anscheinend mit kleinen Diversionsmanövern gegenüber seinen Angreifern nicht auf, doch entschloß er sich, sich über die französisch-polnischen Beziehungen zu äußern. Ich hatte z. B. unerhörte Schwierigkeiten, um die Pariser Presse dazu zu bringen, das Interview, das Sie der North American Preß Alliance erteilt haben, zu wiederholen — in dieser Sache arbeitete mir der Quai d'Orsay deutlich entgegen. Wie Ihnen, Herr Minister, bekannt ist, informierte er mich darüber in einem im übrigen zufälligen Gespräch am vergangenen Freitag, dem 20. d. M.

In seinem Exposé, das er am 26. d. M. in der Deputiertenkammer verlas, erwähnte Minister Bonnet uns zweimal. Die diesbezüglichen Absätze seiner Rede waren folgende:

1. Bei Besprechung der französisch-deutschen Erklärung:

> „Ich habe nicht nötig zu sagen, meine Herren, daß wir von unseren Verhandlungen die wichtigsten Länder, mit denen uns Freundschaften verbinden, informiert haben: Polen, Belgien, England, die U d. S. S. R., die Vereinigten Staaten von Amerika.
>
> Wie haben diese das Abkommen aufgenommen? Im Unterhaus hat Herr Neville Chamberlain erklärt, daß die englische Regierung eine besondere Genugtuung darüber empfunden habe, daß Frankreich in der Lage gewesen sei, ein Abkommen mit Deutschland abzuschließen. In Amerika haben die Leitartikel der drei größten Zeitungen von New York und Washington ihr volles Verständnis für die französische Politik zum Ausdruck gebracht; Polen hat mitgeteilt, daß seine Regierung über den glücklichen Abschluß der französisch-deutschen Deklaration sehr befriedigt sei."

2. Bei Besprechung der Beziehungen mit Rußland und mit Polen:

> „Was die Beziehungen mit Sowjetrußland und Polen anbetrifft, so haben mit diesen Staaten wiederholte Konsultationen stattgefunden. So bin ich während der Septemberkrise in engem Kontakt bald mit Herrn Litwinow gewesen, den ich mehrmals in Genf und in Paris gesehen habe, bald mit dem Botschafter der U. d. S. S. R. in Paris, um gemäß dem

Pakt von 1935 die Ansichten unserer beiden Regierungen auszutauschen.

Frankreich hat auch seine traditionellen Freundschaftsbeziehungen mit Polen unterhalten. Gelegentlich der französisch-deutschen Deklaration vom 6. Dezember hatte ich, gemäß dem Geist unserer Verträge, den polnischen Botschafter über unsere Absichten ins Bild gesetzt. Die polnische Regierung hat mir dafür gedankt, daß ich sie auf dem laufenden gehalten habe, und hat mir mitgeteilt, daß sie sich über eine Tat, deren Ziel, Bedeutung und Tragweite sie hoch einschätze, nur freuen könne. Ebenso hat Herr Beck mich vor seiner Abreise aus Monte Carlo über die Einladung informiert, die er von Kanzler Hitler erhalten hat. Ich bitte übrigens das Haus, nicht zu vergessen, daß zwischen Deutschland und Polen ein Abkommen besteht, das im Jahre 1934 unterzeichnet worden ist. Herr Beck hat Wert darauf gelegt, unsern Botschafter über seine Unterredung ins Bild zu setzen. Auf diese Weise sind wir mit der Warschauer Regierung immer im Kontakt geblieben, und wir haben, jedesmal wenn es nützlich war, die Unterredungen mit ihr gehabt, die durch die besonderen Beziehungen der beiden Länder und durch die Entwicklung der Ereignisse gerechtfertigt waren.

Bei allen Gelegenheiten, und zwar noch ganz kürzlich, hat die polnische Regierung uns die Versicherung erneuert, daß die französische Freundschaft eine der wichtigsten Grundlagen der polnischen Politik darstellt.

So sollte man, meine Herren, endlich mit der falschen Darstellung Schluß machen, daß unsere Politik die Abmachungen zerstört hätte, die wir in Osteuropa mit der U. d. S. S. R. oder mit Polen getroffen haben.

Diese Abmachungen bestehen immer noch, und sie müssen in dem Geist angewandt werden, in dem sie begonnen sind."

Obige Erklärungen von Minister Bonnet wurden dann noch in der Rede des Premierministers Daladier, die der Abstimmung über das Vertrauensvotum in der Kammer vorausging, vervollständigt. Noch einer kurzen Charakteristik der Beziehungen Frankreichs zu seinen Nachbarn und zur USA. äußerte der Premierminister nämlich folgendes:

„Ist es notwendig hinzuzufügen, daß es keineswegs in dem Gedanken der Regierung liegt, die Pakte abzuschwächen, die Frankreich mit anderen Völkern verbinden? Im Gegenteil, wir sind entschlossen, sie aufrechtzuerhalten."

Wenn ich dann auf eine Analyse der genannten Erklärungen des französischen Premierministers und des Außenministers eingehe, muß ich als erstes bemerken, daß die Rede von Minister Bonnet von Anfang bis zu Ende den Charakter einer Verteidigung

vor Kritiken trug, auf die seine Politik ebenso seitens der Presse wie der Parlamentsredner gestoßen war. Seine Rede war mehr ein Referat als eine politische Rede, aus demselben Grunde wurde auch das Exposé des Außenministers durch die Kammer gleichgültig aufgenommen und ziemlich allgemein als ungemein blaß und ausdruckslos kritisiert. Erst die Rede des Premierministers, die in ihrem Inhalt und Ton energisch und politisch weit bedeutender war, ließ die lange parlamentarische Debatte über Frankreichs Außenpolitik in einer Atmosphäre stärkeren Interesses seitens der Kammer und gleichsam einer aufgerührten patriotischen Stimmung zu Ende kommen.

Sicher ist aber, daß die Rede von Minister Bonnet für ihn keinen Erfolg darstellte und seine seit längerer Zeit geschwächte Position in keiner Weise verstärkte.

Zweifellos verteidigte sich Minister Bonnet mehr vor den Angriffen, als daß er positive Linien der französischen Außenpolitik umriß, dieses setzte aber die Bedeutung seines Exposés als eines Dokumentes der Politik der von ihm repräsentierten Regierung herab.

Trotz allem zeugen sowohl die Parlamentsdebatte wie auch die Äußerungen der Regierungsmitglieder, von denen oben die Rede war, unwiderleglich von einem großen Schritt vorwärts in der Entwicklung von Frankreichs politischen Anschauungen seit der Zeit ihres vollkommenen Zusammenbruchs nach der Katastrophe der Münchener Konferenz. In erster Linie bezieht sich dies auf das Problem des Verhältnisses zu Polen. Was nämlich die Beziehungen Frankreichs zu England, den Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien und sogar die spanischen Fragen anbetrifft, so haben in dieser Beziehung weder die Parlamentsdebatte noch die Erklärungen der Regierungsmitglieder irgend etwas Neues gebracht. Die mitteleuropäischen Fragen wurden im Vorbeigehen und unpolitisch behandelt, ebenso wie der Ferne Osten. Ein tatsächliches Novum bildete aber die Feststellung der Aufrechterhaltung der Verpflichtungen gegenüber Sowjetrußland und Polen, wobei das Gewicht deutlich auf die Beziehungen mit Polen gelegt wurde; diese entwickelten sich letzthin in Form eines freundschaftlichen informatorischen Kontaktes auf Grund von Unterredungen und Verhandlungen mit Deutschland.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welches unsere Lage in den Anschauungen der Franzosen vor kaum vier Monaten war, wenn wir uns an die Angriffe erinnern, deren Gegenstand wir nach der Münchener Konferenz waren, und welche mit einem eigentlich allgemeinen Vorschieben der ukrainischen Frage in der französischen Presse und öffentlichen Meinung endeten, wenn wir ferner

in Betracht ziehen, daß im Grunde genommen bis Ende Dezember die überwiegende Mehrheit der französischen Politiker nicht nur Mitteleuropa, sondern auch uns als ein vom Westen als solches anerkanntes Gebiet der deutschen Expansion behandelt haben wollten, kann man feststellen, daß in der politischen Anschauung der Franzosen in bezug auf uns eine recht tiefe und wesentliche Wendung vorgegangen ist. Die deutliche Abneigung gegen Polen wird durch ein Verständnis dafür ersetzt, daß wir auf dem Kontinent der einzige Staat sind, welcher bei der Entwicklung des Problems der französischen Sicherheit eine wichtige und positive Rolle spielen kann. Obiges ist natürlich die Folge einer bedeutenden Verschlechterung der französischen Lage, außerdem wird Frankreich von Gefahren bedroht, welche die Menschen hier nervös machen und beunruhigen. Doch glaube ich nicht, daß diese Wendung nur das Symptom einer Konjunktur ist.

Das Verhältnis zu Polen bildete bis vor kurzem einen wesentlichen Bestandteil der von der französischen Öffentlichkeit eingenommenen offensiven Abwehrhaltung gegen Deutschland. Das Verhältnis findet seinen Platz nunmehr in einer noch immer vorhandenen Abwechslung, die aber jetzt schon jeden offensiven Charakters entbehrt.

Es wäre aber gefährlich und unrichtig, zu behaupten, daß die französische Regierung das Bündnis in Polen schon in seinem vollen Wert würdigt und entschlossen ist, aus diesem ein wesentliches Element seiner Politik zu machen. Vorläufig kann man nur feststellen, daß die französische Regierung, die es vermeidet, sich allzu kategorisch festzulegen, bezüglich der Verträge zwischen Frankreich und Polen ihren guten Willen bezeugt und für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu uns Sorge trägt. Dies ergibt sich nicht nur aus dem gewissen Defaitismus, welcher Frankreichs offizielle Politik nach der Münchener Konferenz charakterisiert, sondern auch aus dem Mangel irgendeines neuen positiven Plans in dieser Politik.

Eine weitere günstige Entwicklung der französischen Politik uns gegenüber kann entweder dann erfolgen, wenn sich die Gefahren, die Frankreich bedrohen, verschärfen, oder wenn sich unsere Lage in Ostmitteleuropa weiterhin konsolidiert und unser Einfluß dort wächst. In der französischen Politik kämpfen zwei Tendenzen, das alte, unter dem Einfluß der letzten Ereignisse merklich verringerte Streben, ihren Einflüssen die sogenannten kleineren Staaten des europäischen Kontinents unterzuordnen bzw. sie als Handelsobjekte mit Deutschland zu benutzen, außerdem aber das immer kräftige Bestreben, sich selbst in Europa den Frieden zu sichern.

Es ist natürlich, daß mit dem Augenblick, mit dem sich im Maße der Entwicklung der allgemeinen, und unserer im besonderen, Situation zeigt, daß eine Zusammenarbeit mit Polen nicht nur vom Gesichtspunkt einer Sicherung der elementaren Sicherheitsbedingungen, natürlich auf Kosten eines gewissen Risikos, von Bedeutung werden kann, die Haltung zu dem Bündnis mit uns, welche bis jetzt noch nicht entschieden und voll innerer Vorbehalte ist, einer positiven wünschenswerten Entwicklung unterliegen kann.

Hierauf wird aber immer der Standpunkt der englischen Regierung von Einfluß sein, welcher sicher noch für lange Zeit für die französische Politik maßgebend sein wird.

Ich erlaube mir, persönlich die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf eine gewisse Veränderung zu lenken, welche anscheinend in der französischen Politik bei der Ausrichtung ihres Verhältnisses zum Bündnis mit uns und zum Pakt mit Sowjetrußland eintritt. Obwohl Minister Bonnet die Charakterisierung des Verhältnisses zu den Verträgen mit uns und mit der Sowjetunion in einer Äußerung zusammenfaßte, kann man mit aller Gewißheit feststellen, daß unsere Lage sowohl in der französischen politischen Auffassung wie auch in maßgebenden Regierungskreisen unvergleichlich besser ist als die der Sowjetunion; wir stehen sozusagen an erster Stelle. So sehr auch vor dem September Sowjetrußland als wichtigster Bündnispartner in Osteuropa angesehen wurde, welcher eventuell auf uns einen Druck ausüben sollte, so ist die Lage doch jetzt umgekehrt. Polen tritt in die Rolle des hauptsächlichsten Partners Frankreichs, Sowjetrußland gilt jetzt mehr als ein Hilfsfaktor bzw. als ein nur formaler, welcher den Rücken Polens decken soll. Auch auf diesem Gebiet sind wir also Zeugen einer wünschenswerten und gesunden Entwicklung, die mit dem realen Kräfteverhältnis in Osteuropa in Übereinstimmung steht.

Wenn wir alles das Obige zusammenfassen, möchten wir unserer Überzeugung Ausdruck geben, daß wir in unserem Bestreben nach einem vollkommenen Ausgleich und einer Normalisierung der Bündnisbeziehung zu Frankreich letzthin einen recht großen Schritt vorwärts getan haben, vor allem was die Wendung in den hiesigen Anschauungen und der Presse betrifft. In der allernächsten Zukunft haben wir wahrscheinlich mit zwei Eventualitäten zu rechnen:

1. Entweder die Bedrohung Frankreichs seitens Italiens und Deutschlands wird wachsen, in diesem Falle werden wir das Objekt eines Drucks von Frankreich sein, das sich die Lage dadurch zu erleichtern sucht, daß man Deutschlands Handlungsfreiheit in gewisser Weise lähmt;

I Nr 805

Ambassador Kennard
do Londyna dn.2.4.35

Following from Mr. Eden.

I had an interview this afternoon with Marshal Pilsudski. Conversation was not carried on easily because a great part of the Marshal's remarks, all of which were spoken in French, were unintelligable either to myself or to the two Polish Mins. who were present. A considerable portion of his remarks consisted of reminiscences during which he asked of my war experiences and paid tritute to British Army in the War.

Main political theme, so far as it could be disentangled, was that he had his pact with Germany & Russia, that latter country's policy was always very difficult to fathom, that other nations often misunderstood it & that Mr. Lloyd George in particular was a crowning example of these errors of judgement. As an instance of this, he referred to Mr. L-G s support of Denikin. The Marshal had always known that Denikin never had a chance but Mr.L-G. had sadly miscalculated the situation. The Marshal appeared to wish that Britain should occupy herself with her colonies & not follow L-G's bad example. What, for instance, he asked, was the political situation in Jamaica? I retorted that if Europe were only as little important as Jamaica we should not have to worry. I asked Marshal whether it was his judgement that there was no alternative between isolation for Britain .... Marshal replied that in his opinion there was none. I told him for our part we wished for nothing better than to leave Europe to her own troubles, but that our experience was that those troubles had an unhappy knack of involving our onw country. The Marshal did not dissent.

I had impression of a man now very feeble physically, who, despite his .... In any event he was not to be drawn into discussion of current international politics. So far as he seems to have visualized his own country's position in present conditions, it is ...... country which clings to its pacts with each of its great neighbours and refuses to resort to a move from its position or to face any events which might compel it to revise attitude which it has taken up.

Faksimile von Dokument 1

SZTAB GŁÓWNY
ODDZIAŁ II

L. 17731/II.3.O.

Tel. wewn.

Warszawa, dn. 8 VIII 1938.

Ocena sytuacji międzynarodowej z terenu Portugalii.

I. N. 402

TAJNE

P. II. Pr/1/6/38
10/VIII

MINISTERSTWO SPRAW ZAGRANICZNYCH
Departament Polityczny

w miejscu.

Przesyłam Panu Dyrektorowi odpis pisma naszego attache wojsk. w Lizbonie do wiadomości i proszę o nadesłanie swoich spostrzeżeń co do wyrażonych w raporcie poglądów oficerów zagranicznych.

1 zał.

SZEF WYDZIAŁU IV ODDZ. II SZT. GŁ.
Banach
B I N A C H
Ppłk. dypl.

Faksimile des Anfangs von Dokument 2



WOJEWODA ŚLĄSKI

Nr. Pr. 150 Tj.

KATOWICE, dnia 2 listopada 1938

TAJNE!

Panie Ministrze!

Uważam za swój obowiązek donieść o treści rozmowy, jaka miała miejsce pomiędzy p. Krulišem Randą, byłym generalnym dyrektorem zakładów Trzynieckich a p. Zieleniewskim. Rozmowa ta nabiera tym większego znaczenia, że p. Kruliš Randa jest jednym z najwybitniejszych przemysłowców czeskich, ostatnio wymienianym jako kandydat na Prezydenta Czesko-Słowackiej Republiki. Mówiąc o polityce w Czechosłowacji, wyraził się w sposób następujący:

"Przez tysiąc lat Czesi działali w zespole politycznym rzymskiego cesarstwa niemieckiego. Po odzyskaniu niepodległości zjawiła się w Czechach grupa ludzi, która dokonała próby usamodzielnienia polityki czeskiej. Historia ich zmiotła. Próba nie udała się. Dzisiaj moim zdaniem państwo czeskie musi wrócić do dawnej roli współudziałowca losów politycznych Rzeszy Niemieckiej. W tym kierunku nastawia się polityka czeska".

Ze względu na pozycję p. Krulisa Randy, słowa te mają swoją wagę gatunkową i świadczą o tendencjach, których przejawy zresztą widzimy także i na innych odcinkach.

/Dr Grażyński/
WOJEWODA

Faksimile von Dokument 3

IV

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

Nr 3/SZ-tjn-25

W sprawie rozmowy z Ambasadorem Bullitt'em.

WASZYNGTON DN 21/XI.1938r.
2640 sixteenth street n w

TAJNE

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

Onegdaj odbyłem dłuższą rozmowę z Ambasadorem Bullitt'em, który bawi tutaj na urlopie.

Na wstępie zaznaczył, że bardzo serdeczne stosunki łączą go z Ambasadorem Łukasiewiczem w Paryżu, i że najchętniej z nim przestaje.

Ponieważ Bullitt stale informuje Prezydenta Roosevelt'a o sytuacji międzynarodowej w Europie, a przede wszystkiem o Rosji Sowieckiej, zatem jego spostrzeżenia są przyjmowane przez Prezydenta Roosevelt'a i przez Departament Stanu z wielką uwagą. Bullitt opowiada barwnie i interesująco, jednak jego reakcja na wypadki europejskie przedstawia raczej opinię dziennikarza aniżeli polityka, gdyż uwzględnia w rozmowie całą gamę zagadnień europejskich bardzo skomplikowanych, i wyciąga z nich konsekwencje zazwyczaj negatywne.

Bullitt w rozmowie ze mną okazał naogół dużo pesymizmu, mówiąc, że bez wątpienia wiosna 1939r. będzie znów bardzo denerwująca, zaostrzona błyskami ustawicznymi wojny i gróźb ze strony Niemców oraz nieskrystalizowanych stosunków w Europie. Zgodził się ze mną, że punkt ciężkości zagadnienia europejskiego przesunął się z Zachodu na Wschód, gdyż kapitulacja państw demokratycznych w Monachium odkryła ich słabość wobec Rzeszy Niemieckiej.

- 4 -

runku ukraińsko-nacjonalistycznym, a odskocznią do tego przyszłego występu ma służyć Karpato-ruska Ukraina, na której istnieniu Niemcom bezwzględnie zależy głównie z punktu widzenia strategicznego.

Bullitt wydawał się co do tej sytuacji na Wschodzie Europy niezbyt dobrze poinformowany, a raczej prowadził konwersację w sposób powierzchowny.

Jerzy Potocki
Ambasador R. P.

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 4

I № 803

RAPORT POLITYCZNY Nr.XL/3

P.1-F/38

Paryż, dnia 17 grudnia 1938 r.

L. dz. pod.:	F. 1/82/38
Data	20/XII-38
Zał.	

POUFNE

PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

W uzupełnieniu moich telegraficznych relacji, które miałem zaszczyt złożyć Panu Ministrowi w ciągu ostatnich kilku tygodni, pozwalam sobie zreferować poniżej syntetycznie ujętą opinię moją o polityce zagranicznej Francji po konferencji Monachijskiej i wizycie ministra Ribbentropa w Paryżu.

Najważniejszym aktem tego okresu była oczywiście deklaracja francusko-niemiecka, podpisana przez ministrów Bonnet i Ribbentropa w Paryżu w dniu 6.XII.b.r.

Ze strony francuskiej dążenie do wyrównania stosunku Niemcami po konferencji Monachijskiej conajmniej w tym stopniu, w jakim osiągnęła to Anglja przez ogłoszenie znanego komunikatu Chamberlain-Hitler, było niewątpliwie wyraźne i silne. Jak się zdaje jednak inicjatywa konkretna wyszła od Kanclerza Hitlera w jego pożegnalnej rozmowie z Ambasadorem François Poncet. Strona francuska przyjęła tę inicjatywę bardzo przychylnie i z nietajonym zadowoleniem, a nawet pośpiechem w kierunku natychmiastowej realizacji. Kiedy w końcu października wyjeżdżałem do Warszawy,

Otrzymują:
M.S.Z. - P.I.
" - P.II.
Ambasada R.P. - Berlin
" " - Londyn
" " - Rzym
Poselstwo " - Berno

Faksimile von Anfang des Dokuments 5

vor Kritiken trug, auf die seine Politik ebenso seitens der Presse wie der Parlamentsredner gestoßen war. Seine Rede war mehr ein Referat als eine politische Rede, aus demselben Grunde wurde auch das Exposé des Außenministers durch die Kammer gleichgültig aufgenommen und ziemlich allgemein als ungemein blaß und ausdruckslos kritisiert. Erst die Rede des Premierministers, die in ihrem Inhalt und Ton energisch und politisch weit bedeutender war, ließ die lange parlamentarische Debatte über Frankreichs Außenpolitik in einer Atmosphäre stärkeren Interesses seitens der Kammer und gleichsam einer aufgerührten patriotischen Stimmung zu Ende kommen.

Sicher ist aber, daß die Rede von Minister Bonnet für ihn keinen Erfolg darstellte und seine seit längerer Zeit geschwächte Position in keiner Weise verstärkte.

Zweifellos verteidigte sich Minister Bonnet mehr vor den Angriffen, als daß er positive Linien der französischen Außenpolitik umriß, dieses setzte aber die Bedeutung seines Exposés als eines Dokumentes der Politik der von ihm repräsentierten Regierung herab.

Trotz allem zeugen sowohl die Parlamentsdebatte wie auch die Äußerungen der Regierungsmitglieder, von denen oben die Rede war, unwiderleglich von einem großen Schritt vorwärts in der Entwicklung von Frankreichs politischen Anschauungen seit der Zeit ihres vollkommenen Zusammenbruchs nach der Katastrophe der Münchener Konferenz. In erster Linie bezieht sich dies auf das Problem des Verhältnisses zu Polen. Was nämlich die Beziehungen Frankreichs zu England, den Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien und sogar die spanischen Fragen anbetrifft, so haben in dieser Beziehung weder die Parlamentsdebatte noch die Erklärungen der Regierungsmitglieder irgend etwas Neues gebracht. Die mitteleuropäischen Fragen wurden im Vorbeigehen und unpolitisch behandelt, ebenso wie der Ferne Osten. Ein tatsächliches Novum bildete aber die Feststellung der Aufrechterhaltung der Verpflichtungen gegenüber Sowjetrußland und Polen, wobei das Gewicht deutlich auf die Beziehungen mit Polen gelegt wurde; diese entwickelten sich letzthin in Form eines freundschaftlichen informatorischen Kontaktes auf Grund von Unterredungen und Verhandlungen mit Deutschland.

Wenn man sich vergegenwärtigt, welches unsere Lage in den Anschauungen der Franzosen vor kaum vier Monaten war, wenn wir uns an die Angriffe erinnern, deren Gegenstand wir nach der Münchener Konferenz waren, und welche mit einem eigentlich allgemeinen Vorschieben der ukrainischen Frage in der französischen Presse und öffentlichen Meinung endeten, wenn wir ferner

in Betracht ziehen, daß im Grunde genommen bis Ende Dezember die überwiegende Mehrheit der französischen Politiker nicht nur Mitteleuropa, sondern auch uns als ein vom Westen als solches anerkanntes Gebiet der deutschen Expansion behandelt haben wollten, kann man feststellen, daß in der politischen Anschauung der Franzosen in bezug auf uns eine recht tiefe und wesentliche Wendung vorgegangen ist. Die deutliche Abneigung gegen Polen wird durch ein Verständnis dafür ersetzt, daß wir auf dem Kontinent der einzige Staat sind, welcher bei der Entwicklung des Problems der französischen Sicherheit eine wichtige und positive Rolle spielen kann. Obiges ist natürlich die Folge einer bedeutenden Verschlechterung der französischen Lage, außerdem wird Frankreich von Gefahren bedroht, welche die Menschen hier nervös machen und beunruhigen. Doch glaube ich nicht, daß diese Wendung nur das Symptom einer Konjunktur ist.

Das Verhältnis zu Polen bildete bis vor kurzem einen wesentlichen Bestandteil der von der französischen Öffentlichkeit eingenommenen offensiven Abwehrhaltung gegen Deutschland. Das Verhältnis findet seinen Platz nunmehr in einer noch immer vorhandenen Abwechslung, die aber jetzt schon jeden offensiven Charakters entbehrt.

Es wäre aber gefährlich und unrichtig, zu behaupten, daß die französische Regierung das Bündnis in Polen schon in seinem vollen Wert würdigt und entschlossen ist, aus diesem ein wesentliches Element seiner Politik zu machen. Vorläufig kann man nur feststellen, daß die französische Regierung, die es vermeidet, sich allzu kategorisch festzulegen, bezüglich der Verträge zwischen Frankreich und Polen ihren guten Willen bezeugt und für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu uns Sorge trägt. Dies ergibt sich nicht nur aus dem gewissen Defaitismus, welcher Frankreichs offizielle Politik nach der Münchener Konferenz charakterisiert, sondern auch aus dem Mangel irgendeines neuen positiven Plans in dieser Politik.

Eine weitere günstige Entwicklung der französischen Politik uns gegenüber kann entweder dann erfolgen, wenn sich die Gefahren, die Frankreich bedrohen, verschärfen, oder wenn sich unsere Lage in Ostmitteleuropa weiterhin konsolidiert und unser Einfluß dort wächst. In der französischen Politik kämpfen zwei Tendenzen, das alte, unter dem Einfluß der letzten Ereignisse merklich verringerte Streben, ihren Einflüssen die sogenannten kleineren Staaten des europäischen Kontinents unterzuordnen bzw. sie als Handelsobjekte mit Deutschland zu benutzen, außerdem aber das immer kräftige Bestreben, sich selbst in Europa den Frieden zu sichern.

Es ist natürlich, daß mit dem Augenblick, mit dem sich im Maße der Entwicklung der allgemeinen, und unserer im besonderen, Situation zeigt, daß eine Zusammenarbeit mit Polen nicht nur vom Gesichtspunkt einer Sicherung der elementaren Sicherheitsbedingungen, natürlich auf Kosten eines gewissen Risikos, von Bedeutung werden kann, die Haltung zu dem Bündnis mit uns, welche bis jetzt noch nicht entschieden und voll innerer Vorbehalte ist, einer positiven wünschenswerten Entwicklung unterliegen kann.

Hierauf wird aber immer der Standpunkt der englischen Regierung von Einfluß sein, welcher sicher noch für lange Zeit für die französische Politik maßgebend sein wird.

Ich erlaube mir, persönlich die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf eine gewisse Veränderung zu lenken, welche anscheinend in der französischen Politik bei der Ausrichtung ihres Verhältnisses zum Bündnis mit uns und zum Pakt mit Sowjetrußland eintritt. Obwohl Minister Bonnet die Charakterisierung des Verhältnisses zu den Verträgen mit uns und mit der Sowjetunion in einer Äußerung zusammenfaßte, kann man mit aller Gewißheit feststellen, daß unsere Lage sowohl in der französischen politischen Auffassung wie auch in maßgebenden Regierungskreisen unvergleichlich besser ist als die der Sowjetunion; wir stehen sozusagen an erster Stelle. So sehr auch vor dem September Sowjetrußland als wichtigster Bündnispartner in Osteuropa angesehen wurde, welcher eventuell auf uns einen Druck ausüben sollte, so ist die Lage doch jetzt umgekehrt. Polen tritt in die Rolle des hauptsächlichsten Partners Frankreichs, Sowjetrußland gilt jetzt mehr als ein Hilfsfaktor bzw. als ein nur formaler, welcher den Rücken Polens decken soll. Auch auf diesem Gebiet sind wir also Zeugen einer wünschenswerten und gesunden Entwicklung, die mit dem realen Kräfteverhältnis in Osteuropa in Übereinstimmung steht.

Wenn wir alles das Obige zusammenfassen, möchten wir unserer Überzeugung Ausdruck geben, daß wir in unserem Bestreben nach einem vollkommenen Ausgleich und einer Normalisierung der Bündnisbeziehung zu Frankreich letzthin einen recht großen Schritt vorwärts getan haben, vor allem was die Wendung in den hiesigen Anschauungen und der Presse betrifft. In der allernächsten Zukunft haben wir wahrscheinlich mit zwei Eventualitäten zu rechnen:

1. Entweder die Bedrohung Frankreichs seitens Italiens und Deutschlands wird wachsen, in diesem Falle werden wir das Objekt eines Drucks von Frankreich sein, das sich die Lage dadurch zu erleichtern sucht, daß man Deutschlands Handlungsfreiheit in gewisser Weise lähmt;

I № 805

Ambassador Kennard
do Londyne dn.2.4.35

Following from Mr. Eden.

I had an interview this afternoon with Marshal Pilsudski. Conversation was not carried on easily because a great part of the Marshal's remarks, all of which were spoken in French, were unintelligable either to myself or to the two Polish Mins. who were present. A considerable portion of his remarks consisted of reminiscences during which he asked of my war experiences and paid tribute to British Army in the War.

Main political theme, so far as it could be disentangled, was that he had his pact with Germany & Russia, that latter country's policy was always very difficult to fathom, that other nations often misunderstood it & that Mr. Lloyd George in particular was a crowning example of these errors of judgement. As an instance of this, he referred to Mr. L-G s support of Denikin. The Marshal had always known that Denikin never had a chance but Mr.L-G. had sadly miscalculated the situation. The Marshal appeared to wish that Britain should occupy herself with her colonies & not follow L-G's bad example. What, for instance, he asked, was the political situation in Jamaica? I retorted that if Europe were only as little important as Jamaica we should not have to worry. I asked Marshal whether it was his judgement that there was no alternative between isolation for Britain .... Marshal replied that in his opinion there was none. I told him for our part we wished for nothing better than to leave Europe to her own troubles, but that our experience was that those troubles had an unhappy knack of involving our onw country. The Marshal did not dissent.

I had impression of a man now very feeble physically, who, despite his .... In any event he was not to be drawn into discussion of current international politics. So far as he seems to have visualized his own country's position in present conditions, it is ...... country which clings to its pacts with each of its great neighbours and refuses to resort to a move from its position or to face any events which might compel it to revise attitude which it has taken up.

Faksimile von
Dokument 1

SZTAB GŁÓWNY
ODDZIAŁ II

L. 17731/II.3.O.

TEL. WEWN.

Warszawa, dn. 8 VIII 1938.

Ocena sytuacji międzynarodowej z terenu Portugalii.

I Nr. 902

TAJNE

MINISTERSTWO SPRAW ZAGRANICZNYCH
Departament Polityczny

w miejscu.

Przesyłam Panu Dyrektorowi odpis pisma naszego attache wojsk. w Lizbonie do wiadomości i proszę o nadesłanie swoich spostrzeżeń co do wyrażonych w raporcie poglądów oficerów zagranicznych.

1 zał.

SZEF WYDZIAŁU IV ODDZ.II SZT.GŁ.

BINACH
Ppłk.dypl.

Faksimile des Anfangs von Dokument 2

I Nr. 739/P.N.



WOJEWODA ŚLĄSKI

Nr. Pr. 150 Tj.

KATOWICE, dnia 2 listopada 1938

TAJNE!

Panie Ministrze!

Uważam za swój obowiązek donieść o treści rozmowy, jaka miała miejsce pomiędzy p. Kruliš Randa, byłym generalnym dyrektorem zakładów Trzynieckich a p. Zieleniewskim. Rozmowa ta nabiera tym większego znaczenia, że p. Kruliš Randa jest jednym z najwybitniejszych przemysłowców czeskich, ostatnio wymienianym jako kandydat na Prezydenta Czesko-Słowackiej Republiki. Mówiąc o polityce w Czechosłowacji, wyraził się w sposób następujący:

"Przez tysiąc lat Czesi działali w zespole politycznym rzymskiego cesarstwa niemieckiego. Po odzyskaniu niepodległości zjawiła się w Czechach grupa ludzi, która dokonała próby usamodzielnienia polityki czeskiej. Historia ich zmiotła. Próba nie udała się. Dzisiaj moim zdaniem państwo czeskie musi wrócić do dawnej roli współudziałowca losów politycznych Rzeszy Niemieckiej. W tym kierunku nastawia się polityka czeska".

Ze względu na pozycję p. Kruliš Randy, słowa te mają swoją wagę gatunkową i świadczą o tendencjach, których przejawy zresztą widzimy także i na innych odcinkach.

/Dr Grażyński/
WOJEWODA

Faksimile von Dokument 3

IV

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

Nr 3/SZ-tjn-25

W sprawie rozmowy z Ambasadorem Bullitt'em.

WASZYNGTON DN 21/XI.1938r.
2640 sixteenth street n. w.

TAJNE

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

Onegdaj odbyłem dłuższą rozmowę z Ambasadorem Bullitt'em, który bawi tutaj na urlopie.

Na wstępie zaznaczył, że bardzo serdeczne stosunki łączą go z Ambasadorem Łukasiewiczem w Paryżu, i że najchętniej z nim przestaje.

Ponieważ Bullitt stale informuje Prezydenta Roosevelt'a o sytuacji międzynarodowej w Europie, a przede wszystkiem o Rosji Sowieckiej, zatem jego spostrzeżenia są przyjmowane przez Prezydenta Roosevelt'a i przez Departament Stanu z wielką uwagą. Bullitt opowiada barwnie i interesująco, jednak jego reakcja na wypadki europejskie przedstawia raczej opinię dziennikarza aniżeli polityka, gdyż uwzględnia w rozmowie całą gamę zagadnień europejskich bardzo skomplikowanych, i wyciąga z nich konsekwencje zazwyczaj negatywne.

Bullitt w rozmowie ze mną okazał naogół dużo pesymizmu, mówiąc, że bez wątpienia wiosna 1939r. będzie znów bardzo denerwująca, zaostrzona błyskami ustawicznymi wojny i gróźb ze strony Niemców oraz nieskrystalizowanych stosunków w Europie. Zgodził się ze mną, że punkt ciężkości zagadnienia europejskiego przesunął się z Zachodu na Wschód, gdyż kapitulacja państw demokratycznych w Monachium odkryła ich słabość wobec Rzeszy Niemieckiej.

- 4 -

runku ukraińsko-nacjonalistycznym, a odskocznią do tego przyszłego występu ma służyć Karpato-ruska Ukraina, na której istnieniu Niemcom bezwzględnie zależy głównie z punktu widzenia strategicznego.

Bullitt wydawał się co do tej sytuacji na Wschodzie Europy niezbyt dobrze poinformowany, a raczej prowadził konwersacje w sposób powierzchowny.

Jerzy Potocki
Ambasador R. P.

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 4

V

I Nr. 803

RAPORT POLITYCZNY Nr.XL/3

.1-F/38

Paryż, dnia 17 grudnia 1938 r.

POUFNE

PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

W uzupełnieniu moich telegraficznych relacji, które miałem zaszczyt złożyć Panu Ministrowi w ciągu ostatnich kilku tygodni, pozwalam sobie zreferować poniżej syntetycznie ujętą opinię moją o polityce zagranicznej Francji po konferencji Monachijskiej i wizycie ministra Ribbentropa w Paryżu.

Najważniejszym aktem tego okresu była oczywiście deklaracja francusko-niemiecka, podpisana przez ministrów Bonnet i Ribbentropa w Paryżu w dniu 6.XII.b.r.

Ze strony francuskiej dążenie do wyrównania stosunku z Niemcami po konferencji Monachijskiej conajmniej w tym stopniu, w jakim osiągnęła to Anglja przez ogłoszenie znanego komunikatu Chamberlain-Hitler, było niewątpliwie wyraźne i silne. Jak się zdaje jednak inicjatywa konkretna wyszła od Kanclerza Hitlera w jego pożegnalnej rozmowie z Ambasadorem François Poncet. Strona francuska przyjęła tę inicjatywę bardzo przychylnie i z nietajonym zadowoleniem, a nawet pośpiechem w kierunku natychmiastowej realizacji. Kiedy w końcu października wyjeżdżałem do Warszawy,

Otrzymują:
M.S.Z. - P.I.
" - P.II.
Ambasada R.P. - Berlin
" " - Londyn
" " - Rzym
Poselstwo " - Berno

Faksimile von Anfang des Dokuments 5

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE
Nr 3/SZ-tjn-3

Sz. 1/1
I M. 721

WASZYNGTON, DN 12/I.1939r.
2640 sixteenth street n. w

TAJNE

W sprawie sytuacji wewnętrznej Stanów Zjednoczonych.

Do
Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

1 Nastroje, jakie obecnie panują w Stanach Zjednoczonych potęgowane są coraz większą nienawiścią do faszyzmu, a przede wszystkiem do osoby Kanclerza Hitlera oraz do wszystkiego co tchnie nazizmem. Propaganda urabiana jest w pierwszym miejscu przez czynniki żydowskie, które mają w swoich rękach niemal w stu procentach radio oraz wytwórnie filmowe, jak również przez prasę oraz tygodniki. Mimo tego, że propaganda jest szyta grubymi nićmi i że przedstawia Niemcy w świetle jak najbardziej ujemnym, wyzyskując głównie prześladowania religijne i obozy koncentracyjne, to jednak dzięki ignorancji tutejszego społeczeństwa, nieobeznanego zupełnie z sytuacją w Europie, działa ona w sposób tak przenikliwy, iż obecnie większość narodu amerykańskiego uważa Kanclerza Hitlera oraz nazizm za największe zło i niebezpieczeństwo jakie zawisło nad światem.

P II
P.D.b.u + G II

P II
6 II 39.

stkiego co ma coś wspólnego z niemieckim nazizmem. W wielkiej mierze przyczynili się do tego poszczególni żydowscy intelektualiści, którzy złączeni są z Prezydentem Roosevelt'em węzłami przyjaźni, tak jak Bernard Baruch, Gubernator stanu New York Lehman, nowomianowany Sędzia Sądu Najwyższego Felix Frankfurter, Sekretarz Skarbu Morgenthau i inni, chcą zrobić z Prezydenta szampiona praw człowieka, wolności religii i słowa, jako też tego, który w przyszłości ukarać musi mącicieli pokoju.

Faksimile von Anfang und Auszug des Dokuments 6

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

POLISH EMBASSY
WASHINGTON
2640-16TH STREET N W

3/SZ-tjn-4

I № 720

16-go stycznia 1939r.

TAJNE.

W sprawie rozmowy z Ambasadorem Bullitt'em.

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

1

Przedwczoraj odbyłem dłuższą rozmowę z Ambasadorem Bullitt'em, który przyjechał mnie odwiedzić w Ambasadzie. Bullitt wyjeżdża do Paryża 21-go b.m., po prawie 3-miesięcznej niebytności na placówce, z pełnym "bagażem" instrukcyj, rozmów i dyrektyw od Prezydenta Roosevelt'a, Departamentu Stanu oraz senatorów należących do Komisji Spraw Zagranicznych.

Z rozmowy z Bullitt'em odniosłem wrażenie, że otrzymał on od Prezydenta Roosevelt'a wyraźne określenie stanowiska Stanów Zjednoczonych w obecnym kryzysie europejskim które ma przedstawić na Quai d'Orsay oraz zużytkować do rozmów z mężami stanu Europy. Treść tych dyrektyw, które mi Bullitt w swej pół-godzinnej rozmowie przytoczył, jest następująca: 1) aktywizacja polityki zagranicznej pod przewodnictwem Prezydenta Roosevelt'a która w sposób niedwuznaczny i ostro potępia państwa totalitarne; 2) przygotowania wojenne Stanów Zjednoczonych na morzu,

Nie wdawałem się z Bullitt'em w dyskusje na ten postawiony przez niego axiomat; zapytałem się jednak czy, gdyby sytuacja taka miała nastąpić, - mocarstwa zachodnie wystąpiłyby czynnie, i czy zaatakowałyby Rzeszę w rzekomej obronie Rosji Sowieckiej.

Bullitt odpowiedział, że państwa demokratyczne przekreśliły raz na zawsze wszelkie urojone interwencje zbrojne w kierunku zabezpieczenia jakiegokolwiek państwa, któreby miało się stać pastwą agresji niemieckiej.

Jerzy Potocki
Ambasador R. P.

OTRZYMUJĄ:
Pan Minister Spraw Zagr.
MSZ. - P. II.
" - G. M.
" - P. I.
Ambasady:
Londyn
Paryż
Berlin

JPŁ

Faksimile von Anfang und Schluß des Dokuments 7

I.II.840

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
Nr.1/F/7

RAPORT POLITYCZNY Nr.IV/1.

Paryż, dnia 1 lutego 1939 r.

ŚCIŚLE-TAJNE

DO
PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

Dyskusja nad sprawami polityki zagranicznej Fran-
cji zakończona wczoraj w tutejszym parlamencie votum
zaufania dla rządu p. Daladier, uchwalonym większością
379 głosów przeciw 232 skłania mnie do przedstawienia
Panu Ministrowi mej opinii w pierwszej linii o obecnym
stanie stosunku Francji do nas i do łączących ją z
Polską układów.

Jak już wspominałem w poprzednim moim raporcie
z dnia 17 grudnia 1938 r., zagadnienie stosunków z
Polską zostało zaktualizowane w opinii kół polityczn-
nych francuskich po wypadkach wrześniowych przez fakt
podpisania francusko-niemieckiej deklaracji o nieagre-
sji. Od tego czasu prasa francuska zaczęła poświęcać

– 11 –

chwilowej dobrej woli, a raczej przemijających planów Kanclerza
Hitlera, niż jako rezultat naszych własnych działań i siły. Z
tego też powodu sytuacja nasza wydaje się im stale pod znakiem
zapytania, a nasze możliwości bardzo wątpliwe. Pod wpływem os-
tatnich wypadków i posunięć Pana Ministra jedynie zaufanie do
rzeczywistej samodzielności i niezależności naszej polityki wzro-
sło. Nie jest to jednak równoznaczne z zaufaniem do naszych moż-
liwości i siły.

AMBASADOR R.P.

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 8

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
Nr. 1/F/10

RAPORT POLITYCZNY Nr. IV/4

Paryż, dnia lutego 1939.

ŚCIŚLE-TAJNE

DO
PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

Przed tygodniem wrócił do Paryża po trzymiesięcznym urlopie spędzonym w Ameryce, Ambasador Stanów Zjednoczonych- W.Bullit. W międzyczasie odbyłem z nim dwie długie rozmowy, które pozwalają mi poinformować Pana Ministra o jego poglądach na sytuację międzynarodową, oraz politykę Washingtonu.

1. Polityka zagraniczna Stanów Zjednoczonych, jako wysiłek stały zmierzający do bezpośredniego udziału w rozwoju stosunków w Europie nie istnieje i jest niemożliwą, gdyż nie mogłaby być przyjętą przez opinię publiczną, która pod tym kątem widzenia nie zmieniła nastawień izolacjonistycznych. Istnieje natomiast wybitnie wzmożone zainteresowanie społeczeństwa amerykańskiego sytuacją europejską, które odsuwa nawet na plan dalszy sprawy wewnętrzne

Powstrzymuję się narazie od formułowania jakichkolwiek własnych opinii na tle wypowiedzeń się amb. Bullita, chciałbym bowiem przedtem uzyskać od niego potrzebne dodatkowe wyjaśnienia. Jedno wydaje się być pewnym, iż polityką prezydenta Roosvelta będzie szła w najbliższym czasie po linii popierania oporu Francji, hamowania nacisku niemiecko-włoskiego oraz osłabienia kompromisowych tendencji Anglii.

AMBASADOR R.P.

Faksimile von Anfang und Schluß der Dokuments 9

X

I N. 330/H B. 57/10

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ

EP./MR-No.57/tj/122

Londyn, dnia 9 marca 1939 r.

Tajne.

RAPORT POLITYCZNY No.6/2.

Misja gospodarcza pana Hudsona

Był dzisiaj u mnie na śniadaniu p. Hudson, " Sekretarz parlamentarny dla Handlu Zagranicznego", którego wraz z kilku współpracownikami oraz urzędnikami Foreign Office'u i Treasury zaprosiłem w związku z jego zamierzoną wizytą w Warszawie w drugiej połowie b.m. To spotkanie towarzyskie dało mi sposobność do szybkiego i przyjaznego zlikwidowania nieporozumienia, które się wyłoniło między nami a stroną angielską w przedmiocie importu brytyjskiego do Polski / przydział kontyngentów /. Piszę o tym w osobnym raporcie z dnia 10.marca No.57/tj/123.

Rozdzielnik.

pp.Ambasadorowie
Berlin,
Paryż,
Rzym,
Moskwa,
p.Poseł
Berno.

Na temat swoich projektowanych rozmów w Warszawie p. Hudson mówił niewiele i w sposób ogólnikowy, podkreślając, że nie ma dla nich przygotowanego sztywnego programu. Celem jego jest spowodowanie powiększenia obrotów wzajemnych i przyczynienie się do wzmożenia eksportu polskiego na rynki wolnodewizowe, przy równoczesnym zwiększeniu eksportu angielskiego do Polski. / przy ewentualnej pomocy ze strony angielskiego " kredytu eksportowego ".

Edward Raczyński

/ Edward Raczyński /
Ambasador Rzeczypospolitej

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 10

I Nr 669

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W PARYŻU
AMBASSADE DE POLOGNE A PARIS

R2/3

N° A RAPPELER

Paryż, dnia 29 marca 1939 r.

Ściśle tajne.

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych

w Warszawie.

Dnia 24 b.m. w normalnej przyjacielskiej rozmowie z Ambasadorem Bullitem powiedziałem mu mniejwięcej co następuje:

Nie znam ani tekstu propozycji angielskiej co do deklaracji 4-ch Państw, ani naszej na nią odpowiedzi /co zresztą odpowiadało prawdzie/. Orjentując się jednak wiadomościami prasowymi i echami, które dochodzą mnie z różnych stron, oceniam sytuację w sposób następujący: propozycja angielska w formie i treści, w których była zrobiona, wydaje mi się być posunięciem obliczonym conajmniej w trzech czwartych na politykę wewnętrzną angielską i pochodzącym nie z chęci reagowania na wypadki międzynarodowe ostatnich dni, ale z trudności, które Chamberlain spotkał od strony Parlamentu i opinji angielskich. Jest rzeczą dziecinnie naiwną, a jednocześnie niemożliwą proponować Państwa, znajdującemu się w tych

Faksimile des Anfangs von Dokument 11

IV

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

WASZYNGTON DN 21/XI.1938r.
2640 sixteenth street n. w.

TAJNE

Nr 3/SZ-tjn-25

Do

W sprawie rozmowy z Ambasadorem Bullitt'em.

Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

Onegdaj odbyłem dłuższą rozmowę z Ambasadorem Bullitt'em, który bawi tutaj na urlopie.

Na wstępie zaznaczył, że bardzo serdeczne stosunki łączą go z Ambasadorem Łukasiewiczem w Paryżu, i że najchętniej z nim przestaje.

Ponieważ Bullitt stale informuje Prezydenta Roosevelt'a o sytuacji międzynarodowej w Europie, a przede wszystkiem o Rosji Sowieckiej, zatem jego spostrzeżenia są przyjmowane przez Prezydenta Roosevelt'a i przez Departament Stanu z wielką uwagą. Bullitt opowiada barwnie i interesująco, jednak jego reakcja na wypadki europejskie przedstawia raczej opinię dziennikarza aniżeli polityka, gdyż uwzględnia w rozmowie całą gamę zagadnień europejskich bardzo skomplikowanych, i wyciąga z nich konsekwencje zazwyczaj negatywne.

Bullitt w rozmowie ze mną okazał naogół dużo pesymizmu, mówiąc, że bez wątpienia wiosna 1939r. będzie znów bardzo denerwująca, zaostrzona błyskami ustawicznymi wojny i gróźb ze strony Niemców oraz nieskrystalizowanych stosunków w Europie. Zgodził się ze mną, że punkt ciężkości zagadnienia europejskiego przesunął się z Zachodu na Wschód, gdyż kapitulacja państw demokratycznych w Monachium odkryła ich słabość wobec Rzeszy Niemieckiej.

- 4 -

runku ukraińsko-nacjonalistycznym, a odskocznią do tego przyszłego występu ma służyć Karpato-ruska Ukraina, na której istnieniu Niemcom bezwzględnie zależy głównie z punktu widzenia strategicznego.

Bullitt wydawał się co do tej sytuacji na Wschodzie Europy niezbyt dobrze poinformowany, a raczej prowadził konwersację w sposób powierzchowny.

Jerzy Potocki
Ambasador R. P.

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 4

I № 803

RAPORT POLITYCZNY Nr.XI/3

Nr.1-F/38

Paryż, dnia 17 grudnia 1938 r.

	L. dz. pod.: F. 1/82/38
II.	Data 20/XII-38
	Zał.

POUFNE

Do
PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

W uzupełnieniu moich telegraficznych relacji, które miałem zaszczyt złożyć Panu Ministrowi w ciągu ostatnich kilku tygodni, pozwalam sobie zreferować poniżej syntetycznie ujętą opinię moją o polityce zagranicznej Francji po konferencji Monachijskiej i wizycie ministra Ribbentropa w Paryżu.

Najważniejszym aktem tego okresu była oczywiście deklaracja francusko-niemiecka, podpisana przez ministrów Bonnet i Ribbentropa w Paryżu w dniu 6.XII.b.r.

Ze strony francuskiej dążenie do wyrównania stosunku z Niemcami po konferencji Monachijskiej conajmniej w tym stopniu, w jakim osiągnęła to Anglja przez ogłoszenie znanego komunikatu Chamberlain-Hitler, było niewątpliwie wyraźne i silne. Jak się zdaje jednak inicjatywa konkretna wyszła od Kanclerza Hitlera w jego pożegnalnej rozmowie z Ambasadorem François Poncet. Strona francuska przyjęła tę inicjatywę bardzo przychylnie i z nietajonym zadowoleniem, a nawet pośpiechem w kierunku natychmiastowej realizacji. Kiedy w końcu października wyjeżdżałem do Warszawy,

Otrzymują:
M.S.Z. - P.I.
" - P.II.
Ambasada R.P. - Berlin
" " - Londyn
" " - Rzym
Poselstwo " - Berno

Faksimile von Anfang des Dokuments 5

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

Nr 3/SZ-tjn-3

W sprawie sytuacji wewnętrznej Stanów Zjednoczonych.

WASZYNGTON, DN 12/I.1939r.
2640 sixteenth street n. w

TAJNE

Do Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w Warszawie.

Nastroje, jakie obecnie panują w Stanach Zjednoczonych potęgowane są coraz większą nienawiścią do faszyzmu, a przede wszystkiem do osoby Kanclerza Hitlera oraz do wszystkiego co tchnie nazizmem. Propaganda urabiana jest w pierwszym miejscu przez czynniki żydowskie, które mają w swoich rękach nieomal w stu procentach radio oraz wytwórnie filmowe, jak również przez prasę oraz tygodniki. Mimo tego, że propaganda jest szyta grubymi nićmi i że przedstawia Niemcy w świetle jak najbardziej ujemnym, wyzyskując głównie prześladowania religijne i obozy koncentracyjne, to jednak dzięki ignorancji tutejszego społeczeństwa, nieobeznanego zupełnie z sytuacją w Europie, działa ona w sposób tak przenikliwy, iż obecnie większość narodu amerykańskiego uważa Kanclerza Hitlera oraz nazizm za największe zło i niebezpieczeństwo jakie zawisło nad światem.

stkiego co ma coś wspólnego z niemieckim nazizmem. W wielkiej mierze przyczynili się do tego poszczególni żydowscy intelektualiści, którzy złączeni są z Prezydentem Roosevelt'em węzłami przyjaźni, tak jak Bernard Baruch, Gubernator stanu New York Lehman, nowomianowany Sędzia Sądu Najwyższego Felix Frankfurter, Sekretarz Skarbu Morgenthau i inni, chcą zrobić z Prezydenta szampiona praw człowieka, wolności religii i słowa, jako też tego, który w przyszłości ukarać musi mącicieli pokoju.

Faksimile von Anfang und Auszug des Dokuments 6

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W WASZYNGTONIE

POLISH EMBASSY
WASHINGTON
2640-16TH STREET N W

I № 720

16-go stycznia 1939r.

T A J N E .

3/SZ-tjn-4

Do

W sprawie rozmowy z Ambasadorem Bullitt'em.

Pana Ministra Spraw Zagranicznych
w W a r s z a w i e .

1

Przedwczoraj odbyłem dłuższą rozmowę z Ambasadorem Bullitt'em, który przyjechał mnie odwiedzić w Ambasadzie. Bullitt wyjeżdża do Paryża 21-go b.m., po prawie 3-miesięcznej niebytności na placówce, z pełnym "bagażem" instrukcyj, rozmów i dyrektyw od Prezydenta Roosevelt'a, Departamentu Stanu oraz senatorów należących do Komisji Spraw Zagranicznych.

Z rozmowy z Bullitt'em odniosłem wrażenie, że otrzymał on od Prezydenta Roosevelt'a wyraźne określenie stanowiska Stanów Zjednoczonych w obecnym kryzysie europejskim które ma przedstawić na Quai d'Orsay oraz zużytkować do rozmów z mężami stanu Europy. Treść tych dyrektyw, które mi Bullitt w swej pół-godzinnej rozmowie przytoczył, jest następująca: 1) aktywizacja polityki zagranicznej pod przewodnictwem Prezydenta Roosevelt'a która w sposób niedwuznaczny i ostro potępia państwa totalitarne; 2) przygotowania wojenne Stanów Zjednoczonych na morzu,

Nie wdawałem się z Bullitt'em w dyskusje na ten postawiony przez niego axiomat; zapytałem się jednak czy, gdyby sytuacja taka miała nastąpić, - mocarstwa zachodnie wystąpiłyby czynnie, i czy zaatakowałyby Rzeszę w rzekomej obronie Rosji Sowieckiej.

Bullitt odpowiedział, że państwa demokratyczne przekreśliły raz na zawsze wszelkie urojone interwencje zbrojne w kierunku zabezpieczenia jakiegokolwiek państwa, któreby miało się stać pastwą agresji niemieckiej.

OTRZYMUJĄ:
Pan Minister Spraw Zagr.
MSZ. - P. II.
" - G. M.
" - P. I.
Ambasady:
Londyn
Paryż
Berlin

Jerzy Potocki
Ambasador R. P.

JPŁ

Faksimile von Anfang und Schluß des Dokuments 7

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
Nr.1/F/7

RAPORT POLITYCZNY Nr.IV/1.

Paryż, dnia 1 lutego 1939 r.

ŚCIŚLE-TAJNE

DO
PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

Dyskusja nad sprawami polityki zagranicznej Francji zakończona wczoraj w tutejszym parlamencie votum zaufania dla rządu p. Daladier, uchwalonym większością 379 głosów przeciw 232 skłania mnie do przedstawienia Panu Ministrowi mej opinii w pierwszej linii o obecnym stanie stosunku Francji do nas i do łączących ją z Polską układów.

Jak już wspominałem w poprzednim moim raporcie z dnia 17 grudnia 1938 r., zagadnienie stosunków z Polską zostało zaktualizowane w opinii kół politycznych francuskich po wypadkach wrześniowych przez fakt podpisania francusko-niemieckiej deklaracji o nieagresji. Od tego czasu prasa francuska zaczęła poświęcać

- 11 -

chwilowej dobrej woli, a raczej przemijających planów Kanclerza Hitlera, niż jako rezultat naszych własnych działań i siły. Z tego też powodu sytuacja nasza wydaje się im stale pod znakiem zapytania, a nasze możliwości bardzo wątpliwe. Pod wpływem ostatnich wypadków i posunięć Pana Ministra jedynie zaufanie do rzeczywistej samodzielności i niezależności naszej polityki wzrosło. Nie jest to jednak równoznaczne z zaufaniem do naszych możliwości i siły.

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 8

Łukasiewicz.
AMBASADOR R.P.

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ

Nr. 1/F/10

I N. 708

RAPORT POLITYCZNY Nr. IV/4

Paryż, dnia lutego 1939.

ŚCIŚLE-TAJNE

DO
PANA MINISTRA
SPRAW ZAGRANICZNYCH
W WARSZAWIE.

Przed tygodniem wrócił do Paryża po trzymiesięcznym urlopie spędzonym w Ameryce, Ambasador Stanów Zjednoczonych- W.Bullit. W międzyczasie odbyłem z nim dwie długie rozmowy, które pozwalają mi poinformować Pana Ministra o jego poglądach na sytuację międzynarodową, oraz politykę Washingtonu.

1. Polityka zagraniczna Stanów Zjednoczonych, jako wysiłek stały zmierzający do bezpośredniego udziału w rozwoju stosunków w Europie nie istnieje i jest niemożliwą, gdyż nie mogłaby być przyjętą przez opinię publiczną, która pod tym kątem widzenia nie zmieniła nastawień izolacjonistycznych. Istnieje natomiast wybitnie wzmożone zainteresowanie społeczeństwa amerykańskiego sytuacją europejską, które odsuwa nawet na plan dalszy sprawy wewnętrzne

Powstrzymuję się narazie od formułowania jakichkolwiek własnych opinii na tle wypowiedzeń się amb. Bullita, chciałbym bowiem przedtem uzyskać od niego potrzebne dodatkowe wyjaśnienia. Jedno wydaje się być pewnym, iż polityką prezydenta Roosevelta będzie szła w najbliższym czasie po linii popierania oporu Francji, hamowania nacisku niemiecko-włoskiego oraz osłabienia kompromisowych tendencji Anglii.

Łukasiewicz
AMBASADOR R.P.

Faksimile von Anfang und Schluß der Dokuments 9

X

T № 330/ HB. 5 7/10

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ

EP/MR-No.57/tj/122

Londyn, dnia 9 marca 1939 r.

Tajne.

RAPORT POLITYCZNY No.6/2.

Misja gospodarcza pana Hudsona

Rozdzielnik.

pp.Ambasadorowie
Berlin,
Paryż,
Rzym,
Moskwa,
p.Poseł
Berno.

Był dzisiaj u mnie na śniadaniu p. Hudso[n] " Sekretarz parlamentarny dla Handlu Zagranicznego" którego wraz z kilku współpracownikami oraz urzędni-kami Foreign Office'u i Treasury zaprosiłem w związ[ku] z jego zamierzoną wizytą w Warszawie w drugiej poło-wie b.m. To spotkanie towarzyskie dało mi sposobno[ść] do szybkiego i przyjaznego zlikwidowania nieporozu-mienia, które się wyłoniło między nami a stroną an-gielską w przedmiocie importu brytyjskiego do Pols[ki] / przydział kontyngentów /. Piszę o tym w osobnym raporcie z dnia 10.marca No.57/tj/123.

Na temat swoich projektowanych rozmów w Warszawie p. Hudson mówił niewiele i w sposób ogólnikowy, podkreś-lając, że nie ma dla nich przygotowanego sztywnego programu. Celem jego jest spowodowanie powiększenia obrotów wzajemnych i przyczynienie się do wzmożenia eksportu polskiego na rynki wolnodewizowe, przy równo-czesnym zwiększeniu eksportu angielskiego do Polski. / przy ewentualnej pomocy ze strony angielskiego " kredytu eksportowego ".

Edward Raczyński

/ Edward Raczyński /
Ambasador Rzeczypospolite[j]

Faksimile von Anfang
und Schluß des Dokuments 10

I Nr 669

AMBASADA
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W PARYŻU
AMBASSADE DE POLOGNE A PARIS
R2/3

Paryż, dnia 29 marca 1939 r.

Ściśle tajne.

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych

w Warszawie.

Dnia 24 b.m. w normalnej przyjacielskiej rozmowie z Ambasadorem Bullitem powiedziałem mu mniej więcej co następuje:

Nie znam ani tekstu propozycji angielskiej co do deklaracji 4-ch Państw, ani naszej na nią odpowiedzi /co zresztą odpowiadało prawdzie/. Orjentując się jednak wiadomościami prasowymi i echami, które dochodzą mnie z różnych stron, oceniam sytuację w sposób następujący: propozycja angielska w formie i treści, w których była zrobiona, wydaje mi się być posunięciem obliczonym conajmniej w trzech czwartych na politykę wewnętrzną angielską i pochodzącym nie z chęci reagowania na wypadki międzynarodowe ostatnich dni, ale z trudności, które Chamberlain spotkał od strony Parlamentu i opinji angielskich. Jest rzeczą dziecinnie naiwną, a jednocześnie nieszczerą proponować Państwu, znajdującemu się w tych

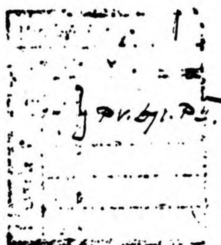
Faksimile des Anfangs von Dokument 11

AMBASADA I Nr. 353
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ

Londyn, dnia 29 marca 1939 r.

ER/MR - No.1/WB/tj/146

Tajne!



RAPORT POLITYCZNY No. 7/1.

Stanowisko rządu brytyjskiego wobec kryzysu.
Stosunek do Polski.
Rozmowa z ambasadorem Kennedy.

PP.Ambasadorowie
R.P. - Berlin,
Paryż,
Rzym,
Moskwa.

Gwałtowny przebieg ostatniej fazy kryzysu czeskiego wywołał głęboki wstrząs w tutejszej opinii i spowodował również ewolucję w stanowisku tutejszego rządu. Dla zdecydowanych przeciwników Niemiec hitlerowskich ostatnie wypadki były tylko potwierdzeniem przewidywań i jednym argumentem więcej za podjęciem energicznej akcji zapobiegawczej. Większe znaczenie jednak miały wypadki czeskie przez wpływ jaki wywarły na tutejszy obóz " ugodowy ". Jego zwolennicy unikali z reguły szczerszego ujawnienia swoich przewidywań i nadziei. Ograniczali się naogół do oświadczania, że Wielka Brytania winna się ograniczyć do obrony Zachodu Europy i oczywiście imperium brytyjskiego i imperialnych komunikacji. Natomiast Europa środkowa i wschodnia służyłaby jako teren ekspansji niemieckiej, z którego Anglia mogłaby bez wielkiej straty dla siebie się wycofać. Argumentów

Do Pana Ministra
Spraw Zagranicznych,
w Warszawie.

Faksimile des Anfangs von Dokument 12

POSELSTWO
RZECZYPOSPOLITEJ POLSKIEJ
W STOCKHOLMIE

LÉGATION
DE LA RÉPUBLIQUE DE POLOGNE
À STOCKHOLM

Nr 19/S/5

W sprawie

Stockholm, dn. 15 kwietnia 1939.

P o u f n e :

Do

Pana Ministra Spraw Zagranicznych

W a r s z a w a

Nawiązując do raportu z 8 kwietnia br. Nr 19/S/4 Poselstwo komunikuje, że dalsze informacje otrzymywane na temat pobytu ministra Hudsona w Stockholmie świadczą, iż nie osiągnął on na tutejszym terenie większych sukcesów. -

Wydaje się, że minister Hudson wykazał zbyt mało zręczności w przeprowadzonych tu rozmowach i zraził nawet do siebie tutejsze sfery gospodarcze.

Jak mnie poinformował jeden z wybitnych przedstawicieli tutejszego świata finansowego, Hudson sondował również teren co do zachowania się Szwedów na wypadek wojny, sugerując konieczność wstrzymania wszelkich dostaw surowców dla Niemców.

Szwedzi dali mu wówczas do zrozumienia, iż pragną zachować neutralność i że jeżeli w razie wojny Bałtyk zostanie opanowany przez Niemców, nie będą mogli się uchylić od tego, by im rudy dostarczyć. Sytuacja byłaby oczywiście inna, gdyby Bałtyk opanowali Anglicy.

Dziennik, który od początku zwalczał te subwencje jako szkodliwą i dla gospodarstwa szwedzkiego uciążliwą formę popierania rolnictwa i produkcji mleczarskiej, uważa, że wyszłoby na korzyść gospodarstwu szwedzkiemu, gdyby subwencje dla eksportu masła były zniesione, ceny dla konsumcji krajowej zaś obniżone, a produkcja skierowana na inne tory.

Poseł R.P.

/-/ G.Potworowski.

Otrzymują: MSZ-P.II
P.III
R.E.
Ambasada R.P.Londyn

Faksimile von Anfang und Schluß des Dokuments 13

Ambasada Rzeczypospolitej Polskiej
w Londynie.

Londyn, dnia .. kwietnia 1938.

[illegible]/38-Sow/191

Tajne

D.P.I. No 674
CZYTAŁ (REFEROWAŁ)
Podpis Stopień Data 9/V

RAPORT POLITYCZNY Nr. 15/3.

Stosunki angielsko-sowieckie.

Równocześnie:
Ambasady R.P.
Berlin,
Paryż,
Rzym,
Bukareszt,
Moskwa.

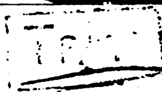
Wypadki ostatnich tygodni zaktualizowały zainteresowanie stosunkami między Wielką Brytanją a Związkiem Sowieckim, celowym się więc wydaje przypomnienie ich rozwoju w ubiegłych miesiącach i zestawienie wypowiedzi na ten temat kierowników polityki brytyjskiej - zwłaszcza pod naciskiem agresywnych pytań opozycji.

W okresie paru lat ostatnich rząd brytyjski - pomimo braku sympatji dla reżimu sowieckiego - przyjął utrzymanie poprawnych stosunków z Rządem Sowieckim, unikając jednak wszelkiego bliższego związania. Kiedy w r. 1935 minister Eden odwiedził Moskwę, wydany wówczas komunikat stwierdzał, że "nie istnieje obecnie żadna sprzeczność interesów między Rządami brytyjskim a sowieckim w jakimkolwiek z zasadniczych zagadnień polityki międzynarodowej". Z momentem przyjścia do władzy p. Chamberlain, który - w odróżnieniu od swego poprzednika - miał swój własny punkt widzenia na politykę zagraniczną i wytknął sobie plan postępowania dążący do doprowadzenia do porozumienia Czterech Mocarstw zachodnich, nietylko większe związanie z Sowietami było niemożliwe, ale potrzeba

Do Pana
Ministra Spraw
Zagranicznych,
w Warszawie.

Faksimile des Anfangs von Dokument 14

I. M. 550 -



XV

Rozmowa z Ambasadorem amerykańskim w Londynie p. Kennedy, 16. czerwca 1939.

Uprzedzony o moim przyjeździe do Londynu przez Ambasadora Biddle, Ambasador Kennedy prosił mnie o odwiedzenie go. Rozmowa trwała trzy kwadranse.

Z przebiegu jej zasługuje na zanotowanie co następuje:

1. Na początku Ambasador pytał mnie, co w Polsce sądzą o sytuacji ekonomicznej Niemiec, sam podkreślając, że jego zdaniem Niemcy mogą jeszcze przez dłuższy czas rujnować świat wydatkami zbrojeniowymi i że właściwie nie mają innej alternatywy jak wojenna. Jego zdaniem, odwrót Niemiec od ich

- 3 -

w Harvard University serię odczytów o położeniu Europy i poszczególnych państw. Do odczytów tych Ambasador przywiązuje duże znaczenie, jako do elementu, formującego opinię amerykańską. " Nie uwierzy Pan, " powiedział Ambasador, " do jakiego stopnia mój starszy chłopiec, który ostatnio był w Polsce, ma ucho Prezydenta. Powiedziałbym, że Prezydent bardziej wierzy jemu, niż mnie. Może dlatego, że Joe stawia sprawę z takim przekonaniem i entuzjasmem".

W przyszłym tygodniu mam ponownie widzieć Ambasadora i spotkać się z jego synem.

/ Jan Wszelaki /
Radca Ekonomiczny.

Otrzymują :

p. Ambasador Raczyński,
p. Minister Koc,
p. Dyrektor Gabinetu Łubieński,
p. Minister Arciszewski, poczym ten sam egzemplarz p.Dyrektor Potocki.

Faksimile von Anfang und Schluß des Dokuments 15

MINISTERSTWO I.M. 1629 WARSZAWA, DN. 13 lipca 1939
PRZEMYSŁU I HANDLU

TAJNE

Nr M.330/tjn.

W odpowiedzi należy powoływać się na powyższą liczbę

Do Mor 364-9/12 15/VII [illegible]

w Paryżu
w Londynie

Według informacyj uzyskanych przez Ministerstwo Przemysłu i Handlu, przedsiębiorstwa żeglugowe francuskie x otrzymały od swych rządowych władz nadzorczych już teraz ścisłe instrukcje na wypadek wybuchu konfliktu zbrojnego ~~oraz przepisy dotyczące zmian konstrukcyjnych, przebudówek~~ i uzupełnień konstrukcyjnych, w szczególności w części dziobowej eksploatowanych przez te towarzystwa statków.

W związku z powyższym Ministerstwo Przemysłu i Handlu prosi o możliwie szybkie zbadanie tej sprawy oraz o nadesłanie do Ministerstwa możliwie szczegółowych informacyj, a także o ile to okaże się możliwe tekstów rozesłanych instrukcyj.-

x/ angielskie

DYREKTOR DEPARTAMENTU MORSKIEGO

/L.Możdżeński/

Otrzymuje do wiadomości

Ministerstwo Spraw Zagranicznych
P.I.Mor.

Biuro Wojskowe Min.P.i H.

Drukarnia Państwowa nr 10137.

Faksimile von Dokument 16

2. Oder aber man wird versuchen, Möglichkeiten zu finden, um zu einer dauerhafteren Entspannung der Lage in Europa zu kommen, dies stellt uns vor die schwierige Aufgabe, die Ergebnisse und Möglichkeiten unserer konstruktiven Friedensarbeit zu verteidigen und aktiv auszuwerten. Meiner Meinung nach wird diese Aufgabe wirklich schwierig sein, denn bis jetzt hat man im Westen unsere Rolle in der Befriedung Ostmitteleuropas noch nicht erkannt. Die französischen Politiker wie auch die hiesige Öffentlichkeit (in England, nehme ich an, wird es genau so sein) sind geneigt, die bisherigen positiven Resultate unserer Friedenspolitik als Ergebnis eines augenblicklichen guten Willens, oder vielmehr der vorübergehenden Pläne des Kanzlers Hitler, nicht aber als Resultat unserer eigenen Aktivität und Machtstellung zu behandeln. Aus eben diesen selben Gründen scheint ihnen unsere Lage ständig in Frage zu stehen und unsere Möglichkeiten ihnen sehr zweifelhaft zu sein. Unter dem Einfluß der letzten Ereignisse und Ihrer Maßnahmen, Herr Minister, nur ist das Vertrauen zu der wirklichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit unserer Politik gewachsen. Doch ist das noch nicht mit einem Vertrauen in unsere Chancen und Machtmöglichkeiten gleichbedeutend.

Der Botschafter der Republik Polen:
Lukasiewicz.

9. Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom . Februar 1939

Politischer Bericht Nr. IV/14

Botschaft
der Republik Polen
Nr. 1/F/10

Paris, den . Februar 1939.
Streng geheim!

An den Herrn Außenminister in Warschau.

Vor einer Woche ist der Botschafter der Vereinigten Staaten W. Bullitt nach einem dreimonatigen in Amerika verbrachten Urlaub zurückgekehrt. In der Zwischenzeit hatte ich mit ihm

zwei lange Unterredungen, die es mir gestatten, Herrn Minister über seine die europäische Situation betreffenden Ansichten zu informieren wie einen Überblick über die Politik Washingtons zu geben.

1. Eine Außenpolitik der Vereinigten Staaten, deren Bestreben es ist, unmittelbar an der Entwicklung der Verhältnisse in Europa teilzuhaben, gibt es nicht. Eine solche Außenpolitik wäre auch nicht möglich, da sie von der öffentlichen Meinung, die in dieser Hinsicht ihre isolationistische Einstellung nicht geändert hat, nicht genehmigt werden würde. Dagegen besteht ein außerordentlich verstärktes Interesse des amerikanischen Volkes für die europäische Lage. Demgegenüber treten sogar die inneren Angelegenheiten in den Hintergrund und verlieren die Aufmerksamkeit, deren sie sich früher erfreut haben. Die internationale Situation wird von den offiziellen Kreisen als ungeheuer ernst und unter der Gefahr eines bewaffneten Konflikts stehend betrachtet. Die maßgebenden Faktoren sind der Ansicht, daß, wenn es zwischen England und Frankreich einerseits, wie Deutschland und Italien andererseits zum Kriege kommen sollte, in dem England und Frankreich eine Niederlage erleiden könnten, dann die Deutschen den realen Interessen der Vereinigten Staaten auf dem amerikanischen Kontinent gefährlich werden würden. Aus diesem Grund könne man die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege auf seiten Frankreichs und Englands von vornherein voraussehen, natürlich erst eine gewisse Zeit nach Ausbruch des Konfliktes. Botschafter Bullitt drückte das wie folgt aus: „Sollte ein Krieg ausbrechen, so werden wir sicherlich nicht zu Anfang an ihm teilnehmen, aber wir werden ihn beenden."

Nach Meinung Botschafter Bullitts ist die obige Einstellung der maßgebenden Washingtoner Kreise jeglicher ideologischer Elemente bar und ergibt sich ausschließlich aus der Notwendigkeit, die realen Interessen der Vereinigten Staaten zu verteidigen, die im Falle einer französisch-englischen Niederlage ernstlich und unmittelbar zugleich vom Pazifik wie vom Atlantik her bedroht wären.

Botschafter Bullitt stellte fest, das Gerücht, als ob Präsident Roosevelt gesagt habe, die Grenze der Vereinigten Staaten liege am Rhein, sei falsch. Er gab dagegen seiner Überzeugung Ausdruck, der Präsident habe bestimmt gesagt, er verkaufe Frankreich Flugzeuge, da die französische Armee die erste Verteidigungslinie der Vereinigten Staaten sei. Dieses entspräche nämlich vollkommen seinen Ansichten.

2. Die italienischen Ansprüche gegenüber Frankreich entbehren absolut aller Grundlagen und Argumente, die sich auch nur teil-

weise rechtfertigen könnten. Frankreich kann und darf also nicht einmal scheinbar Zugeständnisse machen. Irgendein Nachgeben Frankreichs würde die Unterhöhlung seines Prestiges in Afrika bedeuten. Man muß daher jeden eventuellen Kompromiß auf Kosten französischer Interessen ausschließen.

Theoretisch genommen besteht die Befürchtung, England könnte vielleicht zusammen mit Berlin versuchen, Frankreich im Augenblick irgendeiner Spannung einen mit seinen eigenen Interessen nicht zu vereinbarenden Kompromiß aufzuzwingen. In diesem Falle jedoch wird Frankreich auf die kräftige Unterstützung Washingtons rechnen können. Die Vereinigten Staaten verfügen England gegenüber über verschiedene und ungeheuer bedeutsame Zwangsmittel. Allein die Drohung ihrer Anwendung dürfte genügen, England vor einer Kompromißpolitik auf Kosten Frankreichs zurückzuhalten.

Man muß damit rechnen, daß das Prestige Englands durch die Ereignisse im Fernen Osten wie die Resultate der Münchener Konferenz in der amerikanischen öffentlichen Meinung sehr stark gesunken ist. Andererseits ist die amerikanische öffentliche Meinung sich darüber im klaren, wieviel England heute an einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und ihrer Unterstützung gelegen ist.

Unter diesen Bedingungen kann man vermuten, daß Hitler und Mussolini es auf der Grundlage der italienischen Ansprüche Frankreich gegenüber nicht zu einem offenen Konflikt mit England und Frankreich kommen lassen werden.

Eine schwache Seite der Vereinigten Staaten ist es natürlich, daß sie, obwohl sie schon heute ihren Standpunkt im eventuellen Konfliktsfalle bestimmt haben, gleichzeitig jedoch an der positiven Lösung der europäischen Probleme keinen aktiven Anteil nahmen können, da die isolationistisch eingestellte amerikanische Meinung dieses nicht gestatten würde.

3. Das Verhältnis der maßgebenden amerikanischen Faktoren zu Italien und Deutschland ist negativ hauptsächlich deshalb, weil sie der Ansicht sind, daß die neuen Erfolge der Achse Rom-Berlin, die das Prestige wie die Autorität Frankreichs und Englands als Imperialmächte unterhöhlten, fast schon unmittelbar die realen Interessen der Vereinigten Staaten bedrohen. So wird auch die Außenpolitik Washingtons einer eventuellen Weiterentwicklung der Situation in dieser Richtung entgegenwirken.

Die Vereinigten Staaten verfügen in ihren Beziehungen zu Italien und Deutschland über verschiedene Zwangsmittel, die heute schon sehr ernstlich geprüft und aufgestellt werden. Diese

überwiegend wirtschaftlichen Mittel sind derart, daß sie ohne die geringste Befürchtung eines innerpolitischen Widerstandes angewandt werden können. Sie werden zweifellos sowohl für Rom wie für Berlin genügend ausdrucksvoll und fühlbar sein. Botschafter Bullitt ist der Meinung, ein von den Vereinigten Staaten gleichzeitig auf Italien und Deutschland einerseits wie England andererseits ausgeübter Druck könne in bedeutendem Maße dem Ausbruch eines bewaffneten Konfliktes vorbeugen bzw. die Entwicklung der europäischen Situation in einer Richtung verhüten, die, vom Standpunkt Washingtons aus gesehen, unerwünscht wäre.

Auf meine Bemerkung, es sei bei der gegenwärtigen Sachlage jedoch nicht klar, ob die Vereinigten Staaten bereit wären, sich mit Deutschland und Italien um die französischen Kolonien zu schlagen bzw. gegen gewisse Systeme und Ideologien zu kämpfen, erklärte Botschafter Bullitt kategorisch, die Haltung Washingtons würde allein von den realen Interessen der Vereinigten Staaten bestimmt, nicht aber von ideologischen Problemen.

Ich muß hinzufügen, daß Botschafter Bullitt sich des rücksichtslosen Widerstandes Frankreichs gegen die italienischen Ansprüche gewiß zu sein scheint und in der Konsequenz eine eventuell mögliche Vermittlung englischerseits bzw. englisch-deutscherseits, deren Ziel ein Kompromiß auf Kosten Frankreichs wäre, ausschließt.

Ich möchte vorläufig von der Formulierung meiner eigenen Meinung gegenüber den Äußerungen Botschafter Bullitts Abstand nehmen. Es ist nämlich mein Bestreben, vorher von ihm noch einige zusätzliche Erläuterungen zu erhalten. Eines aber scheint mir sicher, nämlich, daß die Politik Präsident Roosevelts in der nächsten Zeit dahin gehen wird, den Widerstand Frankreichs zu unterstützen, den deutsch-italienischen Druck zu hemmen und die Kompromißtendenzen Englands zu schwächen.

J. Lukasiewiecz
Botschafter der Republik Polen

10. Bericht des Polnischen Botschafters in London, Graf Edward Raczyński, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 9. März 1939

Politischer Bericht Nr. 6/2

Botschaft
der Republik Polen
ER/MR—Nr.57/tj/122.

London, den 9. März 1939.
Geheim!

An den Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten
in Warschau.

Herrn Hudsons Wirtschaftsmission

Heute war bei mir zum Frühstück Herr Hudson, „der parlamentarische Sekretär für den Außenhandel", den ich zugleich mit einigen Mitarbeitern sowie Beamten des Foreign Office und des Schatzamtes zu mir gebeten hatte im Zusammenhang mit seiner beabsichtigten Reise nach Warschau in der zweiten Hälfte dieses Monats. Dieses gesellschaftliche Zusammenkommen gab mir Gelegenheit, schnell und freundschaftlich ein Mißverständnis zwischen uns und den Engländern zu beseitigen, das hinsichtlich der britischen Einfuhr nach Polen (Zuteilung der Kontingente) aufgetaucht war. Ich schreibe darüber in einem besonderen Bericht vom 10. März Nr. 57/tj/123.

Die zufriedenstellende Wendung dieser Angelegenheit schuf gute Bedingungen für einen sehr freundschaftlichen Gedankenaustausch. Herr Hudson, den ich schon seit einigen Jahren, allerdings nur oberflächlich, kenne, machte auf mich einen starken Eindruck durch seine etwas primitive, aber mit Energie geladene Geradlinigkeit und durch das offene Herangehen sogar an heikle politische Themen, eine Methode, die sich von der Diskretion der Beamten des Foreign Office ja sehr unterscheidet. Diese Methode wird wahrscheinlich teilweise bewußt und absichtlich angewandt und beruht auf dem Entschluß der hiesigen Regierung, nach außen die Kraft, die Entschlossenheit und den Optimismus Großbritanniens zu zeigen, um auf kontinentale Gesprächspartner Eindruck zu machen. Außerdem ergibt sie sich sicherlich aus der individuellen Veranlagung Herrn Hudsons, der entschlossen zu sein scheint, in der Rolle eines „Reisenden" im Auftrage von Whitehall aufzutreten, in der Auswahl der angebotenen Waren, an denen die für Großbritannien sich erklärenden Kontrahenten

teilhaben sollen, viel Platz für „Sicherheit und Vertrauen" bereit zu halten. Diese Sachlage mindert keineswegs die Bedeutung der Reise Herrn Hudsons nach einigen europäischen Hauptstädten, sondern legt meines Erachtens eine vorsichtige und eher schmälernde Deutung der Erklärung Herrn Hudsons nahe, soweit sie nicht konkrete Versicherungen oder Verpflichtungen, sondern mehr allgemeine und unverbindliche Äußerungen von eher propagandistischem Wert sind.

Dank der impulsiven Art und der Unmittelbarkeit von Herrn Hudson war die Unterhaltung mit ihm allerdings besonders interessant. Er verhehlte nicht seine Überzeugung, daß die ganze grundsätzliche Anstrengung Englands von dem Gesichtspunkt geleitet ist, sich der deutschen Drohung entgegenzustellen. Die Gefahr, die von seiten Italiens drohen kann, schätzt Herr Hudson gering. Er meint, daß Italien wirtschaftlich so erschöpft sei, daß es sich kein für England bedrohliches selbständiges Vorgehen erlauben könne. Aber auch in der Beurteilung des deutschen Problems offenbarte er viel Optimismus. Er sagte mir, daß seines Erachtens „wir uns schon fast hinter dem Stadium der Gefahr befinden!" Insbesondere wünsche Deutschland sehr ein wirtschaftliches Einverständnis, dessen Fürsprecher u. a. Herr Funk sei. Dazu mache die Deutschen die schwere Wirtschaftslage geneigt, die — wie Herr Hudson meint — jetzt bei der abnehmenden Ausfuhr usw. eine starke Verschärfung erfahre, und die sich besonders im Sommer dieses Jahres verschlimmern solle. Herr Hudson glaubt, daß eine englisch-deutsche Wirtschaftsverständigung am wahrscheinlichsten im Rahmen von Kartellverträgen sei, die jedoch jede Ausschließlichkeit auf Kosten der wirtschaftlich schwachen Staaten unmöglich machen würden. Außerdem sei die britische Regierung entschlossen, von keinem europäischen Markt zurückzuweichen und auf seinen Besitzstand nicht zugunsten des Deutschen Reiches zu verzichten. Das bedeute jedoch nicht, daß Großbritannien Deutschland den ersten Platz streitig machen wolle, den es aus natürlichen, geopolitischen usw. Gründen auf einigen mitteleuropäischen Märkten innehabe*).

Indem Herr Hudson an dieser Stelle in charakteristischer Weise seinem Vertrauen auf eine günstige Entwicklung der Er-

*) Herr Hudson berief sich, als er seinen Optimismus in bezug auf die Ergebnisse seiner Berliner Unterredungen begründete, u. a. auf folgende Mitteilung, die ihm der neue rumänische Gesandte in London, Herr Tilea, machte: Von deutscher Seite wurde Ungarn noch vor einigen Wochen für eine Regulierung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und für eine Sicherung der Abnahme der ungarischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Bedingung gestellt, auf die Ein-

eignisse Ausdruck gab, sagte er: „Jetzt verhandeln wir auf wirtschaftlichem Gebiet und werfen das deutsche System der zweiseitigen Tauschtransaktionen um — im Herbst ziehen wir Göring nach London, in einem Jahr werden wir es zu einem die Rüstungen beschränkenden Vertrag gebracht haben, in 18 Monaten aber werden wir die schmerzhaften Kolonial-Rohstoff-Geschwüre restlos erledigt haben, und auf diese Weise sichern wir den Frieden und stellen das erschütterte politische Gleichgewicht wieder her!"

Das sich in diesen Worten offenbarende Vertrauen von Herrn Hudson auf das Ergebnis seiner Unterredungen in Berlin hindert ihn nicht, an eine „Politik der Entwicklung der Widerstandsmittel" zu denken und davon zu reden. Indem er selbst die Stellungnahme seines Landes charakterisierte, behauptete er, die britische Politik habe jetzt die Methoden und Parolen der letzten 20 Jahre aufgegeben und an die kämpferische Epoche zu Ende des 19. Jahrhunderts angeknüpft, d. h. an die Epoche von Josef Chamberlain, notwendigerweise an die Tradition „Jingo!".

Charakteristisch waren die Bemerkungen, die er zu dem Thema Rußland machte. Er fragte mich insbesondere: 1. wie wir die Macht Rußlands beurteilen? 2. welche Bedeutung wir der letzthin mit der Sowjetunion geschlossenen Handelsübereinkunft beilegten? 3. ob es denkbar wäre, daß unsere Beziehungen zu den Sowjets vertrauter würden? 4. ob ich glaubte, daß den Sowjets an einem freundschaftlichen Verhältnis zu Großbritannien gelegen sei, was günstige Aussichten für seine Unterredungen über Wirtschaftsthemen während seines Besuches in Moskau eröffnen würde. Auf diese Fragen antwortete ich in einem mehr diplomatischen Stil. Insbesondere auf die Frage 4 anknüpfend, bemerkte ich, daß die jetzigen Sowjetvertreter sich bemühten, große Selbstsicherheit zu „markieren" und behaupteten, daß, soweit eine Kriegsgefahr bestehe, sie auf dem Abschnitt des „geringsten Widerstandes", d. h. im Westen, bestehe. Die Sowjetunion, wie sie mit viel Selbstsicherheit behaupteten, sei so stark, daß sie ohne Sorge in die Zukunft blicken könne. Hudson sagte mir darauf, daß er erst gestern von dem Botschafter Majskij wörtlich dasselbe hörte.

Diese interessante Wendung, die Herr Hudson dem Gespräch gab, weist darauf hin: 1. daß er von dem Sowjetabschnitt seiner

richtung neuer Werkstätten in den Industrien, die die deutsche Ausfuhr interessieren, zu verzichten. Letzthin soll man deutscherseits von dieser Forderung abgesehen und die Änderung der Haltung damit begründet haben, daß eine baldige Wirtschaftsverständigung zwischen dem Reich und Großbritannien gewiß sei. Herr Hudson behauptet, daß er die Richtigkeit dieser Nachricht von Herrn Tilea auf anderem Wege prüfen konnte.

Reise sehr in Anspruch genommen ist, 2. daß er ihm sehr viel Bedeutung beilegt, 3. daß es nicht wie bisher eine gewisse Moskauer Gegenliebe gibt. Man muß sich dabei dessen eingedenk sein, daß die von Herrn Hudson beabsichtigten Unterredungen in Moskau, abgesehen von der politischen Bedeutung, über die er anscheinend zu sprechen liebt, konkrete Wirtschaftsangelegenheiten betreffen werden und daß man englischerseits vor allem verlangen wird, dem russisch-englischen Umsatz ein vom englischen Gesichtspunkt aus besseres Gleichgewicht durch Verstärkung der englischen Ausfuhr in die Sowjetunion zu verleihen.

10. März 1939.

Gleich nach der Abfassung dieses Berichts hatte ich Gelegenheit, mich auf dem gestrigen Abendempfang bei Hofe mit dem Botschafter Majskij zu unterhalten. Dieses Gespräch befestigte in mir die Überzeugung, daß meine Beurteilung der Begegnung Hudson-Majskij zutreffend war. Herr Majskij meint, daß Herr Hudson, wenn er die politische Bedeutung seiner Sendung betont, damit rechnet, auf diesem Wege die gewünschten Wirtschaftsergebnisse um so leichter zu erlangen. Außerdem wirft Herr Majskij den Engländern vor, daß ihnen die notwendige historische Perspektive fehle und daß sie das Gleichgewicht der Kräfte in Europa nicht zutreffend beurteilten. Er meint, daß die Engländer sich die Macht Großbritanniens so wie im Jahre 1870 vorstellten! Sie erwarteten, daß die bloße Tatsache der Absendung einer englischen Wirtschaftsabordnung nach Moskau von den Sowjets enthusiastisch und mit glühender Dankbarkeit willkommen geheißen werde. Indessen, wie er Gelegenheit gehabt habe, Herrn Hudson zu sagen, werde er in Moskau sehr höflich empfangen und durchaus mit gebührender Aufmerksamkeit angehört werden. Eine Beurteilung jedoch, ob die Sendung nützlich sei und welche Bedeutung sie besitze, behalte man sich sowjetischerseits bis zu dem Augenblick vor, wo Herr Hudson sich konkret äußern werde. Schließlich bemerkte Herr Majskij, daß der englische Einwand, es mangele dem englisch-sowjetischen Umsatz an Gleichgewicht, unbegründet sei; wenn die Sowjets nicht mehr in England einkauften, so vor allem deswegen, weil eine ganze Reihe Rußland interessierender englischer Fabriken wegen der Aufrüstung überlastet und nicht imstande sei, die vorgeschlagenen Bestellungen anzunehmen.

Diese meine Unterredungen mit Herrn Hudson und Majskij werfen ein interessantes Licht auf die jetzigen englisch-sowjetischen Beziehungen, über die man hier letzthin soviel spricht, allerdings wenig konkret, gefärbt von der Überzeugung des je-

weiligen Informators. Sie erlauben mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit zu folgern, daß ein näherer politischer Kontakt London-Moskau bisher nicht hergestellt wurde und daß solche Tatsachen, die die öffentliche Meinung in Erstaunen setzen, wie z. B. das unerwartete Erscheinen des Premiers auf einem Abend in der Sowjetbotschaft, besonders auf äußerliche Wirkung berechnet waren, nicht aber aus dem früheren vertraulichen Kontakt zwischen den beiden Mächten sich ergeben. Der erste konkrete Zug Englands ist die Ausdehnung der Sendung Hudsons nach Moskau. Diesen Zug hat man sowjetischerseits wie bisher mit Zurückhaltung aufgenommen.

Über seine geplanten Unterredungen in Warschau sprach Herr Hudson nicht viel und in allgemeiner Weise, wobei er betonte, daß er für sie kein vorbereitetes starres Programm habe. Sein Ziel ist es, eine Erhöhung des gegenseitigen Umsatzes zu veranlassen und zur Stärkung der polnischen Ausfuhr nach den devisenfreien Märkten beizutragen, bei gleichzeitiger Erhöhung der englischen Ausfuhr nach Polen und bei eventueller Hilfe durch den englischen „Exportkredit“.

Edward Raczyński

Botschafter der Republik Polen

11. Bericht des Polnischen Botschafters in Paris, Jules Lukasiewicz, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 29. März 1939

Botschaft
der Republik Polen
in Paris
R 2/3

Paris, den 29. März 1939.

Streng geheim!

An den Herrn Außenminister in Warschau.

Am 24. d. M. sagte ich Botschafter Bullitt in einer normalen freundschaftlichen Unterredung ungefähr folgendes:

Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages hinsichtlich der Erklärung der vier Staaten noch unsere Antwort darauf (was im übrigen auch der Wahrheit entsprach). Indem ich mich

jedoch nach Pressemitteilungen richte und deren Echos, die mich von verschiedener Seite erreichen, beurteile ich die Situation wie folgt: Der englische Vorschlag scheint mir der Form wie dem Inhalt nach ein Manöver zu sein, das wenigstens zu $^3/_4$ für die englische Innenpolitik bestimmt ist und das nicht etwa dem Willen entstammt, auf die internationalen Ereignisse der letzten Tage zu reagieren, sondern vielmehr den Schwierigkeiten, auf die Chamberlain von seiten des Parlaments wie der englischen öffentlichen Meinung gestoßen ist. Es ist kindisch, naiv und gleichzeitig unfair, einem Staat, der sich in einer solchen Lage wie Polen befindet, vorzuschlagen, er solle seine Beziehungen zu einem so starken Nachbarn wie Deutschland kompromittieren und die Welt der Katastrophe eines Krieges aussetzen, nur um den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains willfähig zu sein. Noch naiver jedoch wäre es, anzunehmen, die polnische Regierung verstände nicht den wahren Sinn dieses Manövers und seine Konsequenzen.

Es ist weiterhin im höchsten Grade unvorsichtig, eine Aktion zu unternehmen, wie sie von der englischen Regierung öffentlich angeregt wurde, und in ihr die Teilnahme Rußlands in den Vordergrund zu schieben, die ebenso das politische Gesicht der Staaten verunstaltet, die solidarisch handeln sollen, wie das Ziel ihrer Aktionen. Das ostentative Streben nach einer Zusammenarbeit mit Rußland in einer Form und einem Bereich, der lediglich den Bedürfnissen der Innenpolitik Chamberlains entspricht, läßt die unbillige Vermutung aufkommen, als handele es sich hier nicht nur um die Verteidigung derjenigen Staaten, die durch die neuen Methoden der deutschen Politik bedroht sind, sondern auch um einen ideologischen Kampf mit dem Hitlerismus, und daß das Endziel der Aktionen nicht der Friede ist, sondern die Hervorrufung eines Umsturzes in Deutschland. Wer die seit langem feststehenden Grundsätze der polnischen Politik kennt, kann nicht annehmen, die polnische Regierung werde sich zu so leichtsinnigen und gefährlichen Schachzügen des Herrn Chamberlain positiv einstellen.

Nach den Erfahrungen der letzten zwanzig Jahre, in deren Verlauf England und Frankreich nicht nur keine einzige internationale Verpflichtung gehalten haben, sondern auch niemals imstande waren, ihre eigenen Interessen auf gehörige Weise zu verteidigen, ist es völlig unmöglich, zu glauben, irgendein Staat in Mittel- oder Osteuropa — wie ebenso auf der entgegengesetzten Seite Berlin-Rom — könnte auch nur einen einzigen englischen Vorschlag ernst nehmen, es sei denn, England schwingt sich zu Taten auf, die zweifellos und unabweisbar seinen Entschluß bestätigen, die Beziehungen zu Deutschland aufzugeben.

Hätte die englische Regierung einige Tage vor der Unterbreitung der vorgeschlagenen Deklaration in Warschau ihre Kriegsflotte mobilisiert wie die militärische Dienstpflicht eingeführt, und hätte die französische Regierung in größerem Umfang als bisher die Mobilisierung ihrer Armee angeordnet, dann hätte man sogar solche unzulänglichen englischen Vorschläge, wie die, die uns gemacht wurden, als einen Beweis für den aufrichtigen und ernsten Willen loyaler Zusammenarbeit ansehen können. Da es jedoch gerade umgekehrt gekommen ist, muß man annehmen, alle von London unternommenen diplomatischen Verhandlungen werden so lange keine Aussicht auf Erfolg haben, bis sich die engliche Regierung endlich zu dem Entschluß aufrafft, konkrete, präzisierte Verpflichtungen zu übernehmen, die von realen Maßnahmen auf dem Gebiet der Streitkräfte, über die sie verfügt, unterstützt werden.

Traurig, ja fast tragisch ist es, daß es sich in der gegenwärtigen Situation nicht um die Interessen eines einzelnen Landes, sondern — ohne Übertreibung — um die Vermeidung eines katastrophalen kriegerischen Konflikts handelt. Zum Beispiel der Fall Polen. Ich kenne weder den Text des englischen Vorschlages noch die Absichten Hitlers. Ich mache mir jedoch auf Grund zweifelloser Aspekte meine eigenen Gedanken über die wirkliche Lage. Die unvorsichtige, in der Form leichtsinnige, im Inhalt lückenhafte englische Initiative läßt die polnische Regierung zwischen der Kompromittierung der Beziehungen zu Deutschland oder dem Scheitern der Verhandlungen mit London wählen. Im ersten Fall kann Hitler sich gezwungen sehen, uns gegenüber die Anwendung von Zwang zu versuchen, worauf wir nicht anders werden antworten können als bewaffnet. Hierdurch wird ein allgemeiner europäischer Konflikt entstehen, in dessen erster Etappe wir den Druck der ganzen deutschen Macht werden aushalten müssen. Unsere gesamte Kriegsindustrie wird nicht nur bedroht sein, sondern wir können sie sogar verlieren. Hieraus werden sich schon zu Anfang des Konflikts nicht nur für uns, sondern ebenso für Frankreich und England die schlimmsten Bedingungen ergeben. Im zweiten Fall wird das Scheitern der Verhandlungen mit London für Hitler ein Beweis der Unaufrichtigkeit und Schwäche der Politik Englands und Frankreichs sein und ihn zu neuen Expansionsunternehmungen in Ost- und Mitteleuropa aufmuntern, die früher oder später zur Katastrophe eines Krieges führen müssen. Bei diesem Stand der Dinge ist es ebenso kindisch wie verbrecherisch, Polen für Krieg oder Frieden verantwortlich machen zu wollen. Es muß ein für allemal festgestellt werden, daß die Verantwortung zum größten Teil bei Frankreich und England liegt, deren unsinnige oder lächerlich schwache Politik zu der Situation und zu den Ereignissen,

führte, in denen wir leben. Wenn die englische Regierung dieses heute nicht einsieht, dann ist ein allgemein europäischer Konflikt, ja vielleicht sogar ein Weltkrieg unvermeidbar und muß schnell kommen, denn die Wahl des geeigneten Moments liegt bei Hitler.

Botschafter Bullitt nahm sich meine Ausführungen sehr zu Herzen und bat mich, sie noch einmal zu wiederholen. Ich sah, daß er jeden Absatz im Gedächtnis festzuhalten suchte.

Später fragte er mich, ob wir ein gemeinsames Bündnis annehmen würden, wenn England und Frankreich uns morgen ein solches vorschlagen sollten. Ich antwortete, ich könne hierauf keine Antwort geben. Dagegen stellte ich fest, daß der Schwerpunkt nicht bei den Vorschlägen liege, die uns gemacht würden, sondern bei den tatsächlichen Maßnahmen, die in erster Linie England ergreifen müsse. Botschafter Bullitt erklärte sich mit meinem Standpunkt völlig einverstanden. Am folgenden Tage, dem 25. d. M., teilte mir Botschafter Bullitt mit, er habe sich meine Anschauungen zu eigen gemacht und unter Ausnutzung der ihm zustehenden Rechte dem Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Kennedy, den Auftrag gegeben, sich am heutigen Sonnabend zu Ministerpräsident Chamberlain in seine Residenz zu begeben und ihm dieses alles unter kategorischer Betonung der Verantwortlichkeit der englischen Regierung zu wiederholen. Am Sonntag, dem 26., erhielt Botschafter Bullitt in meiner Gegenwart von Botschafter Kennedy einen telefonischen Bericht über die Unterredung, die dieser mit Ministerpräsident Chamberlain gehabt hat. Hierüber habe ich Herrn Minister in einem Telegramm Bericht erstattet, das sofort nach meinem Aufenthalt bei Botschafter Bullitt aufgegeben war.

Ich verstehe, daß Botschafter Bullitt die Bedeutung der Erklärungen, die von seinem Kollegen der englischen Regierung abgegeben wurden, sicherlich etwas übertrieben behandelt. Ich erachte es jedoch als meine Pflicht, Herrn Minister über alles oben Gesagte zu informieren, weil ich glaube, daß die Mitarbeit des Botschafters Bullitt in so schwierigen und komplizierten Zeiten uns doch vielleicht gewisse Dienste erweisen kann. Es ist auf jeden Fall völlig sicher, daß er unseren Standpunkt restlos teilt und zu einer so weit wie möglichen loyalen freundschaftlichen Zusammenarbeit bereit ist.

Um übrigens die Aktion des amerikanischen Botschafters in London noch zu verstärken, machte ich Botschafter Bullitt darauf aufmerksam, es sei nicht ausgeschlossen, daß die Engländer den Schritt der Vereinigten Staaten von Nordamerika zwar mit gut verborgener, aber dennoch mit Geringschätzung behandeln.

Er antwortete mir, ich habe wahrscheinlich recht. Dennoch aber seien die Vereinigten Staaten im Besitz von Mitteln, mit denen sie einen wirklichen Zwang auf England ausüben könnten. An die Mobilisierung dieser Mittel werde er ernstlich denken.

Der Botschafter der Republik Polen.

(Anmerkung des Übersetzers: Die persönliche Unterschrift des Botschafters fehlt, da es sich um einen Durchschlag des Originalberichts handelt. Der Durchschlag trägt auf der ersten Seite die Paraphe des polnischen Vizeministers Grafen Szembeck.)

12. Bericht des Polnischen Botschafters in London, Grafen Edward Raczinski, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 29. März 1939

Botschaft
der Republik Polen
ER/MR-No. 1 WB/tj/146

London, den 29. 3. 1939

Geheim!

An den

Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Warschau.

Politischer Bericht No. 7/1

Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Krise. Das Verhältnis zu Polen. Unterredung mit Botschafter Kennedy.

Der gewaltsame Verlauf der letzten Phase der tschechischen Krise hat die hiesige öffentliche Meinung tief erschüttert und auch eine Entwicklung in der Haltung der hiesigen Regierung veranlaßt. Für die entschiedenen Gegner Hitler-Deutschlands waren die letzten Ereignisse nur eine Bestätigung von Vorausgesehenem und ein Beweis mehr, daß ein energisches Vorgehen notwendig sei. Größere Bedeutung jedoch gewannen die tschechischen Ereignisse durch den Eindruck, den sie auf das hiesige „Versöhnungslager" machten.

Dessen Anhänger vermieden in der Regel eine aufrichtigere Bekanntgabe ihrer Voraussichten und Hoffnungen. Sie be-

schränkten sich im allgemeinen darauf, zu erklären, daß Großbritannien sich auf die Verteidigung Westeuropas sowie natürlich des britischen Imperiums und der imperialen Verbindungslinien beschränken müsse. Mittel- und Osteuropa dagegen würden als deutsches Expansionsgebiet dienen, aus dem sich England, ohne großen Schaden zu erleiden, zurückziehen könnte.

Nicht laut ausgesprochene Argumente, aber doch vielleicht die wichtigsten dieses Lagers, könnte man in der Erwartung sehen, daß es Deutschland sehr schwer fallen werde, mit den ihm abgetretenen Gebieten fertig zu werden, und daß dank dieser Schwierigkeiten und dank des Gegensatzes zu Rußland es an Ausdehnungsfähigkeit und Dynamik verlieren werde. Man sah voraus, daß es zu einem Krieg zwischen Rußland und Deutschland kommen werde, der beide schwächen werde, nicht ohne mittelbaren Vorteil für die Westmächte.

Der schnelle Lauf der Ereignisse, der Deutschland wertvolle, unblutige Beute verschaffte, zeigte die schwachen Seiten dieser Schlußfolgerung. Er wies auf die Tatsache hin, daß es im Grunde genommen eine Ausrede war, die den verantwortlichen Staatsmännern der Westmächte erlaubte, auf der Linie des geringsten Widerstandes zu gehen. Es tauchte eine ernste Besorgnis angesichts der Tatsache auf, daß Deutschland statt eines Kräfteverlustes infolge seiner Ostaktion eine zusätzliche Stärkung erfuhr.

Aus diesem Bewußtsein ergab sich ein neuer Ton gegenüber Deutschland; er fand seinen Ausdruck in der politischen Presse Englands, übrigens im Einklang mit den Wünschen der Regierungsstellen. Nachrichten zufolge, die hier in diplomatischen und politischen Kreisen ausgetauscht werden, ist die Umgestaltung im Lager der „Versöhnung" allerdings nicht vollkommen. In diesem befindet sich nach allgemeiner Meinung Sir John Simon, den man für den Verfasser des Projektes einer gemeinsamen Erklärung Großbritanniens, Frankreichs, Polens und der Sowjetunion hält. Auch der Premier scheint trotz des entschiedenen Tones seiner letzten Reden nicht mehr frei von Zweifeln an einen Gewinn der mit München begonnenen Partie zu sein.

Dieses Schwanken scheint sich vor allem auf das Verhältnis Englands zu Polen zu beziehen. In der defaitistischen bzw. versöhnlichen Theorie, die oben angeführt wurde, war für uns anscheinend kein klar umgrenzter Platz. Jetzt angesichts der schnellen deutschen Erfolge, die nur durch Druck erreicht wurden, beginnt man hier zu fürchten, daß auch Polen mit einem Kompromiß mit Deutschland enden werde, das dann diesem eine schnelle Sprengung Rußlands ermöglichen würde. Man beunruhigte

sich mit dem Gedanken, daß bei einer solchen Entwicklung die Reihe auch an den Westen käme, und dann der deutsche Druck nicht zurückzuweisen wäre. Diese Schlußfolgerung spricht dafür, daß die englisch-polnischen Beziehungen Aussichten haben, inniger zu werden. Außerdem hat sich noch ein ernster Grund dafür geltend gemacht, das Vorgehen Englands mit uns in Verbindung zu setzen: das war das sich herausbildende Bewußtsein, daß Polen, abgesehen von den Sowjets, doch wohl der einzige Faktor in Osteuropa ist, der volle politische Unabhängigkeit, äußere und innere Beziehungen, die selbständige Entschlüsse erlauben, aufzuweisen hat. Die Schule der „versöhnlich Gesinnten" strebt bekanntlich nach einer Beschränkung der englischen Einflußnahme auf das östliche Mittelmeer und auf die Verteidigung der Dardanellen, die den Zugang zum Schwarzen Meer sichern. Indessen stellt es sich doch heraus, daß auf der Balkanhalbinsel, also auf dem Vorfelde der Türkei, eine von Drohungen nicht freie Lage besteht, und daß die politische Mobilisierung der Staaten der Balkanentente den Wünschen Englands gemäß und unter seiner Leitung auf große Schwierigkeiten stößt. Aus allen oben angeführten Möglichkeiten und anderen, die ich der Kürze halber übergehe, wählte die englische Regierung den Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung Englands, Frankreichs und Polens und der Sowjets, um sich an uns zu wenden. Da aber innerhalb der Regierung regelmäßig bis in die letzten Tage Divergenzen und Zweifel hinsichtlich der Zweckmäßigkeit dieser aktiven Methode herrschten, hat man die nicht sehr lebendige, aber dafür weniger bindende Form einer Erklärung allgemeiner Natur gewählt und hat sie in einem Stil abgefaßt, der viele Deutungen zuläßt. Einen Beweis dafür, daß die daraus sich ergebende innere Schwäche hier gut verstanden wird, kann man in dem Umstand sehen, daß die der Unterzeichnung eines solchen Dokumentes abgeneigte Haltung Polens hier keine große Verwunderung hervorrief, und um so weniger besteht ein Anspruch darauf, die polnische Politik zu leiten.

Noch ein Umstand verlangt beleuchtet zu werden, soweit mir das in diesem Augenblick möglich ist. Das ist der Stand der englisch-russischen Beziehungen. Wie ich schon Gelegenheit hatte, Ihnen, Herr Minister, aus Anlaß der Abreise von Herrn Hudson nach Warschau und Moskau zu berichten (Nr. 57/tj/122 vom 10. d. Mts.) hoffte man englischerseits schon damals sehr auf eine politische Zusammenarbeit mit den Sowjets. Sowjetischerseits dagegen trug man einen Mangel an lebhafterem Interesse zur Schau. Seinerzeit erklärten sich die Sowjets damit einverstanden, die gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen. Sie taten das unter bisher nicht ganz geklärten Bedingungen. Sie machten

anscheinend ihre Unterzeichnung von der Teilnahme Polens abhängig*).

Es ist nicht bekannt, ob die englische Regierung sich an Moskau wandte wegen einer Unterzeichnung zu dritt mit Frankreich und ob man dort dazu nicht bereit war. Jedenfalls mehren sich in den letzten Tagen die Spuren, die darauf hinweisen, daß das Verhältnis weniger herzlich ist als vor sehr kurzer Zeit im Zusammenhang mit der englischen Initiative. Auf diesen Punkt werde ich noch bei meiner Unterredung mit Botschafter Kennedy zurückkommen. Hier möchte ich nur hinzufügen, daß Botschafter Majskij, dem ich oft auf den Empfängen zu Ehren des Präsidenten Lebrun begegnete, kaum verhehlte, daß er äußerst zufrieden mit dem letzten Verlauf der Ereignisse sei, gleichzeitig zeigte er sehr viel Selbstsicherheit. Das Element des Schwankens in der hiesigen Regierung wurde nach außen hin bei der Rekrutierungsangelegenheit deutlich, die schon seit einigen Monaten der Gegenstand hitziger Kontroversen ist. Angesichts der ziemlich großen Verstärkung der Kader der regulären und der Territorialarmee erklären die hiesigen Sachverständigen die Abneigung der Regierung, das Gesetz über die Rekrutierung einzubringen, mit technischen Rücksichten. Sie behaupten, diese Maßnahme würde für die nächste Zukunft nur symbolisch-demonstrative Bedeutung haben, aber nicht den Aufbau der Armee im Frieden erleichtern, sondern eher erschweren.

Abgesehen von dem Wert dieser Erklärungen scheint das Schwanken von Herrn Chamberlain vor allem aus seiner Abneigung hervorzugehen, die der Rekrutierung widerstrebenden Gewerkschaften gegen sich aufzubringen und dadurch Meinungsverschiedenheiten im Parlament, das jetzt fast einmütig ist, hervorzurufen. Statt das Rekrutierungsgesetz einzubringen, hat der Premier einstweilen im Unterhaus eine Verdoppelung der sogenannten Territorialarmee bis zu der Zahl von 340000 Mann angekündigt.

Meine Unterredung mit Botschafter Kennedy.

Diese Beurteilung der hiesigen Lage bildete den Hauptinhalt der Unterredung, die ich gemäß Ihrem Auftrage, Herr Minister, dem Herrn Direktor Lubienski übermittelte, am 28. d. Mts. mit dem amerikanischen Botschafter, Herrn Kennedy, hatte. Ich fragte

*) Im Foreign Office hat man mich so unterrichtet, sie Sowjets dagegen leugnen das ab. Es findet hier anscheinend eine kasuistische Deutung statt: die Einladung wurde an die vier Staaten gerichtet, und die Sowjets nehmen, wie sie behaupten, sie ohne irgendwelche Bedingungen an. Sie nehmen sie allerdings nur in dieser Form und mit der Teilnahme, die der englische Vorschlag vorsieht, an.

Herrn Kennedy geradezu nach dem Gespräch, das er kürzlich mit Herrn Chamberlain über Polen geführt haben soll. Herr Kennedy war überrascht und erklärte kategorisch, daß ein derartiges Gespräch von besonderer Bedeutung nicht stattgefunden habe. Gleichzeitig und indem er diese Versicherung gewissermaßen in Abrede stellte, brachte Herr Kennedy seine Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck, daß seine Kollegen in Paris und Warschau, „die nicht so wie er imstande seien, sich ein genaues Bild von der Lage in England zu machen", so dreist darüber redeten.

Da ich sah, daß ich auf diesem Wege nicht viel erreichen würde, brachte ich das Gespräch auf die jetzige Lage und regte den Botschafter dazu an, die Bereitschaft Englands zu einem bewaffneten Auftreten zu beurteilen. Über diesen Teil des Gesprächs habe ich Ihnen, Herr Minister, schon telegraphisch berichtet. Herr Kennedy, der zu verstehen gab, daß seine Ansicht sich auf eine Reihe von Gesprächen mit hiesigen maßgebendsten Stellen stützte, erklärte, überzeugt zu sein, daß, sollte Polen sich zum bewaffneten Widerstand gegen Deutschland entschließen, insbesondere auch hinsichtlich Danzigs, es dann England nach sich ziehen werde. Das werde, wie Herr Kennedy mit Nachdruck unterstrich, nicht das Ergebnis größerer Herzlichkeit sein, als sie England bisher für uns übrig hatte, das werde auch kein willig oder mit Zufriedenheit gefaßter Entschluß sein, sondern sich nur aus einer politischen Notwendigkeit ergeben. Sollte dagegen Polen selbst unentschlossen sein, dann würden, wie der Botschafter meint, die versöhnlichen Elemente in der Regierung das benutzen, um Großbritannien zu einem Verzicht auf eine Festlegung bei uns zu veranlassen. Herr Kennedy ist der Ansicht, daß in der hiesigen Regierung auch weiterhin noch Zweifel daran bestehen, daß Polen tatsächlich unwiderruflich entschlossen ist, sich hinsichtlich Danzigs zu widersetzen. Bei den hiesigen blitzschnell sich verändernden Bedingungen müßten Versicherungen dieser Art notwendigerweise oft wiederholt werden.

Ich schnitt darauf die russische Frage an. Herr Kennedy war ziemlich zurückhaltend und wollte sich offenbar auf keine Erörterung über das englische Vorgehen gegenüber Moskau einlassen (und auch nicht auf die Schwierigkeiten, auf die dieses Vorgehen stoßen könnte?). Er beschränkte sich auf die charakteristische Äußerung, die englische Regierung lege ihrem Zusammengehen mit Polen größere Bedeutung bei als dem mit Rußland*). Dieses Zu-

*) Diesen Gesichtspunkt fand ich zum erstenmal in der heutigen Presse, in einigen Artikeln, die den Bereich und die Ziele der englischen diplomatischen Offensive besprechen.

sammengehen sei für die englische Regierung jedenfalls ein wesentlicher Ausgangspunkt für ein etwaiges weiteres Vorgehen.

Soviel hörte ich von Herrn Kennedy selbst. Dagegen laufen unter den hiesigen Journalisten Gerüchte um, nach denen der Botschafter tatsächlich in den letzten Tagen mit dem Premier über Osteuropa gesprochen habe. Bei dieser Gelegenheit soll er, wie behauptet wird, betont haben, daß die Sympathien Amerikas für England im Falle eines Konfliktes in hohem Maße von der Entschiedenheit abhängen werden, mit der sich England der europäischen Staaten annehmen werde, die von Deutschland bedroht sind.

Edward Raczyński
Botschafter der Republik Polen

13. Bericht des Polnischen Gesandten in Stockholm, G. Potworowski, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 15. April 1939

Gesandtschaft
der Republik Polen
in Stockholm
Nr. 19/S/5.

Stockholm, den 15. April 1939

Vertraulich!

An den Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten
in Warschau

Unter Bezugnahme auf den Bericht vom 8. April d. Js. Nr. 19/S/4 teilt die Gesandtschaft mit, daß weitere Nachrichten über den Aufenthalt des Ministers Hudson in Stockholm besagen, daß er hier keine größeren Erfolge erzielt hat.

Minister Hudson hat anscheinend allzu wenig Geschicklichkeit in den hier geführten Gesprächen bewiesen und sogar die hiesigen Wirtschaftskreise gegen sich verstimmt.

Wie mir ein hervorragender Vertreter der hiesigen Finanzwelt mitgeteilt hat, sondierte Hudson ebenfalls den Boden in bezug auf das Verhalten der Schweden im Kriegsfalle, wobei er suggerierte, es sei notwendig, alle Rohstofflieferungen an Deutschland einzustellen.

Die Schweden gaben ihm daraufhin zu verstehen, daß sie Neutralität zu bewahren wünschten und daß, wenn im Kriegsfalle die Ostsee von Deutschland beherrscht werden würde, sie sich dem nicht entziehen könnten, ihm Erze zu liefern. Die Lage wäre natürlich anders, wenn die Engländer die Ostsee beherrschten.

Auf einer Pressekonferenz hat Hudson angeblich mit Nachdruck betont, daß es notwendig sei, die englische Einfuhr nach Schweden zu erweitern, wobei er zu verstehen gab, daß, wenn die Arbeiten der vorgesehenen Abordnung der Wirtschaftskreise ohne Ergebnisse blieben, England eine Revidierung des Handelsvertrages in Erwägung ziehen müßte. Diese Aussicht schrecke jedoch die Schweden nicht, erklärte mir mein Gesprächspartner. Dieser Vertrag sei seines Erachtens nicht so sehr vorteilhaft. Er enthalte vor allem für die Schweden beschwerliche Klauseln in bezug auf Kohle, die sie woanders billiger kaufen könnten; die Schweden machten sich keine Sorgen um den Absatz der Waren, die jetzt den Engländern verkauft werden. Diese könnten allerdings z. B. die Zollsätze auf Stahl oder Zellulose erhöhen, aber diese Erzeugnisse seien in der Ausfuhr nach England ein verhältnismäßig kleiner Posten; übrigens seien die Schweden überzeugt, daß die Waren, die England nicht nehmen würde, zumal landwirtschaftliche Erzeugnisse, sich ohne Schwierigkeiten in Deutschland unterbringen ließen, mit dem sie überhaupt sehr gut und ordentlich Handel treiben könnten. Zu der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach England müßten sie sowieso zuzahlen, während sie in Deutschland dafür höhere Preise erhalten könnten.

Die kritische Einstellung der hiesigen Wirtschaftswelt zu dem Auftreten Hudsons bestätigt auch ein Aufsatz des bekannten Wirtschaftsfachmannes G. Cassel in „Svenska Dagbladet“ vom 8. April. Dieser Artikel verdient ebenso auch deshalb Aufmerksamkeit, weil er, was die polnisch-schwedischen Handelsbeziehungen angeht, gegen Schweden gerichtet ist.

Cassel erklärt nämlich, daß die Tatsache der Passivität der schwedisch-englischen Handelsbilanz für England nicht auf eine allzu einfache Weise interpretiert werden kann. Die Struktur des internationalen Handels bewirkt nämlich, daß der Überschuß an Pfunden (Sterling), die Schweden in England erhalten hat, zum Ankauf von Waren in anderen Ländern verwandt wird, die für die gleichen Pfunde wiederum englische Waren kaufen.

Die Schweden würden gern in London über eine Vergrößerung der schwedischen Einkäufe in England beraten. Aber der Erfolg dieser Aktion werde auch vom guten Willen der englischen Exporteure abhängen. Andererseits kaufen die englischen Importeure

die für sie nötigen Waren in Schweden nicht etwa aus Liebe zu den Schweden, sondern deshalb, weil sie gut und billig sind.

Im Zusammenhang hiermit beendigt Professor Cassel den Artikel wie folgt:

„Aus den Forderungen, die von England gestellt werden, kann Schweden jedoch manches lernen. Unsere dauernden Bemühungen, andere Länder geneigt zu machen, schwedische Waren zu kaufen, die wir ihnen lediglich mit Hilfe von Subventionen verkaufen können, stellen selbstverständlich eine gefährliche Abweichung von einer gesunden Wirtschaft dar. Dieser subventionierte Export belastet ständig unsere Verhandlungen über Handelsverträge und bildet für das Land, das diesen Export annimmt, den Ausgangspunkt zu ständig wachsenden Forderungen nach Vergrößerung seines Exportes nach Schweden. Diese schädliche Seite unserer Subventionspolitik wird häufig bei uns vergessen. Sie wurde durch die letzte Probe Englands aktualisiert, welches sich bemühte, seine Kraft als großer Importeur zur Erwerbung eines größeren Marktes in Schweden auszunutzen."

„Göteborgs Handels- och Sjöfarts-Tidning" vom 12. April kommentiert diesen Artikel Cassels und teilt seine Ausführungen. Die Schrift hält den Engländern besonders vor, daß der größte Teil ihres Imports aus Schweden aus für ihre Industrie wichtigen Rohstoffen und Halbfabrikaten besteht, wie Holz und Papiermengen, und daß sie diese Dinge bedürfnishalber und nicht aus Höflichkeit kaufen, was jedoch den subventionierten Export von Molkereiprodukten, besonders von Butter angeht, die die Engländer dank der Subventionen zu einem Preise erhalten, der 60 Proz. niedriger ist wie der, den die schwedischen Konsumenten zahlen, so gäbe es nichts Leichteres, wenn den Engländern dieses Geschenk Kopfschmerzen mache, als die Passivität der Handelsbilanz Englands um den Import aus Schweden zu verringern.

Die Zeitung, die von Anfang an diese Subventionen als eine für die schwedische Wirtschaft schädliche und belastende Form der Unterstützung der Landwirtschaft und Molkereiproduktion bekämpft hat, ist der Ansicht, daß es der schwedischen Landwirtschaft dienlich sein könnte, wenn die Subventionen für den Export von Butter beseitigt und die Preise für die Inlands-Konsumptionen erniedrigt würden und wenn die Produktion auf andere Bahnen gelenkt werden könnte.

Gesandter der Republik Polen
G. Potworowski

14. Bericht des Polnischen Botschafters in London, Grafen Edward Raczyński, an den Polnischen Außenminister in Warschau vom 26. April 1939

Botschaft
der Republik Polen
in London

London, 26. April 1939.

AB/ME-No. 1/SE,Sow/191

Geheim!

An den Herrn Minister für Auswärtige Angelegenheiten
in Warschau

Politischer Bericht Nr. 10/3

Englisch-sowjetische Beziehungen

Die Ereignisse der letzten Wochen haben ein Interesse für die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion auf die Tagesordnung gesetzt. Daher scheint es zweckmäßig, ihre Entwicklung in den vergangenen Monaten zu schildern und Äußerungen der Leiter der britischen Politik darüber, die gewöhnlich unter dem Druck aggressiver Fragen der Opposition gemacht wurden, zusammenzustellen.

In den letzten Jahren wünschte die britische Regierung, obwohl sie keine Sympathie für das Sowjetregime hegte, korrekte Beziehungen zur Sowjetregierung zu unterhalten, wobei sie jedoch jede engere Verbindung mied. Als 1938 Minister Eden Moskau besuchte, stellte das damals herausgegebene Communiqué fest, daß „in keiner grundsätzlichen Frage der internationalen Politik ein Widerspruch zwischen den Interessen der britischen und denen der Sowjetregierung besteht."

Als Herr Chamberlain an die Macht kam, der zum Unterschied von seinem Vorgänger seinen eigenen Standpunkt zur Außenpolitik hatte und nach einer Verständigung der vier Westmächte strebte, wurde nicht nur eine stärkere Bindung an die Sowjets unmöglich, sondern man sah auch unwillig auf die allzu weitgehende prosowjetische Politik der französischen Regierung. Diese grundsätzliche Haltung wurde selbst in den Tagen der tschechoslowakischen Septemberkrise nicht geändert. Wochenlang unterhielt die englische Regierung keine Verbindung mit dem Sowjetbotschafter, ja dieser war sogar im September meist abwesend von London. Um so größere Verwunderung erregte daher dann die bis heute noch nicht ganz geklärte Angelegenheit des Communiqués

des Foreign Office vom 26. September abends, in dem es hieß, daß, wenn Frankreich wegen seiner Verpflichtungen in Mitteleuropa in einen Krieg verwickelt würde, es an seiner Seite Großbritannien und Rußland fände. Nach diesem unverhofften „Hervorspringen", das eher aus einer Stimmung des Augenblicks als aus einem überlegten und vereinbarten Plan hervorging, wurden die Beziehungen kühler — die sowjetische Kritik an der „Münchener" Politik und die Erwartung der Engländer, der deutsche Ausdehnungsdrang werde sich nach Osten richten. Die britische Presse widmete damals dem „ukrainischen Problem" viel Raum und ließ durchblicken, daß dieses Gebiet nicht in der Sphäre der britischen Lebensinteressen liege. Sogar die Äußerungen von Regierungsvertretern hielten sich auf dieser Linie.

Eine neue Etappe entstand in dem Augenblick, als nach einer gewissen Stagnation und Desorientierung in der Zeit nach der Krise und nachdem man zu der Überzeugung gelangt war, die Politik der „Entspannung" mit Deutschland habe keine Aussicht auf schnelle Verwirklichung — wie es scheinen konnte, als Herr Chamberlain von seinem letzten Besuch beim Reichskanzler zurückkehrte und verkünden konnte, er habe „peace in our time" erlangt —, die britische Regierung größere Initiative zu zeigen begann und sich einen günstigeren Boden für mögliche Verhandlungen mit Deutschland vorbereitete, worauf man fast bis zum Augenblick des Ausbruchs der Märzkrise rechnete. Die Gesten gegenüber Rußland haben damals eher den Charakter einer Kundgebung als wirklicher politischer Schachzüge (z. B. der demonstrative Besuch des Premiers Chamberlain in der Sowjetbotschaft), dennoch soll die Einbeziehung Moskaus in die Route des Ministers Hudson der Ausdruck eines nicht nur wirtschaftlichen Interesses an Rußland sein. Allerdings ändert sich die grundsätzliche Einstellung nicht sehr: korrekte, wenn auch keineswegs herzliche Beziehungen und der Wille, sie auf derselben Temperatur zu halten. Die Opposition zwar, die die Schaffung einer „antiagressiven" Front der „demokratischen" Staaten verlangt, wünscht eine größere Annäherung an Rußland; derartige Tendenzen sind sogar bei einigen Mitgliedern der Konservativen Partei vorhanden, die einen Entscheidungskampf mit Deutschland wünschen (Churchill, Duff Cooper). Jedoch unterstützt die Mehrheit der Partei diese Anschauungen nicht.

Die tschechische Märzkrise schafft eine neue Lage. Die sowjetischen Vorschläge, eine Konferenz der interessierten oder von der weiteren deutschen Aggression „bedrohten" Staaten einzuberufen, können sich nicht behaupten. Ebenfalls fällt aus den bekannten Gründen der englische Vorschlag einer gemeinsamen Erklärung

der Vier-Mächte weg. In diesem Zeitabschnitt nehmen die beiden Regierungen verhältnismäßig häufig Fühlung miteinander, wenn jedoch die britische Regierung ihre Versuche einer Beeinflussung aufgibt und sich entschließt, Polen die Garantie zu geben, dann wird diese Verbindung abgebrochen und damit große Unzufriedenheit der Sowjets hervorgerufen. Der hiesige Botschafter gibt allen zu verstehen, daß er „en écart" gehalten werde, und beklagt sich vor den Vertretern der Opposition über diese Behandlung.*) Zwei Stunden vor der Abgabe der bekannten Erklärung des Premiers vom 31. März wurde Botschafter Majskij über ihren Inhalt unterrichtet.

Die Erklärung, die von der Oppositon bejahend aufgenommen wurde, regte allerdings sofort zu der Frage nach der Rolle an, die man den Sowjets zuzuerkennen beabsichtige.

Der Ministerpräsident antwortete darauf:

„Die Regierung halte mit verschiedenen anderen Mächten Konsultationen ab, u. a. natürlich auch mit der Sowjetregierung. Lord Halifax habe heute früh den sowjetischen Botschafter empfangen und mit ihm eine eingehende Diskussion über dieses Thema gehabt. Es gäbe keinen Zweifel darüber, daß die Prinzipien, auf Grund derer man gegenwärtig handle, von dieser Regierung vollkommen verstanden und gewürdigt würden."

Auf die Frage der Opposition, ob der Premier die Versicherung geben könne, daß es zwischen Groß-Britannien und der Sowjetunion keine ideologischen Hindernisse gebe, antwortete Herr Chamberlain: „Yes, I have no hesitation in giving that assurance." In der Debatte am 3. April wird die russische Frage erneut von der Opposition angeschnitten.

Der Premier wird dadurch veranlaßt, während seiner Rede folgende Erklärung abzugeben:

„Ich habe nicht die Absicht, heute diejenigen Regierungen zu nennen, mit denen wir gegenwärtig oder in nächster Zukunft über die Situation beraten wollen. Ich muß jedoch die Sowjetunion erwähnen, da ich mir darüber klar bin, daß die U. d. S. S. R. immer in den Gedanken der Oppositionsmitglieder vorhanden ist und daß diese noch argwöhnen, sog. ideologische Verschiedenheiten könnten uns in dem trennen, was sonst im Interesse beider Länder wäre. Ich werde mich nicht bemühen, auch nur einen Augenblick zu behaupten, derartige ideologische Unterschiede bestünden nicht; sie verbleiben unverändert. Aber, unser Standpunkt ist, wie ich

*) Der sozialistische Abgeordnete Dalton behauptete in einer Unterhausrede vom 1. April, daß zwischen dem 19. und 31. März keine Verbindung zwischen dem Sowjetbotschafter und dem britischen Außenminister bestanden habe. (Es folgt ein Zitat.)

das schon in meiner Antwort auf eine Frage am vergangenen Freitag gesagt habe, der, daß ideologische Verschiedenheiten, ganz gleich welcher Art, keinen Einfluß auf solche Angelegenheiten haben können. Das, was uns gegenwärtig angeht, ist die Erhaltung unserer Unabhängigkeit. Wenn ich aber von unserer Unabhängigkeit spreche, so meine ich nicht nur die Unabhängigkeit unseres Landes, sondern auch die anderer Staaten, welche von einer Aggression bedroht werden könnten. Aus diesem Grunde begrüßen wir auch ohne Rücksicht auf die inneren Regierungsformen die Mitarbeit eines jeden Staates, nicht, weil wir eine Aggression bezwecken, sondern weil wir uns ihr entgegenstellen wollen."

Seinerseits bestätigt Lord Halifax am gleichen Tage im Oberhaus folgendes:

„Die Konsultationen werden weiterhin geführt, und ich bin nicht imstande, mich gegenwärtig über sie endgültig auszusprechen. Ich kann jedoch sofort sagen, daß die Regierung S. M. sich vollkommen über die Bedeutung des Standpunktes der Sowjetregierung klar ist und auf gute Beziehungen zu dieser Regierung Wert legt. Ich kann jedoch nicht die Tatsache vergessen, daß die Beziehungen gewisser Staaten zu Rußland durch spezielle Bedingungen kompliziert sind, obwohl ich das Haus versichern darf, daß, was die Regierung S. M. angeht, diese Schwierigkeiten nicht bestehen."

Die Ereignisse in Albanien rufen die Notwendigkeit hervor, das Parlament während der Ferienzeit auf einen Tag, und zwar am 13. April, einzuberufen. Der Premier eröffnet die Debatte, in der er nach Darlegung der internationalen Lage von dem Beschluß Mitteilung macht, Rumänien und Griechenland eine Garantie zu erteilen. Er erwähnt die russische Stellungnahme jedoch nicht. Erst gegen Ende der Rede, als von seiten der Opposition Rufe laut wurden: „What about Russia?" gibt er seiner Hoffnung Ausdruck,

„daß die Tatsache, daß er Rußland nicht erwähnt habe, von der Opposition nicht etwa als Beweis dafür aufgefaßt werde, Groß-Britannien unterhielte keine engen Beziehungen zu den Vertretern dieses Landes. Man habe eine sehr schwierige Aufgabe zu erfüllen. Man müsse nicht nur das berücksichtigen, was man selbst wünsche, sondern auch das, was die anderen Partner tun wollen. (We have to consider not only what we wish, but what other people also are willing to do.)" Diese Worte können sowohl auf die polnischen und rumänischen Vorbehalte wie auf den Standpunkt Rußlands Bezug haben.

Erst als Sir John Simon auf die zahlreichen, ihm während der Debatte gestellten Fragen antwortete, besprach er ausführlicher die Verhältnisse zu Rußland:

„Ich komme jetzt auf Rußland zu sprechen. Ich möchte im Namen der Regierung in dieser Frage eine möglichst klare Aufklärung geben. Ich muß mit der Feststellung beginnen, daß auf unserer Seite nicht im geringsten der Wunsch besteht, Rußland auszuschließen oder sich der russischen Hilfe für den Frieden zu entäußern. Schon gleich vom Beginn unserer neuen Politik an strebten wir nach einer raschen Gewinnung der russischen Mitarbeit. Gleich nach der Einnahme der Tschecho-Slowakei durch Deutschland wandten wir uns an die russische Regierung mit der Bitte, sich der Viermächteerklärung anzuschließen. Die russische Regierung antwortete sogleich, daß sie sich damit einverstanden erkläre, an der Viermächteerklärung teilzunehmen, wenn nur Frankreich und Polen diesen Vorschlag annehmen würden. Wir kommen jetzt zu einem delikaten Punkt, denn, wie dem Hause bekannt ist, ließ sich dieses Projekt leider nicht verwirklichen, und wir waren gezwungen, eine andere Methode einzuschlagen, obwohl wir noch denselben Zweck verfolgten. Dann trat Rußland mit dem Vorschlag einer Konferenz der Mächte hervor. Die Einwendungen der britischen Regierung ergaben sich nicht aus der Tatsache, daß der Vorschlag von russischer Seite ausging: Ihre Stellungnahme hierzu erfolgte vielmehr auf Grund einer Einstellung aus rein praktischen Motiven . . . Es ging darum, die rascheste und am meisten Erfolg versprechende Methode zur Erlangung eines Einverständnisses unter den interessierten Staaten zu finden. Bei der Einberufung solch einer Konferenz würden sich viele Schwierigkeiten ergeben, aber zweifellos würden wir uns bemühen, sie zu überwinden, wenn wir der Überzeugung wären, daß dies die beste Methode darstellt . . . Die letzten Ereignisse in Europa im März und April mußten notwendigerweise in einer Reihe von Ländern Unruhe hervorrufen, und zwar deswegen, weil sie ihre Unabhängigkeit für bedroht hielten und weil dieses sich ungewöhnlich rasch entwickeln könne. Es kann sich nämlich dabei nur um Tage oder Stunden handeln. Um sich dieser Gefahr zu widersetzen, nicht hinter dem Rücken Sowjetrußlands bzw. in der Absicht von dessen Hilfeleistung keinen Gebrauch zu machen, sondern weil wir Fragen gegenüberstanden, die keinen Aufschub erduldeten, und weil wir im vollen Einverständnis mit der französischen Regierung handelten, fühlten wir uns verpflichtet, alles dazu zu tun, um das Vertrauen wiederherzustellen, deshalb gaben wir die Versicherung ab, die dem Hause schon bekannt ist. Wir nahmen nämlich gegenüber den Staaten, deren Unabhängigkeit durch ihre jeweilige Gefährdung bedroht war oder bedroht sein konnte, besondere Verpflichtungen auf uns. Während dieser Verhandlungen blieben wir in engem Kontakt mit der russischen Regierung. Am 29. März teilten wir dem russischen Botschafter mit, daß es uns nicht zweckmäßig zu sein scheine, den Gedanken einer Erklärung der

vier Mächte weiter aufrechtzuerhalten und daß wir deshalb auf eine andere Linie des Vorgehens übergegangen seien. Der russische Botschafter wurde über die allgemeinen Umrisse dieser neuen Methode informiert, die wir uns überlegt hatten und die dazu führte, daß wir gemeinsam mit Frankreich Polen und Rumänien Garantien gaben. Der russische Botschafter erkannte an, daß dies eine revolutionäre Umänderung in der britischen Politik darstelle und daß es in hohem Maße zur Aufrechterhaltung des Vertrauens in anderen Ländern beitrage. Während der Unterredungen wurde ihm offen zu verstehen gegeben, daß wir keineswegs die Absicht hätten, eine Hilfeleistung der russischen Regierung auszuschließen, wenn diese nur bereit sei, sie in möglichst zweckentsprechender und effektiver Weise zu erteilen. Die sich damals ergebenden Umstände zwangen den Premierminister, eine Erklärung über Polen abzugeben. Bevor diese aber abgegeben wurde, wurde der russische Botschafter von ihrem Inhalt informiert. Der Botschafter sagte am 31. März dem Staatssekretär, daß die russische Politik neuerdings von Herrn Stalin als eine Politik der Hilfeleistung gegen die Aggression für diejenigen, welche für ihre eigene Unabhängigkeit kämpfen, umschrieben worden sei. Der Staatssekretär hat diese Definition so entgegengenommen, wie sie jeder von uns, welcher nach einem Maximum an Hilfe aller nur möglichen Seiten strebt, entgegengenommen haben würde. Das Haus kann sich aus diesen Worten überzeugen, daß die Grundsätze, derer die Regierung seiner Königlichen Majestät sich bei ihrer Erklärung in der polnischen Frage bediente, genau dieselben waren wie die Grundsätze der Erklärung von Herrn Stalin. Es scheint uns, daß diese Grundsätze von der russischen Regierung nicht falsch verstanden werden können, und ich möchte, daß das Haus versteht, daß, obwohl bei Problemen dieser Art schwieriger ist, als es zu sein scheint, mit einer größeren Anzahl von Staaten zu verhandeln, die Vorwürfe, daß wir es vermeiden wollten, Rußland in das System, daß wir gerade als System des Friedens im Gegensatz zur Aggression aufbauen wollen, einzubeziehen, ungerechtfertigt sind . . . Wenn wir die Gefahr, in der sich augenblicklich freie Staaten in der Welt befinden, berücksichtigen, wären wir dumm, wenn wir uns nicht klar darüber sein würden, wo die Quellen der Hilfe liegen und sie nicht benutzen würden."

Der Abgeordnete Dalton unterbrach hier Simon und fragte, ob die Regierung die Möglichkeit berücksichtige, gemeinsam mit Frankreich und Rußland eine defensive Militärallianz vorzuschlagen. Sir John antwortete nicht direkt auf diese Frage, sondern er erklärte, daß man britischerseits gegenüber einem solchen Vorschlag keine prinzipiellen Bedenken habe;

„Diese Fragen sind nicht so einfach, wie es wohl scheinen kann ... Es scheint mir nicht, daß wir trotz Rußlands großer Macht unsere ganzen Anstrengungen ausschließlich auf diesen Staat konzentrieren können. Wir müssen daran denken, daß auch noch andere Staaten existieren, für die eine Gefahr näher liegt als für Rußland. Obwohl ich aber nicht sagen kann, ob ein Vorschlag dieser Art gemacht worden ist, kann ich dem Hause versichern, daß die Regierung einem solchen Vorschlag gegenüber keine prinzipiellen Einwendungen zu machen hat.“

Inzwischen finden in London und Moskau weitere Verhandlungen statt über den Anteil und die Rolle Rußlands in dem entstehenden neuen Kräfteverhältnis in Europa. Zweifellos wünscht England, daß Rußland an diesem Kräfteverhältnis teilnehme, will jedoch keine formale oder engere Bindung. Aus den mir von dem ständigen Unterstaatssekretär im Foreign Office, Cadogan, gegebenen Erläuterungen geht hervor, daß England und Frankreich sich darauf beschränken wollen, von Rußland eine Erklärung, es werde im Kriegsfalle eine wohlwollende Haltung einnehmen, zu erlangen, um sich so Transit, Zugang zu den Rohstoffen usw. zu sichern. Das könnte z. B. auf dem Wege einer einseitigen Erklärung der Sowjetregierung erfolgen, die feststellen würde, daß im Falle eines deutschen Angriffs auf Polen oder Rumänien Rußland im voraus seine Haltung zu einem derartigen Konflikt feststellen würde. Die Gegenvorschläge der Sowjets aber, die zu einem politischen Vertrag der gegenseitigen Hilfeleistung zu gelangen wünschen — sei es in zweiseitiger englisch-russischer Form bei entsprechender Anpassung des französisch-russischen Vertrages, sei es in der Form eines Vertrages zwischen England, Frankreich und Rußland —, könnte, wie Cadogan erklärt, England nicht annehmen und auch Frankreich wolle das nicht. Cadogan berief sich dabei auf wesentliche Rücksichten, wie auf die Reaktion, die das in anderen Ländern hervorrufe, wobei er unter diesen Polen, Rumänien, Jugoslawien und Spanien aufzählte. Gleichzeitig jedoch betonte Cadogan die Schwierigkeiten, die die britische Regierung habe; sie wolle eine abschlägige Antwort nicht in einer Weise geben, die verärgern könnte.

Dieser Standpunkt wurde auch Minister Gafencu mitgeteilt. In seinen hiesigen Unterredungen vergewisserte er sich, daß die britische Regierung eine engere Annäherung an die Sowjets meide. Der rumänische Außenminister brachte mir gegenüber die Ansicht zum Ausdruck, daß die jetzigen englisch-sowjetischen Unterredungen ohne konkretes Ergebnis bleiben könnten.

Daher bemüht sich die britische Politik, die allzu deutliche antideutsche Akzente noch meidet, einer allzu unmittelbaren

Bindung an die Sowjets auszuweichen. Jedoch kann die weitere Entwicklung der internationalen Lage in eine Richtung gehen, die die Einhaltung dieser Linie unmöglich macht.

Daher treffen die inzwischen laufenden Verhandlungen auf viele Hindernisse. Eine zusätzliche Schwierigkeit ist die Haltung der Opposition und eines gewissen Teiles der Konservativen Partei mit Churchill an der Spitze, die sich deutlich auf einen Krieg vorbereiten und in den Sowjets einen Staat mit großen Reserven und potentiellen militärischen Kräften sehen. Die Schwierigkeiten mit der Opposition können noch mehr mit den Angriffen wachsen, die der Entschluß über die Militärdienstpflicht hervorrief. Denn die Regierung wird in Betracht ziehen und sich möglicherweise Argumenten entgegenstellen müssen, daß eine „Allianz" oder eine andere Form der Verbindung mit Rußland eine so drastische Beschlußfassung hätte verhindern können.

Edward Raczyński,
Botschafter der Republik Polen.

Anmerkung des Übersetzers: Die persönliche Unterschrift des Botschafters fehlt, da es sich um einen Durchschlag des Originalberichts handelt. Der Durchschlag trägt auf der ersten Seite die Paraphe des polnischen Ministerialrates Gwiaxdowski.

15. Aufzeichnung des Polnischen Handelsrats Jan Wszelaki über eine Unterredung mit dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in London, Joseph Kennedy, vom 16. Juni 1939

Geheim!

Unterredung mit dem amerikanischen Botschafter in London, Herrn Kennedy, 16. Juni 1939

Botschafter Kennedy, den Botschafter Biddle von meiner Ankunft in London benachrichtigt hatte, bat mich um einen Besuch. Der Besuch dauerte drei Viertelstunden.

Von diesem verdient das folgende vermerkt zu werden:

1. Bei Beginn fragte mich der Botschafter, wie man in Polen die Wirtschaftslage Deutschlands beurteile; wobei er selbst betonte, daß seines Erachtens Deutschland noch längere

Zeit hindurch die Welt mit Rüstungsausgaben ruinieren könne und daß es eigentlich keine andere Alternative habe als den Krieg. Seiner Meinung nach wäre eine Abkehr Deutschlands von seiner Politik, auch von der Finanz- und Wirtschaftspolitik, dasselbe wie ein verlorener Krieg Deutschlands. Der Krieg dagegen gebe diesem zumindest eine gewisse Aussicht, seine Forderungen mit Gewalt durchzusetzen und angesichts dessen werde es, in die Enge getrieben, vor ihm nicht zurückschrecken. Mit einer gewissen Geringschätzung äußerte er sich über die Optimisten, die meinten, Deutschland könne leicht oder schnell bezwungen werden, oder die mit einem schnellen Umsturz in Deutschland rechneten.

2. Der Botschafter führte mit Nachdruck aus, daß der Westen einem Bankrott entgegengehe, wenn der heutige Stand der Rüstungen noch lange dauern werde. Selbst wenn es in diesem Jahre nicht zu einem Krieg käme, würden weder Großbritannien noch die Vereinigten Staaten ihr Rüstungsprogramm unterbrechen oder beschränken. Infolgedessen habe Großbritannien schon im stillen Devisenbeschränkungen eingeführt, es sei schon nicht mehr möglich, englisches Kapital im Ausland ohne Genehmigung der Regierung anzulegen oder in andere Länder zu transferieren. Jeder Tag bringe neue derartige Schwierigkeiten und Beschränkungen.

3. Im weiteren Verlauf der Unterredung fragte mich der Botschafter über die Lage in Polen und über unsere Bedürfnisse aus. Das gab mir Gelegenheit, längere Ausführungen darüber zu machen. Der Botschafter sagte, daß wir das einzige Volk in Osteuropa seien, auf dessen Rüstungen nicht nur, sondern auch auf dessen militärischen Wert man mit ganzer Gewißheit rechnen könne. Er führte an, es habe sich seines Erachtens in Spanien erwiesen, daß die polnischen Freiwilligen auf der republikanischen Seite bessere Soldaten waren als alle anderen zu beiden Seiten der Front. Er fragte, was wir von den Engländern an Material und auf finanziellem Gebiet wollten. Darauf antwortete ich mit einer allgemeinen Skizze, wobei ich bis zu einem gewissen Grade die einleitende Erklärung des Obersten Koc gegenüber den Engländern vom Tage vorher gebrauchte. Besonders lenkte ich die Aufmerksamkeit auf den Kredit in bar. Der Botschafter fragte mich, wieviel Bargeld wir von den Engländern wollten. Ich antwortete darauf, daß wir unsere Bedürfnisse in dieser Hinsicht darlegten. Eine Addition dieser jetzt gemeinsam

festgelegten Bedürfnisse werde dann die Gesamtsumme an Bargeld ergeben. Der Botschafter stimmte zu, daß der Schwerpunkt auf dem Bargeld liege, und äußerte dabei, daß, wenn die Engländer jetzt ihre Hilfe in dieser Hinsicht beschränkten, sie später, um dieselben Wirkungen zu erzielen, zehnmal soviel herausgeben müßten. Er fügte hinzu, daß er den Premierminister und Lord Halifax sehen und ihnen gegenüber auf der Notwendigkeit bestehen würde, Polen sofort mit Bargeld zu helfen.

4. Abschließend sagte mir der Botschafter, daß seine beiden Söhne, die letzthin ganz Europa bereist und viel hätten sehen und lernen können, beabsichtigten, nach ihrer Rückkehr in die Staaten an der Harvard-Universität eine Reihe von Vorträgen über die Lage in Europa in den einzelnen Staaten zu halten.

Diesen Vorträgen, als einem Element, das mit die amerikanische öffentliche Meinung bildet, mißt der Botschafter große Bedeutung bei. „Sie glauben nicht", sagte der Botschafter, „in welchem Maße mein ältester Junge, der kürzlich in Polen war, das Ohr des Präsidenten hat. Ich würde sagen, daß der Präsident ihm mehr glaubt als mir. Vielleicht deswegen, weil Joe die Sache mit solcher Überzeugung und solchem Enthusiasmus darstellt."

In der nächsten Woche soll ich den Botschafter wiedersehen und mit seinem Sohn zusammenkommen.

Jan Wszelaki
Wirtschaftsrat

16. Erlaß des Polnischen Ministeriums für Handel und Gewerbe in Warschau an die Polnischen Handelsräte in Paris und London vom 13. Juli 1939

Ministerium
für
Handel und Gewerbe
Nr. M. 330/tjn.

Warschau, den 13. Juli 1939.

Geheim!

An den Handelsrat in Paris — in London

Das Ministerium für Handel und Industrie hat in Erfahrung gebracht, daß die französischen und englischen Seeschiffahrtsunternehmen von ihren Regierungsüberwachungsstellen schon

jetzt genaue Instruktionen erhalten haben für den Fall des Kriegsausbruchs. Ebenso Vorschriften über Konstruktionsveränderungen, Umbauten und Ergänzungsbauten speziell am Bug der Schiffe, die von diesen Gesellschaften benutzt werden.

Infolgedessen bittet das Ministerium für Handel und Industrie, diese Angelegenheit möglichst rasch zu untersuchen und möglichst genaue Informationen an das Ministerium einzusenden. Wenn es möglich ist, bittet das Ministerium um den Wortlaut der betreffenden Instruktionen.

Der Direktor des Seedepartements
L. Możdżeński

SCHRIFTENREIHE DER NSDAP.

Diese Reihe, unter deren Mitarbeitern sich zahlreiche führende Persönlichkeiten der Partei und des Staates befinden, ist in einzelne Gruppen gegliedert:

I. Deutsche Wehrkraft
II. Deutsche Arbeit
III. Volkheit und Glaube
IV. Europäische Politik einst und jetzt
V. Das ist England
VI. Erlebter Krieg
VII. Der Osten Europas

Gruppe II	Band 1	Anton Zischka: Erfinder brechen die Blockade ...	RM. 1,—
Gruppe II	Band 2	H. Reischle: Kann man Deutschland aushungern?	RM. 1,—
Gruppe IV	Band 1	Martin Hieronimi: Sterbendes Frankreich?	RM. 0,80
Gruppe IV	Band 2	Peter Rich. Rohden: England u. Frankreich etwa	RM. 1,20
Gruppe V	Band 1	Theodor Seibert: Wie sieht uns der Engländer? ..	RM. 0,80
Gruppe V	Band 2	Paul H. Kuntze: Söldner für Albion	RM. 1,—
Gruppe V	Band 3	Wilh. Brachmann: Das auserwählte Volk.......	RM. 0,80
Gruppe V	Band 4	Reinald Hoops: Die Selbsttäuschung Englands...	RM. 0,90
Gruppe V	Band 5	Hans Thost: England wollte keinen Frieden	RM. 1,50
Gruppe V	Band 6	Hans Bähr: Britische Propaganda	RM. 0,90
Gruppe V	Band 7	Walter Th. Trautmann: Weltwirtschaft England.	RM. 0,90
Gruppe V	Band 8	F. O. H. Schulz: Engl. Mitleid — Engl. Sozialpolitik	RM. 1,—

Durch diese Schriftenreihe wird eine wichtige Aufgabe gelöst: einen Umriß der deutschen Stellung in Geschichte und Weltgeschehen zu geben, um damit den Wünschen von Millionen deutscher Volksgenossen entgegenzukommen, die sich über viele durch den Krieg aufgeworfene Fragen Rechenschaft ablegen wollen. So sollen diese Schriften ein selbständiges und politisch sicheres Urteil über die tieferen Ursachen unseres gegenwärtigen Lebenskampfes, somit über Hintergründe der heutigen weltpolitischen Lage ermöglichen und dadurch die geistig-seelische Widerstandskraft des deutschen Volkes festigen und steigern.

Erhältlich in allen Buchhandlungen!

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf.
Berlin